Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 60 | Herbst 2003 | 3,10 Euro

NAH AUFNAHMEN

– REPORTAGE*BLICKE* NACH *RECHTS*



Inhalt

AIB 60 3 · 2003

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Zum Doppeljubiläum des Antifaschistische Infoblatts – fünfzehn Jahre AIB und sechzig Ausgaben – haben wir uns dazu entschieden, ein Heft zu produzieren, das vom üblichen Stil des AIB erheblich abweicht. Wir haben bekannte und unbekannte AutorInnen, JournalistInnen und Gruppen gebeten, die Themen im Bereich Rechtsextremismus, die ihnen derzeit am Herzen liegen oder in den letzten Monaten besonders aufgefallen sind, als Reportagen aufzuschreiben. Und wir haben die AutorInnen gebeten, ihre Texte namentlich zu kennzeichnen. Für diese Entscheidung gibt es mehrere Gründe. Zum einen die Erfahrung vieler JournalistInnen, dass Rechtsextremismus in den Medien erneut – oder schon wieder – ungeliebte Nebensache geworden ist. Ein Thema, das in den Redaktionen bürgerlicher Zeitungen allenfalls noch am Rand interessiert – weil es eben keinen »Nachrichtenwert« mehr hat, das zu beschreiben, was den Alltag vielerorts immer noch und schon wieder – trotz aller Sonntagsreden – ausmacht: Rechtsextreme Gewalttaten und rechte Dominanz. Unser Ziel ist es jedoch nicht nur, mit »Nahaufnahmen« deutlich zu machen, dass der schon fast in Vergessenheit geratenen »Aufstand der Anständigen« kaum Konsequenzen hatte. Sondern auch denjenigen, die allen Absagen aus den Redaktionen zum Trotz, weiterhin den rechten Alltag und rassistische Politik und Alltagsdiskriminierungen beschreiben, einen Platz und eine Öffentlichkeit für die Ergebnisse ihrer Recherchen zu bieten.

Dass wir erstmals in der Geschichte des AIB eine gesamte Ausgabe mit namentlich gekennzeichneten Beiträgen veröffentlichen, ist uns nicht leicht gefallen. Schließlich gibt es viele Gründe, an denenen wir auch in Zukunft festhalten werden, Texte als Ergebnis der Arbeit unserer KorrespondentInnen und des Redaktionskollektivs nicht durch eine Namensnennung zu privatisieren: Um aktive AntifaschistInnen nicht der Bedrohung durch Neonazis auszusetzen; um Schutz vor allzuneugierigen staatlichen Repressions- und Einschüchterungsversuchen zu gewähren und um einem Trend innerhalb linker Medien zum »Namedropping« entgegenzuwirken, der aus unserer Sicht den politischen Ansprüchen des AIB entgegensteht: Die meisten AIB-Artikel sind das Ergebnis kollektiver Recherchearbeit – von AktivistInnen aus der unabhängigen Antifabewegung für eben diese Bewegung – und natürlich alle andere Interessierten – geschrieben. Dass wir mit dem Jubiläumsheft von diesem Prinzip abweichen, hat einen einfachen Grund: Deutlich zu machen, wie vielfältig und breit der Kreis derjenigen ist, die die Arbeit des AIB unterstützen.

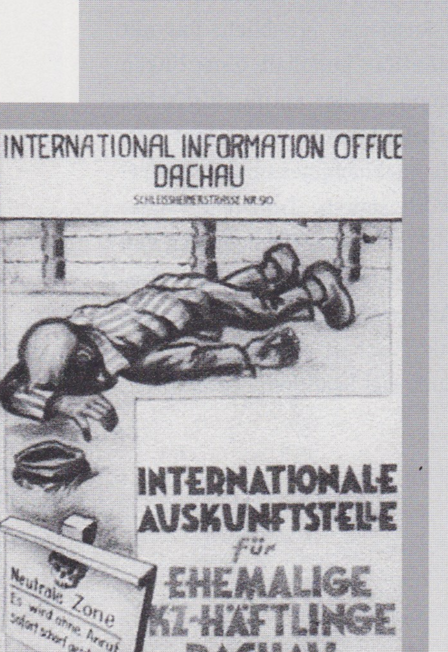
Als die erste Ausgabe des AIB vor 15 Jahren erschien, war der Anspruch des damaligen Redaktionskollektivs zunächst – als Reaktion auf zunehmende rechtsextreme Aktivitäten im damaligen West-Berlin – eine Öffentlichkeit herzustellen und der wachsenden unabhängigen autonomen Antifabewegung gut recherchierte Informationen zur Verfügung zu stellen, aber auch ein Diskussionsforum für diese Bewegung zu sein. Daraus entwickelte sich – vor allem nach dem Wahlerfolg der Republikaner 1989 und der ansteigenden Welle neonazistischer Gewalt – dann eine bundesweite Zeitung mit einem ehrenamtlichen Redaktionskollektiv und einem Netz von KorrespondentInnen in West- und Osteuropa sowie den USA. Seitdem schwankt die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit für – und der Umgang mit – Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus erheblich. Das gilt auch für den Teilbereich »Antifa« innerhalb einer linken und linksradikalen Bewegung, in der antifaschistisches Engagement zur Zeit mal wieder keine Konjunktur hat. Das bekommen auch wir als unabhängiges und ehrenamtliches Redaktionskollektiv zu spüren. Trotzdem – oder gerade deshalb – hoffen wir, mit dem AIB denjenigen den Rücken zu stärken, die sich weiterhin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wehren und für eine offene, solidarische Gesellschaft aktiv sind. In diesem Sinne wünschen wir Euch viel Spaß beim Lesen.

Wir danken dem Netzwerk Selbsthilfe e.V. und einigen FreundInnen des Blatts für die finanzielle Unterstützung des Drucks dieser Ausgabe.

MÜNCHENS brauner Gürtel

Seit jeher »nationalbewusst« – das Münchner Umland zwischen Freikorps, Dachau und der CSU

Thies Marsen ist freier Journalist in München und arbeitet u.a. für den Bayerischen Rundfunk und die Wochenzeitschrift Jungle World



Der Weg führt durch einen Seiteneingang auf den Appellplatz. Eigentlich müsste man genau von der anderen Seite aus hereinkommen, durch das Haupttor mit dem Schriftzug »Arbeit macht frei«. Doch die Anlieger und die örtliche CSU-Stadtratsfraktion haben das bislang verhindert.

Vor dem Ausgang der Ausstellung verstellt eine riesige Landkarte mit den Außenlagern des Konzentrationslager Dachau den Weg: Kleine Punkte, die sich durch Südbayern ziehen – von Fischen im Allgäu bis Salzburg, von Bad Tölz bis Landshut.

»Bei Dachau sehen wir uns wieder«, hatte der kommunistische Reichstagsabgeordneter Hans Beimler den Nazis vor der Machtergreifung zugerufen – in Erinnerung an den April 1919. Damals hatte die Rote Armee der Münchner Räterepublik in Dachau die Weißen Konterrevolutionäre zurückgeworfen, die auf München zu marschierten. Die »Weißen« gewannen doch und richteten in München ein Blutbad unter den linken Revolutionären an. Viele der Mörder kamen aus dem Münchner Umland – so erlangte das Freikorps Oberland traurige Berühmtheit bei der Zerschlagung der Räterepublik. Der Traditionsverband des Freikorps Oberland trifft sich bis heute südöstlich von München, um vergangener Heldentaten zu gedenken.

München geriet nach 1919 zur Ordnungszelle, der vom sozialistischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner ausgerufene »Freistaat« zur Haftanstalt für Linke, während sich die Rechtsradikalen auf den Putschversuch vorbereiteten. In München und Umgebung organisierten sie sich, machten Schießübungen in Schützenvereinen und schulten sich ideologisch mit antisemitischen Hetzblättern. Und als ein aus dem Nebel der Münchner Bierkeller aufgestiegener Führer 1923 zum Sturm auf die Feldherrnhalle rief, strömten sie begeistert aus dem Umland in die »Hauptstadt der Bewegung«. Ihr Führer wurde in »Ehrenhaft« genommen und brachte in Landsberg acht Monate lang seine Ideen aufs Papier und später unter dem Titel »Mein Kampf« unters Volk.

»Bei Dachau sehen wir uns wieder.«

Nach der Machtübernahme inhaftierten die Nazis Hans Beimler im ersten Konzentrationslager, das Münchens Polizeichef Himmler im März 1933 hatte einrichten lassen – Dachau. Beimler konnte fliehen, Hunderttausende nicht: Dachau wurde zum Synonym für die Verfolgungspolitik der Nazis. Es war die Schule der SS-Wachmannschaften und KZ-Kommandanten und diente als Vorbild für alle weiteren Konzentrationslager. Dachau war die Ausbildungsstätte der Mörder. Und kurz vor der Befreiung geriet es zum Endpunkt des Holocaust. Als die Vernichtungslager im Osten längst befreit waren, starben Tausende von Juden weiterhin in den Dachauer





Außenlagern, in den Arbeitskommandos der Firmen, die auch nach 1945 die Elite der Bauindustrie bilden sollten: bei Moll, bei Holzmann und bei Dyckerhoff & Widmann in den KZ-Außenlagern Mühldorf und Landsberg. Der Nationalsozialismus war zu seinem Ausgangspunkt zurückgekehrt: Münchens braunem Gürtel.

Die US-Amerikaner wussten um die Symbolik, als sie in der Landsberger Haftanstalt mehr als 200 Naziverbrecher hinrichteten. Doch nicht einmal ein Jahrzehnt später war das Kriegsverbrechergefängnis aufgelöst, die Kasernen mit Namen von Wehrmachtsgenerälen geschmückt und erneut von deutschen Soldaten bezogen, die meisten Täter wieder im Amt und die Spuren ihrer Taten fast getilgt.

Die Schützenvereine und Gebirgsschützen, die das Rückgrat der aufstrebenden Nazis waren, durften wieder an die Waffen und die Kriegsveteranen gedachten wieder ihrer Helden. Kaum war das Besatzungsstatut 1955 gefallen, marschierten die Veteranen der Gebirgsjäger vor der Feldherrnhalle auf - wenige Jahre zuvor hatten sie eine Blutspur durch Europa gezogen: Mehr als 50 Massaker an der Zivilbevölkerung sind belegt. Auf ihre Kriegstaten sind sie bis heute stolz: Auch im Jahr 2003 kamen wieder Tausende Gebirgsjäger zum Pfingsttreffen bei Mittenwald – und während vorne unter den zwei riesigen Stelen des Gebirgsjäger-Denkmals die CSU-Landtagsabgeordnete, der Landrat, der Bürgermeister und die Pfarrer sprachen, schwoll so manchem Veteranen die Brust unterm Hakenkreuz-Orden.

Der Weg nach Mittenwald von Norden her beginnt in Murnau. Gerade hat der Gemeinderat es abgelehnt, ein Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus aufzustellen. Seit damals habe es so viele Verbrechen gegeben und die würden bei so einem Denkmal nicht berücksichtigt, so die Begründung.

Zwischen Mittenwald und Murnau liegt Garmisch-Partenkirchen. Hier sind die Hinterlassenschaften der NS-Zeit noch deutlich zu sehen und die Einwohner sind stolz darauf: Das Olympiastadion mit den kraftstrotzenden Germanen-Figuren ist beliebtes Ausflugsziel. Hier feierten die Nazis 1936 mit den Winterspielen die Generalprobe für die große Propaganda-Show der Olympischen Spiele in Berlin. Bevor die internationalen Athleten eintrafen, hatte man die »Juden raus«-Schilder rund um Garmisch vorsorglich abmontiert – ebenso die Schilder an der Verbindungsstraße nach München, die Juden vor Kurven aufforderten, schneller zu fahren.

Als Garmisch-Partenkirchen, das sich noch immer »Olympiadorf« nennt, 1996 die 60. Wiederkehr der Nazi-Spiele feierte, standen solche Details natürlich nicht in der Festschrift. Kein Wunder: Hatte der Bürgermeister doch darauf bestanden, dass die Chronik von Gert Sudholt verfasst wurde, dem langjährigen Vorsitzender der rechtsextremen »Gesellschaft für freie Publizistik« und Besitzer der »Verlagsgemeinschaft Berg« (VGB), zu der gleich drei rechtsextreme Verlage gehören.

Sudholt, Autor des im Gefängnis verfassten Buches »In Haft – Persönliches und politisches Tagebuch eines deutschen Verlegers«, schätzt das Voralpenland. Jahrelang residierte der Herausgeber des inzwischen eingestellten rechten Strategie- und Theorieorgans »Opposition« am Starnberger See. Als ihm baurechtlicher Ärger drohte, siedelte er an den Ammersee über. In der »Alten Brauerei« in Stegen, einem Kulturzentrum, hat Sudholt nun eine neue Heimat für seine Verlage gefunden. Vor seinem Büro liegen Bücher von Horst Mahler und Franz Schönhuber. Unklar bleibt, ob der Besitzer der »Alten Brauerei«, ein Rechtsanwalt aus Starnberg, den verurteilten Volksverhetzer Sudholt aus Überzeugung oder aus Geldnot nach Stegen holte.

Geldnot kennt Dr. Gerhard Frey nicht: Auf 250 Millionen Euro wird sein Vermögen geschätzt. München ist die Zentrale seiner Deutschen Volksunion (DVU) und seines Verlags- und Zeitungsimperiums. Frey hat stets gute Beziehungen zu Leuten gepflegt, die nach 1945 im politischen Zentrum der Bundesrepublik waren: Zum Gründer und ersten Chef des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen, ebenso wie zu dem Münchner Rechtsprofessor und einstigen bayerischen



Alle Bilder zeigen das ehemalige Konzentrationslager in Dachau

Kultusminister Theodor Maunz, der nicht nur *den* Kommentar zum Grundgesetz verfasste, sondern der DVU auch mit juristischen Gutachten aushalf und unter Pseudonym in Freys Nationalzeitung publizierte.

Gerhard Frey wohnt vor den Toren Münchens und kann darauf vertrauen, in Ruhe gelassen werden. So wie der Theresienstadt-Schlächter Anton Malloth, der jahrelang in einem Altersheim in Pullach residierte; so wie die »Stille Hilfe«, die von München aus NS-Verbrechern wie ihm finanziell unter die Arme greift.

Denn in München legt man zwar Wert darauf, nicht mehr Hauptstadt der Bewegung genannt zu werden, lässt aber gleichzeitig Neonazis weitgehend gewähren. Während der sich gerne links-liberal gerierende Oberbürgermeister den linken Protest gegen die Nato-Sicherheitskonferenz 2002 mit einem bis dahin nie da gewesenen totalen Demonstrationsverbot zu unterbinden suchte, dürfen Neonazis in München immer marschieren.

Inzwischen nützen die Rechten diese Freiräume und die Schwäche der örtlichen Antifa immer dreister aus: Seit Anfang 2003 haben sich Neonazis und Rechtskonservative in München zu einem Projekt zusammengetan: Unter dem Titel »Demokratie direkt« läuft der Versuch der regionalen Selbstorganisation rechter Gruppen über Parteigrenzen hinweg. Die Allianz reicht vom Republikaner-Stadtrat Johann Weinfurtner über Anhänger der »Deutschlandbewegung« Alfred Mechtersheimers bis hin zur »freien Kameradschaft« um Martin Wiese.

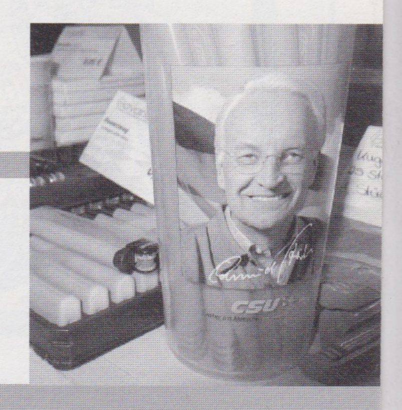
Der braune Gürtel zieht sich zu. Nicht nur, dass die Kameradschaften und militanten Nazi-Skins, die bislang eher in der Provinz ihr Unwesen trieben, verstärkt in der Stadt Präsenz zeigen. Eines der vorrangigen Ziele von »Demokratie direkt« ist die Denunziation politischer Gegner. Und was der Verein regelmäßig auf seiner Homepage über linke Personen veröffentlicht, ist gut recherchiert. Als Ursprung mancher Infos kommen nur interne Quellen aus der linken Szene oder dem Verfassungsschutz in Frage. Die Anti-Antifa hat München erreicht.

Des Neonazi liebstes Kind aber bleibt die NS-Zeit. Dreimal schon sind die Rechten in München gegen die »Wehrmachtsausstellung« aufmarschiert. Bei der CSU, die beim ersten Mal noch den ideologischen Schulterschluss mit den Neonazis suchte, ist man inzwischen klüger geworden. Nicht einmal Peter Gauweiler wollte noch laut an den Verbrechen deutscher Wehrmachtssoldaten zweifeln, als die Ausstellung das zweite Mal an der Isar gastierte. Denn die bayerische Staatspartei hat inzwischen die Taktik gewechselt: Früher schwieg man über die Verbrechen, ließ buchstäblich Gras über die Tatorte wachsen. So sind von den elf KZ des Kauferinger Außenlagerkomplexes, wo bis zum April 1945 15.000 Menschen ermordet wurden, nur noch ein paar Überreste eines einzigen Lagers erhalten – weil eine private Initiative den Grund aufkaufte. Seither liegt sie in endlosem Streit mit Stadt und Staat. In Dachau dauerte es zwanzig Jahre, bis die Überlebenden dort endlich eine Gedenkstätte durchgesetzt hatten, dreißig weitere, bis 1995 erstmals ein bayerischer Ministerpräsident dieser einen offiziellen Besuch abstattete.

Am 50. Jahrestag der Befreiung besuchte Stoiber Dachau, bewilligte Gelder für den Umbau und eröffnete sich so die Möglichkeit, bei der Darstellung der Vergangenheit mitzureden. Gerade wurde eine Gedenkstättenstiftung gegründet, in der Kommunalpolitiker und Staatsminister das Sagen haben, während die Organisationen der Überlebenden draußen bleiben – und, wie die VVN/BdA, als demokratiefeindlich weiter vom Verfassungsschutz überwacht werden.

In der neuen Ausstellung des KZ, die gerade eröffnet worden ist, wird darüber berichtet, wie Dachauer Firmen Geschäfte mit dem KZ machten. Der Dachauer Oberbürgermeister war darüber so erbost, dass er drohte, Ähnliches in Zukunft zu verhindern. Den Zugang durchs Haupttor hat die Stadt Dachau auch so erfolgreich blockiert – die Besucher der Gedenkstätte müssen das einstige Lager weiterhin durch einen Nebeneingang betreten. ■

Laborbedingungen für Rechtsaußen im LÄNDLICHEN BAYERN



Inmitten der beiden Naturparks Steigerwald und Frankenhöhe – zwischen Nürnberg und Würzburg – liegt der Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim mit seinen nur knapp 100.000 EinwohnerInnen. Mit Wahlergebnissen von 63 Prozent für die CSU bei den letzten Bundestagswahlen bestätigt der Landkreis durchaus Vorurteile über ländliche Gegenden in Bayern.

In dieses Bild passen auch die so genannten Freitänze, die in regelmäßigen Abständen im Landkreis stattfinden. Hierzu wurden, so erzählt uns ein Jugendlicher, früher die »heiratsfähigen« Frauen zu den Festen gebracht und den Männern »präsentiert«.

Die Perle des Landkreises

Als eine »Perle des Landkreises« präsentiert sich die Stadt Bad Windsheim gerne. Besonders stolz sind die Bad Windsheimer auf die 1200-jährige Geschichte ihres Ortes: So war etwa 1632 König Gustav Adolf von Schweden zwei Mal zu Gast. Auf das Jahr 1752 datiert der erste Hinweis auf die Mineralquellen im Windsheimer Gebiet[1]. Doch so gar nicht in die detailreiche Stadtchronik passt, dass in Bad Windsheim zwischen 1907 und 1955 kein nennenswertes Ereignis stattgefunden haben soll. Das gleiche gilt für Neustadt/Aisch: Auf der Internetseite der Kreisstadt finden sich keine Angaben über die Zeit zwischen 1933 und 1945. Bei einer derartigen Geschichtsaufarbeitung verwundert es nicht, dass alljährlich in Bad Windsheim ein Ehemaligen-Treffen der Waffen-SS Auslandsdivision stattfinden kann. Bis zum Jahre 2000 trafen sich diese sogar im Rathaus, erst im Jahr 2001 mussten sie erstmals in die Stadthalle ausweichen. Über derartige »Kameradschaftstreffen« in Bad Windsheim berichtet etwa die rechtsextreme Monatszeitschrift Der Freiwillige: »Die Festrede hielt, unter Bezug auf die augenblickliche 'Situation unserer Kriegsgeneration und deren ungerechtfertige Verunglimpfung', der Kamerad Hermann Buch, vom Munin-Verlag.«[2] Hermann Buch war SS-Obersturmführer des schnellen SS-Schützen-Regiments »Langemarck«.

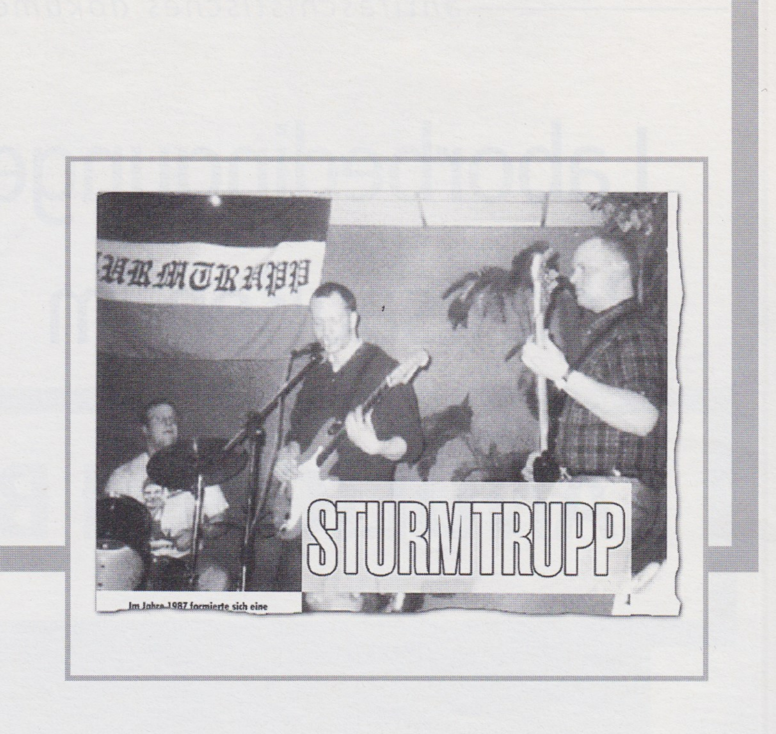
Wo sich ehemalige Waffen-SSler unbehelligt treffen können, da erscheinen andere Details als fast schon normal: So erzählte uns ein Neustädter, dass es »bis Ende der 90er« in Kühlsheim eine Scheune gab, deren »Dach farblich auf Hakenkreuz gedeckt« war. Es gebe in der Burgbernheimer Gegend auch einige Gärten, die aus der Luft gesehen in einer ähnlichen Formation angelegt seien.

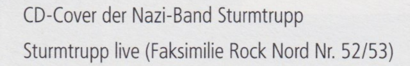
Rechts von der CSU...

Im vergangenen Bundestagswahlkampf hat CSU-Kandidat Edmund Stoiber erneut darauf hingewiesen, dass es »rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben« dürfe. Ein Vorhaben, dem seine ParteikollegInnen im Landkreis Neustadt/Bad Windsheim nur allzu eifrig nachzukommen versuchen. So freut sich die dortige Junge Union (JU), dass »die Postkommunisten (PDS) den Fraktionsstatus verloren haben« und setzt gleich einen direkten Link zu den »Stasiopfern«.[3] Bei einem »Klick« auf »Diskutieren Sie mit« landet man beim »CSU Ortsverband Scheinfeld«, wo über ein Gerichtsurteil gegen

1| Homepage der Stadt Bad Windsheim, www.bad-windsheim.de/geschichte_1.html, 15.11.02
2| Zitat aus »Der Freiwillige«, Heft1/99: »Aus dem Leben der Kameradschaften«, S. 32. Die Zeitschrift wird vom rechtsextremen Munin-Verlag herausgeben, dem Hausverlag der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS' (HIAG)«
3| JU-Kreisverband, www.ju-nea-kreis.de, 17.11.02






CD-Cover der Nazi-Band Sturmtrupp
Sturmtrupp live (Faksimilie Rock Nord Nr. 52/53)

4| JU Kreisverband: http://www.ju-nea-kreis.de/, 18.11.02
5| Wochenzeitung, »Flut verdrängt Hartz«, 27.10.02
6| Dieter Hummel., »Wider die Zeitgeister in der Union«, Junge Freiheit, 42/95.
7| ebenda
8| Knütter, Hans-Helmuth, Die Faschismuskeule, Ullstein-Report
9| vgl. Drahtzieher im Braunen Netz, Hamburg 1992, »Die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front«, S. 37
10| Drahtzieher im Braunen Netz, Hamburg 1996, S. 142
11| Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg 1996, »Wikinger in führenden Funktionen der Bewegung«, S. 142
12| Antifaschistisches Infoblatt, »Das sind ganz nette Jungs,« 3.2000, S. 28

Frank Rennicke[4] – einem rechtsextremen Liedermacher – diskutiert wird.

Besonders eifrig scheinen Teile der Bad Windsheimer CSU zu sein. So ereiferte sich der Ortsvorsitzende Rainer Volkert im Bundestagswahlkampf 2002 über den »nie zuvor gesehenem Vandalismus« gegenüber Plakaten der CSU. Als Schuldige machte er »die Sozis« aus, über die ja bekannt sei, dass »diese sozialistischen und kommunistischen Parteien schon immer ein gestörtes Verhältnis zum Eigentum anderer hatten«[5].

Ideologisch liegt der Gymnasiallehrer Volkert voll auf der Linie von Dieter Hummel. Der Ex-JU-Kreisvorsitzende und Stadt- und Kreisrat fiel in der Vergangenheit vor allem durch seine Kontakte zum rechtsextremen Spektrum auf. So griff er für die rechte Wochenzeitung Junge Freiheit zur Feder und verkündete dort, dass er mit Sorge »die Distanz zwischen jenen am linken Medienkartell orientierten Politikern und der breiten konservativen Mehrheit der Wähler wachsen« sehe[6]. 1995 war er an der Gründung der Konservativen Initiative Mittelfranken beteiligt. Dieter Hummel in der Jungen Freiheit: »Wer an der Stabilität einer multikulturellen Gesellschaft zweifelt, wer exzessiven Feminismus die notwendig gewordene Neubestimmung der Rollen von Mann und Frau nicht zutraut oder wer schließlich davon überzeugt ist, dass 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland nur aus einem geschichtlich geläuterten, aber normalisierten Nationalbewusstsein heraus seine Rolle in der Europäischen Union und in der Völkergemeinschaft erfüllen kann, wer all diese Positionen als Politiker, Publizist oder Wissenschaftler vertritt, verfällt heute einer von der PDS bis hin zu bekannten Medien reichenden 'antifaschistischen' Feme.«[7]

Rainer Volkert und Dieter Hummel vertreten altbekannte Anti-Antifa-Theorien, die eine antifaschistische »Fundamentalnorm«[8] – in ihrem Jargon »Political Correctness« (PC) genannt – in Deutschland herbei halluzinieren. Ziel dieser Strategie ist es, eine Gefahr von Links zu stilisieren, also die Rechte zu verharmlosen und als Opfer ebenjener »Political Correctness« darzustellen.

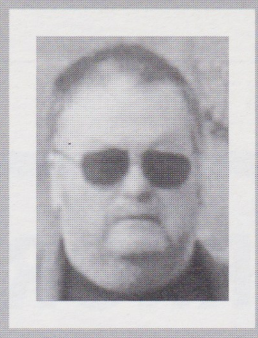
...ist nicht nur die Wand

Trotzdem gibt es noch ein Leben »rechts« von der CSU. Szenekenner bezeichnen den Landkreis im Hinblick auf Rechtsextremismus als »sehr brisant«. Nach Schätzungen liegt die Anzahl aktiver RechtsextremistInnen im Landkreis, die »offen rechtsextremistisch auftreten«, zwischen 150 und 200. Auf den Dörfern ist eine dominierende rechte Jugendkultur zu beobachten, der nicht ausschließlich Skinheads angehören. Die Szene ist fest verwurzelt; in der Bevölkerung gibt es eine »hohe Toleranz für Nazis«. Es ist kein Problem, mit eindeutiger – zum Teil auch verbotener – Symbolik offen aufzutreten. Ein Mitarbeiter des Jugendamtes erzählt, dass es in letzter Zeit »weniger zur Strafverfolgung« von rechten Delikten komme, dies aber daran liegen könne, dass die Rechtsextremen »dazu lernen«. Ein Kommunalpolitiker spricht von »Anhäufungen« Rechtsextremer in mehreren Orten im Landkreis.

Besondere Ereignisse für die rechte Szene sind die regelmäßigen Fahrten zu Spielen des 1. FC Nürnberg. Die Szene ist aber auch bei den traditio-

CD-Cover der Nazi-Band Südsturm





Theodor Kotzenbauer vom rechtsextremen Videodaal – Videoversand

nellen »Freitänzen«, »Kirchweihen« und anderen Festen anzutreffen. Nicht ungewöhnlich auch, dass sich an lauen Sommerabenden am Oberzenner See um die 100 Skinheads treffen.

Die rechte Skinheadszene ist größtenteils nicht in feste Strukturen eingebunden. Trotzdem haben sie Kontakt zu organisierten Rechtsextremen. Eine Mobilisierung ist jederzeit möglich; einzelne Personen verteilen Propaganda; Jugendlichen wird mit Fahrten zu Neonazi-Demonstrationen oder Konzerten eine rechte Erlebniswelt geboten.

Organisiert sind hauptsächlich die »jungen Erwachsenen«. Wichtig sind hier vor allem die so genannten Hammerskins. Nach vagen Schätzungen gehören dieser Gruppierung im Landkreis fünf bis zehn Personen an. Bad Windsheim/Neustadt kann als ein Schwerpunkt der Hammerskins angesehen werden, die bundesweit etwa 250 Mitglieder haben.

Erklärtes Ziel der Hammerskins ist es, die Skinheadszene zu organisieren, zu vernetzen und zu politisieren. Sie verstehen sich selbst als »Elite« unter den rechtsextremen Skinheads und streben eine nationalsozialistische Hammerskin-Nation an. In Deutschland konzentrieren sich die Hammerskins vor allem auf den Musikmarkt, hinzu kommen paramilitärische Wehrsportübungen.

Einige Neonazis aus dem Landkreis sind auch selbst in rechten Bands aktiv: So kommt zum Beispiel ein Bandmitglied von Südsturm aus Burgbernheim, wo es seit Jahren eine gefestigte Neonazi-Szene gibt. Im Landkreis wurden ebenfalls lange Zeit fast wöchentlich CDs und Accessoires der Neonazi-Band Sturmtrupp verkauft. Das erklärt, warum T-Shirts der Band, neben den üblichen Klamotten wie »Pitbull«, häufig in der Szene getragen werden. Sturmtrupp ist eine bekannte Rechtsrock-Band, deren Bassist Ingo Leidenberger aus dem nahen Neusitz im Landkreis Ansbach stammt.

Dem Umfeld der Neonazi-Szene kann auch ein Tattoo-Studio in Bad Windsheim zugerechnet werden. Dort hängen ganz offen Tattoo-Vorlagen mit dem Motiv Celtic Warrior, einer walisischen Rechtsrockband.

Die NPD im Landkreis

Die NPD im Landkreis besteht hauptsächlich aus älteren Menschen, in den letzten Jahren kamen aber auch hier jüngere – vor allem Nazi-Skins – dazu. Obwohl sie keinen eigenen Kreisverband hat, ist die NPD präsent. So gab es im Kommunalwahlkampf 2002 Infostände, während des Bundestagswahlkampfs waren landkreisweit Plakate aufgestellt.

Enge Kontakte zur NPD pflegt der in Scheinfeld wohnhafte Theodor Kotzenbauer. Er ist seit Jahren fester Bestandteil der rechtsextremen Szene Mittelfrankens. Der ehemalige Kader der mittlerweile verbotenen Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)[9] und der Wiking-Jugend[10] (die bis zu ihrem Verbot eine der zahlenmäßig stärksten neofaschistischen Jugendorganisationen war), betreibt noch immer den neofaschistischen Videoodal Videoversand[11], der Filme von NPD-Aufmärschen und Veranstaltungen verkauft.

Fazit

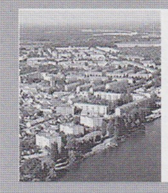
RechtsextremistInnen im Landkreis erfahren Unterstützung von Teilen der Jungen Union und Teilen der CSU, die – wie beispielsweise Dieter Hummel – keine Scheu zeigen in rechtsextremen Publikationen zu schreiben. Unüberhörbar ist auch die Nähe vieler Politiker-Äußerungen zu rechten Stammtischparolen. Es gibt Verflechtungen von offenen Neonazis zu örtlichen Jugendcliquen und Vereinen. Im Landkreis stehen die Rechtsextremisten nicht mehr neben, sondern inmitten der Gesellschaft. Auf Festen und Kirchweihen stören sich die Anwesenden nicht an der massiven Präsenz von Neonazis, obwohl diese dort häufig mit offen neonazistischen Symbolen erscheinen.

Das AIB schreibt in einem Bericht zur Region Mittelfranken: »Die Bedingungen in Franken garantieren nahezu Laborbedingungen, um Strukturen aufzubauen und Anhänger zu rekrutieren. Vor allem in den ländlichen Gebieten Mittelfrankens findet man eine dominierende rechte Jugendkultur[12]«. Auf kaum einen anderen Landkreis in Mittelfranken dürfte diese Einschätzung besser zutreffen als auf Neustadt/ Aisch-Bad Windsheim. Denn in anderen Gegenden, in denen Rechtsextremisten versuchen Fuß zu fassen, gibt es Antifaschisten oder eine »zivilcouragierte« öffentlichkeit, die dem zumindest ansatzweise entgegentreten. Im Landkreis Neustadt gibt es derartigen Widerstand bislang nicht. ■

Dieser Text ist der Broschüre »Spezialitäten aus Mittelfranken« entnommen.

Bezug:
Vorkasse 3EUR + 1 EUR Porto
adip
Königswarterstr. 16
90762 Fürth
mail: adip@hotmail.com

Christoph Schulze



TERRORTOWN revisited

Um 1993 geriet das ostbrandenburgische Schwedt als Hochburg rechter Gewalt und Organisierung weltweit in die Schlagzeilen. Das »Time Magazine« ging gar so weit, den Einsatz von UN-Truppen zu fordern. Schwedt zehn Jahre später: Der Ruf hallt noch nach. Es ist zwar ruhiger geworden, doch der »Frieden« in der Stadt steht auf wackligen Beinen.

»Ach was, das geht schon«, antwortet Ivo*, wenn man ihn fragt, ob er Angst hat, durch seine Stadt zu laufen. Der 18-jährige Schüler engagiert sich beim Verein »Politik und kritische Kultur« (PUKK) gegen Rassismus und die Neonazis Schwedt. »In der Innenstadt kann ich mich normal bewegen.«

Was heißt »normal« in Schwedt? Sven*, 21 Jahre alt, erinnert sich an ein Ereignis vor ein paar Monaten: »Ein paar Glatzköpfe fuhren an mir vorbei und grüßten mich, obwohl ich sie nicht kannte.« Sven dachte sich nichts dabei, kaufte in einem Tabakladen Zigaretten. Als er wieder herauskam, hielt das Auto neben ihm. »Die stiegen aus, sagten keinen Ton, hauten mir kräftig auf die Fresse und weg waren sie.«

Sven vermutet, dass es um sein Aussehen ging: Er ist Gothic und trägt szenetypische schwarze Klamotten. Wenig später wiederholte sich das Ereignis. Sven wartete nachts auf den Bus nach Hause. Das gleiche Auto mit den gleichen Insassen hielt am Straßenrand, wieder gab es Schläge. »Sechs oder sieben Leute waren mit mir an der Haltestelle, keiner hat was gemacht«, erzählt Sven. Er sagt das ohne Empörung. Als er bei der Polizei Anzeige stellte, ließen die Beamten durchblicken, dass derlei Übergriffe öfter passierten.

*Name geändert.

Typische Kleinstadt

Schwedt ist eine typische brandenburgische Kleinstadt an der polnischen Grenze: 35.000 EinwohnerInnen (vor der Wende: 50.000), über 20 Prozent Arbeitslosigkeit, immense Schulden. In den Neubaugebieten werden Plattenbauten wegen Leerstands abgerissen. In der Innenstadt hingegen sind ganze Straßenzüge saniert. Dort befindet sich die Kneipe »Zur Quelle« wo deutschnationalen Parolen zu hören sind. Am Stadtrand stehen neue Einfamilienhäuser.

PUKK-Aktivist Ivo kann Schwedts Ortsteilen leicht Kategorien zuordnen. Im Stadtzentrum gibt es kaum etwas zu befürchten, wenn man zu den geschätzten 200 Jugendlichen gehört, die sich »irgendwie« Subkulturen wie Punks, Skatern, Hiphoppern, Gothics, BMXern zugehörig fühlen. Dann gibt es ein Neubaugebiet, wo es »früher ziemlich übel war. Ist aber nicht mehr so wild.« Dann jenes, wo es zwar Neonazis gibt, »die aber einen Heidenrespekt vor den Rußlanddeutschen haben. Die wehren sich nämlich.« Und dann jenes, »wo man besser abends nicht durchläuft« – hier gibt es jede Menge Neonazis. Alles in allem »normal«. Die neonazistische Kameradschaft »Märkischer Heimatschutz« hatte im März ungestört einen Infostand aufgebaut. Es gab vor einer Weile eine Demo der »Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands« mit 80 Neonazis, die ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1937 forderten. Aber es lässt sich immerhin leben in Schwedt.

Welcome to Terrortown

Vor zehn Jahren war das anders. Namen wie Sven Hansen, Mirko Hannig, Stefan Wünsch sind vielen in der Stadt noch geläufig. Sie gehörten zum Kern der rechten Szene und firmierten unter Namen wie »Nationalistische Jugend Schwedt«, publizierten Hetzblätter wie die »Revolte«, bauten eine Ortsgruppe der später verbotenen Neonazipartei »Nationalistische Front« auf. Von der 200-köpfigen Naziszene ging so viel Gewalt aus, dass für die wenigen Linken nur noch die Flucht aus der Stadt blieb. »Welcome to Terrortown« grüßte treffend ein Graffito am Ortseingang.

Der Terror von damals ist gut dokumentiert. Das Dilemma der Nachwendezeit in der ehemaligen DDR im Umgang mit der durch den Vereinigungsrausch katalysierten Nazigewalt wurde in Schwedt exemplarisch deutlich. Einmal hatte ein ankommendes Presseteam gerade die Kameras ausgepackt, als ein Neonazimob mit Molotow-Cocktails und Knüppeln eine kleine Gruppe von Linken jagte. »Wenn ich Frust habe, zerschlage ich eine Tasse und die Rechten, die gehen



Regionale »Kameradschaften« am 26. März 2002 in Eberswalde.

dann eben einen aufklatschen«, äußerte sich damals eine Sozialarbeiterin. Ein hoher Stadtangestellter meinte, dass »man sich mit den Rechten arrangieren kann, wenn man mit denen ein Bier trinken geht.« »So wie ihr ausseht, braucht ihr euch nicht zu wundern«, sagte eine SPDlerin zu Antifas.

Manchmal wurde die Existenz einer rechten Szene schlicht bestritten. Während in Schwedt den Holocaust leugnende Schriften kursierten, behauptete die zuvor zitierte Sozialarbeiterin, dass ihr Klientel sich erst »in der Vorstufe zur Skinheadkultur befinde«, und diese sei erst das Vorstadium zum Rechtsextremismus. Im März 1993 wurde die »Nationalistische Jugend« von der Stadtverwaltung zu einer Besprechung geladen und so zum Gesprächspartner geadelt. Schwedts Offizielle fürchteten angesichts der »medialen Hetzkampagne« in erster Linie einen Imageverlust der Stadt. Wer allerdings mit dem Baseballschläger an die Türen der Stadt klopfte, dem wurde verständnisvoll Einlass gewährt. Im Jugendhaus »Hit« erhielt die »Nationalistische Jugend« einen Kellerraum. Die linksorientierten Jugendlichen wurden derweil vom noch immer amtierenden SPD-Bürgermeister Peter Schauer wegen ihrer »verbalen Gewalt« kritisiert. Anlässlich einer Antifademo im Juni 1993 wurde wortreich und eindringlich vor der Gewaltbereitschaft Kreuzberger Autonomer gewarnt. Die Opfer waren aus Sicht der Stadt die eigentlichen Täter.

Altbekanntes Reaktionsschema

Das alles ist lange her. Etliche der führenden Neonazis kamen ins Gefängnis und der Neonazikeller im »Hit« wurde geschlossen. Allmählich entwickelten sich die Ansätze nichtrechter Jugendkultur, die es heute in Schwedt gibt. Trotzdem kam es immer wieder zu rechter Gewalt. Und wieder wurde nach der bekannten Routine aus Entpolitisierumng der Taten und Sorge ums Stadtimage reagiert.

Holger Zschoge, Lehrer in Schwedt, berichtet über eine Podiumsdiskussion 1996: »Haben Sie Angst?«, fragte der Moderator eine Künstlerin, die sich gegen die Rechten aussprach. Ihre Antwort »Ich lebe ja noch« quittierten die anwesenden Neonazis im Publikum mit einem höhnischen: »Noch!« Niemand widersprach. Ausgiebig wurde auf der gleichen Veranstaltung über das Magazin Der Spiegel geschimpft, das mit seinen Berichten über Nazis in Schwedt dem Ruf der Stadt schade. »Es war wie eine Volksgemeinschaft aus PolitikerInnen, BürgerInnen und Nazis«, erinnert sich Zschoge. Dennoch: Die heutige nichtrechte Jugend Schwedts ist fast ohne Drangsalierungen aufgewachsen. »Es ist an vielen Schulen nicht mehr schick, rechts zu sein«, so Ivo von PUKK. Viele Jugendklubs seien einigermaßen nazifrei.

Die Neonazis – es gibt sie reichlich im Stadtbild – sind wenig organisiert, kein Vergleich zu den frühen Neunzigern. Das »Karthaus« etwa wurde 1994 von Neonazis überfallen, die Nichtrechten vertrieben. Heute hat der Jugendklub einen sauber gewischten Fußboden, frisch gestrichene Wände, hinter der Theke räkelt sich ein Sozialarbeiter und beäugt skeptisch unbekannten Besuch. Laut Hausordnung ist es verboten, politisches Material »egal welcher Richtung« auszulegen. Zuwiderhandlungen können mit Hausverbot bestraft werden. Die älteren Jungs reden über ihre Autos, ein Mädchen schwärmt von ihrem Freund – es ist bieder, aber es gibt keine Neonazis.



STADT SCHWEDT/ODER
Der Oberbürgermeister

Stadtverwaltung · Lindenallee 25-29 · O-1330 Schwedt/Oder

Freizeittreff HIT
Nationalistische Jugend
Schwedt
Berliner Str. 56
1330 Schwedt/O.

Amt oder Dienststelle: Jugend und Familie
Dienstgebäude: Bürohotel
Bearbeiter: Frau Schwarz
Telefon: 451 2604
Telefax 22116
Ihr Zeichen/vom:
Mein Zeichen: 515 schw
Datum: 09.02.1993

Arbeitsgruppe "Jugendarbeit"

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Jugendfreunde,

in Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen der Stadt Schwedt, sowie in Auswertung von Mitteilungen in den Medien/(Presse, Rundfunk und Fernsehen) wurde deutlich, daß die Freizeitmöglichkeiten und Angebote der Jugendarbeit nicht immer den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen.

Für uns als Anbieter und Macher der Jugendarbeit in Schwedt sollte sich die Frage stellen, welche Ursachen dem zugrunde liegen könnten.

Sind unsere Angebote nicht attraktiv genug? Oder liegt es nicht auch daran, daß die (über 30) tätigen Jugendgruppen, -vereine und -verbände, sowie die Interessen- und Fördervereine im eigenen Kreis bemüht sind, interessengebundene Jugendarbeit zu leisten, allerdings dies nicht bei den ca. 12000 Kindern und Jugendlichen bekannt ist?

Neonazi-Gewalt Anfang der Neunziger in Schwedt – Eine lose Aufzählung

1991
Ein Obdachloser wird von rechten Skinheads zusammengeschlagen und zu Tode geprügelt.

1992
Ein 13-jähriger Mädchen wird von Rechten in einem Neubau gefangengehalten, geprügelt, sexuell missbraucht. Sie stirbt an den Folgen.

1993
Bewaffnete Neonazis greifen eine Gruppe von Linken an. Sie treten auf ein bereits bewusstloses Opfer weiter ein. Er liegt zwei Wochen im Koma, verbringt 14 Wochen im Krankenhaus. Ein Antifa wird mit Molotowcocktails beworfen. Eine Party in einer Privatwohnung wird von Nazis angegriffen. Der Klubraum des Stadtjugendrings wird niedergebrannt. Ein knappes Dutzend TeilnehmerInnen einer Antifademonstration wird in den folgenden Tagen von Neonazis verprügelt

1994
Neonazis überfallen den Karthaus-Club.

Mulmiges Gefühl

Seit Ende 2002 beschleicht einen erneut ein mulmiges Gefühl in Schwedt. Die Angst von früher ist wieder stärker zu spüren, trotz der Beteuerungen, dass alles irgendwie »normal« sei. Zuerst sorgte nur das umherfahrende Auto mit den prügelnden Neonazis für Aufregung, auch wenn öffentlich nicht darüber geredet wurde.

Am Abend des 20. Juli hatte sich Jonas* mit Freunden auf einem Spielplatz getroffen. Die verabschiedeten sich irgendwann und gingen nach Hause. Jonas blieb noch sitzen. Als er die drei Gestalten erkannte, die sich ihm näherten, war es zu spät. Die drei Rechten hielten ihn fest. Dreieinhalb Stunden lang wurde Jonas gegen Gesicht und Körper getreten, sein Kopf mehrfach auf eine Holzbank geschlagen, er wurde unter Wasser gedrückt. Als »linker Anarchokunde« wurde Jonas beschimpft, »Du bist kein echter Deutscher.« Der Tathergang erinnert an den brutalen Mord an Marinus Schöberl im nicht weit entfernten Dorf Potzlow. Jonas kam glimpflich davon und erstattete trotz Morddrohungen Anzeige. Zwei der Täter, (16 und 19 Jahre alt) sitzen derzeit in Haft.

Zahlreiche Einzelfälle

»Das ist ein trauriger Einzelfall«, sagte die Sprecherin der Stadtverwaltung, Ute-Corina Müller, zur Presse. Von 1993 bis 1995 galt Schwedt als rechte Hochburg, doch »inzwischen werden wir im Verfassungsschutzbericht nicht mehr so eingestuft«.

Ein weiterer »trauriger Einzelfall« geschah im April. Der Asylbewerber Po L. ging mit seiner Freundin in Schwedt spazieren. Dabei trafen sie auf drei Männer in rechtem Szenelook. Die beschimpften Po L., schlugen ihn und wollten ihren Hund auf den Flüchtling hetzen. Die Täter stehen nun vor Gericht. Po L. wurde wenige Wochen später erneut Opfer eines rassistischen Angriffs.

Auch im Mai gab es einen Übergriff. In einem Café an den »Uckermärkischen Bühnen«, dem Schwedter Theater, fand ein Konzert statt, das auch alternative Jugendliche besuchten. Gegen 23 Uhr waren die meisten BesucherInnen auf dem Heimweg. Rund 25 Nazis tauchten auf, die Situation war angespannt. Ein Junge, der das Café verließ, wurde von Neonazis verfolgt, durch die Stadt gejagt und im Stadtpark verprügelt. ■

Kay Wendel, Opferperspektive e.V.

Faxen gegen SCHÖNBOHM

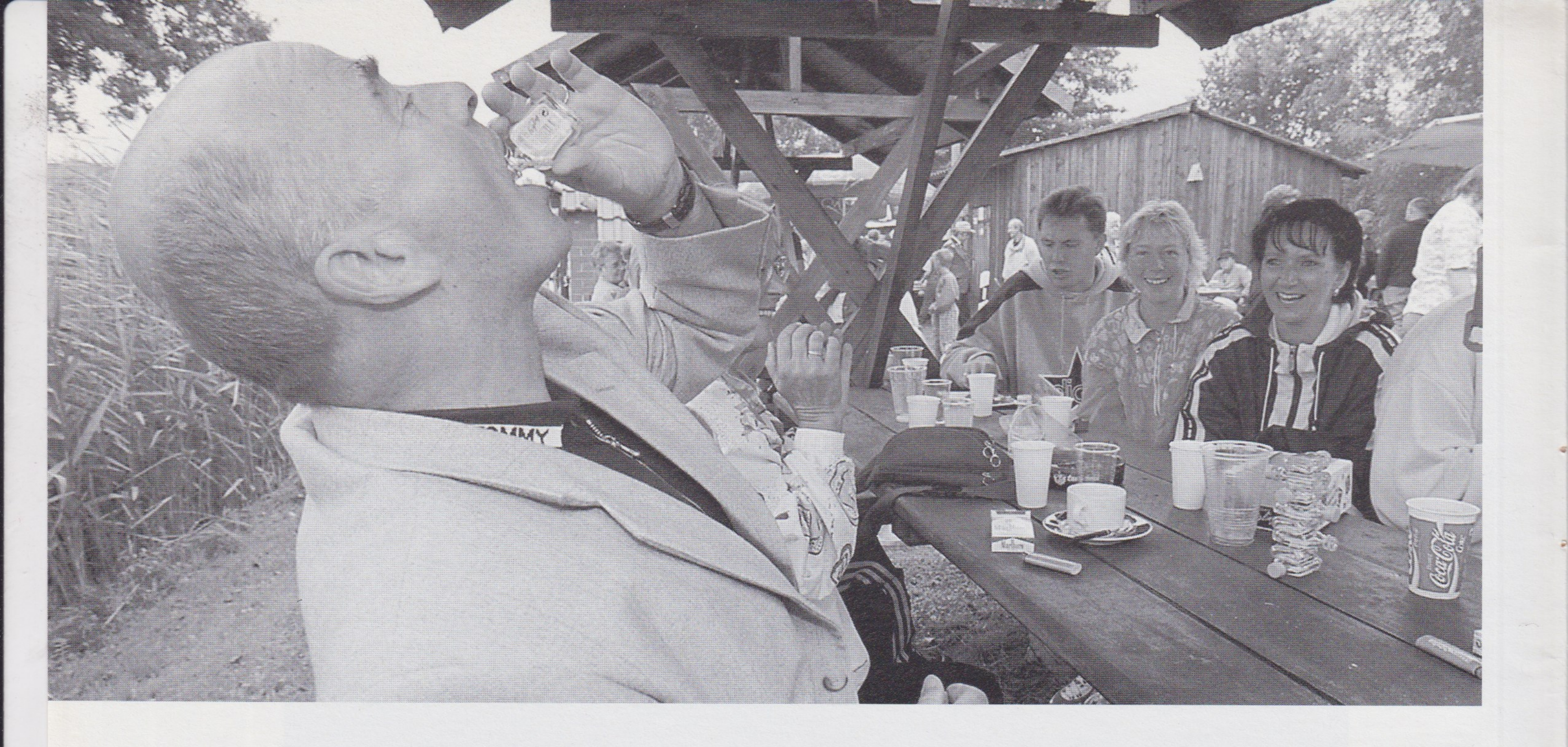
In Rathenow kämpft ein Bündnis von Antifas, Kirchenleuten und Flüchtlingen gegen die Abschiebung eines Opfers rassistischer Gewalt. Anfang September setzte das Verwaltungsgericht Potsdam die Abschiebung vorerst aus. Ein Aufschub, doch keine Sicherheit.

Eine angespannte Nervosität lag über der Runde der Unterstützer, die sich in einer Hotelbar gegenüber dem Amtsgericht Rathenow getroffen hatte. Es war der 22. Juli, noch galt der Termin für Orabi Mamavis Abschiebung, zwei Tage nach dem soeben zu Ende gegangenen Prozess gegen seinen Angreifer. Sein Anwalt versuchte immer wieder, jemanden aus der Ausländerbehörde ans Telefon zu bekommen. Dann die Nachricht vom Aufschub. Der Petitionsausschuss des Landtags hatte zeitgleich zum Prozess getagt und war der Forderung gefolgt, Orabis Abschiebung bis zum vollständigen Abschluss des Strafverfahrens gegen seinen Angreifer auszusetzen. Die Ausländerbehörde ordnete einen neuen Termin für die Abschiebung an, den 4. September. Erleichterung, aber keine Entwarnung. Die Auseinandersetzung um ein Bleiberecht für dieses Opfer rassistischer Gewalt ging weiter.

Der Prozess selbst hatte die erstaunliche Breite des Unterstützerkreises gezeigt. Der Gerichtssaal konnte nur die Hälfte der Zuschauer fassen, die andere Hälfte wartete draußen. Unter ihnen Flüchtlinge aus dem Heim in Rathenow, junge Antifas, Mitglieder des »Ökumenischen Begegnungskreises«, Presse und Fernsehen. Kurz vor Prozessbeginn hatte Orabi für »Brandenburg aktuell« noch einmal geschildert, was ihm am 23. Dezember 2002 widerfahren war. Zusammen mit einem anderen togolesischen Flüchtling war er früh morgens zum Schneeschippen im Stadtzentrum von Rathenow eingesetzt. Ein schmächtiger Mann kam ihnen entgegen, textete sie zu: »Hey, du Scheiß-Neger, was machst du da für eine Scheiß-Arbeit?«, »Geh zurück in dein Scheiß-Land!«, »Was kriegst du für diese Scheiß-Arbeit?«, »Sag mal, sag mal!« Orabi, der solche Anmache in Rathenow schon kannte, versuchte, dem Streit aus dem Weg zu gehen, aber der Mann schlug zu und traf Orabi am Auge, das sofort zu bluten anfing. Er konnte sich befreien und die Polizei verständigen, die den Täter, den 26-jährigen Marco D. aus Rathenow, festnahm. Am 22. Juli 2003 verhängte das Amtgericht eine viermonatige Haftstrafe auf Bewährung für diesen nicht in Nazi-Kreisen organisierten Rassisten.

Ein üblicher Angriff in Rathenow

Für Rathenower Verhältnisse kein besonders schwerer Angriff, und dennoch, Orabi hat seit dem Angriff Schlafstörungen, er ist depressiv und verängstigt, geplagt von den Bildern des Angriffs, die sich überlagern mit Bildern eines schon länger zurückliegenden Angriffs im September 1997. Damals hatte Orabi noch geglaubt, er könne sich auf den Straßen Rathenows bewegen oder in eine Disko gehen. Der Diskobesuch von Orabi und drei anderen Flüchtlingen endete mit Prügel und einer Verfolgungsjagd bis zurück ins drei Kilometer entfernte Heim. Auf der panischen Flucht begegneten sie mehreren Grüppchen von Neonazis, die es auf sie abgesehen hatten. Seit diesem Tag mieden Orabi und alle anderen Flüchtlinge die Disko und generell die Straßen Rathenows, wenn es dunkel geworden war. Durch eine Serie von Angriffen in den Jahren seit 1997, sei es aus der starken Rathenower Neonazi-Szene, sei es von normalen rassistischen Deutschen wie Marco D., wurde die Community der Flüchtlinge zurück ins Heim getrieben. Im Jahr 2000 forderten sie in einem Memorandum, aus Rathenow in ein anderes, sicheres Bundesland verlegt zu werden. Kurzfristig löste das Memorandum eine starkes Medieninteresse aus, und die üblichen Reflexe der Stadt: der Ruf Rathenows werde in den Dreck gezogen, man werde die Polizeipräsenz erhöhen. Wichtiger war jedoch, dass sich die Flüchtlinge organisiert hatten und seitdem ein Faktor in der Politik der Stadt und des Landes geworden sind. Sie lassen sich nicht mehr alles gefallen. Vor wenigen Monaten wurde der Wachschutz Zarnikow aus dem Heim geworfen, nachdem Flüchtlinge und Antifas publik gemacht hatten, dass in dieser Firma bekannte Neonazis eine Nische gefunden hatten.



Der BGS kehrt um

Neben den unmittelbar von der Neonazi-Gefahr betroffenen Gruppen der Flüchtlinge und jungen Punks und Antifas hat sich ein »Ökumenischer Begegnungskreis« zur Unterstützung der Flüchtlinge gebildet, ein bedeutendes Ereignis in einer ostdeutschen Kleinstadt, in der zivilgesellschaftliche Initiativen so gut wie nicht existent sind. Aus der praktischen Unterstützung sind persönliche Verbindungen entstanden, ohne die eine Aktion wie die am 13. Mai 2003 nicht denkbar gewesen wäre. Eine Gruppe von acht togolesischen Flüchtlingen, alle nur mit dem prekären Aufenthaltstitel einer Duldung ausgestattet, hatten die Anweisung bekommen, sich an jenem Tag um kurz vor Mitternacht bereit zu halten, sie sollten nach Bonn zur Botschaft von Togo gebracht werden, dort sollten sie Ausreisepapiere erhalten. Kurz vor Mitternacht war kein Bus des BGS vor dem Heim, aber eine Menge von 80 Unterstützern, mobilisiert vom Kirchenkreis: ältere Menschen, Antifas, Punks, Flüchtlinge. Der verspätete Bus musste unverrichteter Dinge umkehren. Ein Aufschub, aber keine Entwarnung. Unter den Togolesen, deren Abschiebung vorbereitet werden sollte: Orabi Mamavi.

Eine Kampagne wurde gestartet für sein Bleiberecht. Obwohl ein Opfer rassistischer Gewalt, war er der erste Togolese aus Rathenow, der abgeschoben werden sollte. Der Kampagne für einen Einzelfall kam entgegen, dass Pro Asyl und einige Flüchtlingsräte zur gleichen Zeit eine bundesweite Kampagne für ein Bleiberecht für bestimmte Flüchtlingsgruppen: solche, die schon fünf Jahre hier sind, Minderjährige, Traumatisierte und Opfer rassistischer Gewalt, organisierten. In Brandenburg tourte die Bleiberechtskampagne des Flüchtlingsrats durch mehrere Städte. Auf dem Märkischen Platz in Rathenow trat Orabi in eigener Sache auf, in Potsdam war er Teil der Delegation, die Unterschriftenlisten an die Staatskanzlei und das Innenministerium übergab.

Der Vorläufer: die Thierse-Schönbohm-Debatte

Neu war die Forderung nach einem Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt nicht. Im September 2000, mitten im »Aufstand der Anständigen«, wurde ein Brief des Bundestagspräsidenten Thierse an den Brandenburgischen Innenminister Schönbohm publik, in dem jener Schönbohm Rassismus vorwarf. Es ging um einen Einzelfall, um den algerischen Flüchtling Khaled Bensaha, der die Hetzjagd von Guben überlebt hatte, sein Freund Farid Guendoul war auf der Flucht vor einer Neonazi-Clique verblutet. Thierse zeigte sich empört darüber, dass Schönbohms Behörde eine Aufenthaltbefugnis für Khaled Bensaha abgelehnt hatte, weil, so die Behörde, Khaled Bensaha »ja in einem Land ein Aufenthaltsrecht anstrebe, in dem er traumatisiert wurde und deshalb nicht in der Lage sein werde, sich zu integrieren«. Thierse stellte fest, dass Khaled B. »letztlich auf Grund des Überfalls nicht in Deutschland bleiben darf und damit das Ziel der rechtsextremistischen Angreifer mit Billigung offizieller brandenburgischer Stellen erreicht würde«. Teile der Presse wurden noch deutlicher. »Herr Schönbohm schürt den Hass, er sollte abgeschoben werden«, so die »Berliner Zeitung«, daneben eine Karikatur, die einen am Boden liegenden, blutenden Flüchtling zeigt. Ein Skinhead sagt zu Schönbohm: »Schönbohm, übernehmen Sie!« Die Debatte endete mit einer Aufenthaltsbefugnis für Khaled Bensaha. Ein generelles Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt war auf die Tageordnung gesetzt.

Grundgedanke der Bleiberechts-Kampagne war, dass sich bei Abschiebungen von Opfern rassistischer Gewalt wie bei kaum einem anderen Thema die Verknüpfung von rassistischer Straßengewalt und institutionalisiertem Rassismus zeigt. Trotz aller, im Einzelfall lebensentscheidender



Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm in Aktion

Unterschiede in den Methoden teilen beide dasselbe Endziel: die Entfernung unerwünschter MigrantInnen aus dem Land. Dass hierbei die rassistische Straßengewalt nicht zwischen »nützlichen« und »unnützen« MigrantInnen differenziert, dürfte, nebenbei bemerkt, eine der Bedingungen für den »Aufstand der Anständigen« gewesen sein. Mit jeder Abschiebung von MigrantInnen, denen vorher schon von Neonazis und anderen Rassisten ein Aufenthaltsrecht in Deutschland tatkräftig abgesprochen wurde, exekutiert der Staat deren Intentionen. Oder er führt zu Ende, was jenen nur halb gelang. Denn selbst in einer Stadt wie Rathenow ließen sich die Flüchtlinge nie total aus dem öffentlichen Raum vertreiben.

Die agora-Kampagne für ein Bleiberecht

Für ein Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt sprechen gute Gründe, die an die gängige Argumentationsweise der Sozialgesetzgebung anschlussfähig sind, und an die offiziellen Proklamationen gegen Rechts. Agora fordert ein Bleiberecht aus drei Gründen:

- als eine Wiedergutmachung für die sozialen Folgen der Gewalttaten; diese betreffen ganze Gruppen, die kollektiv viktimisiert und aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden;
- aus humanitären Gründen, weil ein Opfer ohne eine sichere Zukunftsperspektive seine Traumatisierung nicht bewältigen kann;
- als ein Signal an die Täter und alle anderen Rassisten, dass sie ihrem Ziel nicht näher kommen, weil die Wirkung der Angriffe umgekehrt wird; wenn sie weiter MigrantInnen schlagen, dann bleiben diese gerade deshalb hier.

Kurz vor den Bundestagswahlen 2002 legte agora den Parteien die Bleiberechts-Forderung als einen »Wahlprüfstein« vor. Die Reaktionen der Kandidaten reichten vom Stereotyp der Vernachlässigung von Deutschen als Opfer krimineller Ausländer bis hin zu einer vorbehaltlosen Unterstützung der Forderung. Zumeist wurde jedoch auf die Härtefallkommission im neuen Zuwanderungsgesetz verwiesen. In Brandenburg gibt es einen Mann, der beides verhinderte.

Fax-In in Rathenow

Schönbohm wird letztlich auch derjenige sein, der über Orabis Abschiebung entscheidet. Für Orabi wird es immer gefährlicher, nachdem sein Asylfolgeantrag abgelehnt wurde. Begründet war der Antrag damit, dass ihm in der Militärdiktatur Togo Verhaftung und Folter droht, weil deutsche Behörden seinen Mitgliedsausweis einer Oppositionspartei an die Botschaft von Togo weitergereicht hatten. Auch eine Wiederaufnahme der Ermittlungen zu dem Angriff 1997 scheiterte an der Verjährung, obwohl ein Teil der Täter bekannt ist. Der Verein Opferperspektive hat eine Fax-Kampagne gestartet. Einzeln oder kollektiv und öffentlich sollen Protestfaxe an Schönbohm geschickt werden. In Rathenow und Potsdam sind »Fax-Ins« geplant, die diese normalerweise individuelle und private Aktionsform öffentlich sichtbar machen.

Anfang September entschied das Verwaltungsgericht, dass Orabi so lange nicht abgeschoben wird, bis über seinen Asylfolgeantrag eine Entscheidung gefallen ist. Damit hat Orabi erneut einen Aufschub erhalten, aber keine dauerhafte Sicherheit und kein dauerhaftes Bleiberecht.

Für Orabi ist die Ungewissheit über seine nahe Zukunft und die Angst vor der Abschiebung schier unerträglich. Das hält ihn jedoch nicht davon ab, öffentlich aufzutreten und zu kämpfen. Und mit ihm ein illustres Bündnis von Antifas, Kirchenleuten und NGOs, das zu diesem Einzelfall arbeitet, einem Fall, in dem die Unmenschlichkeit des Asylregimes individuell, konkret und greifbar wird. ■

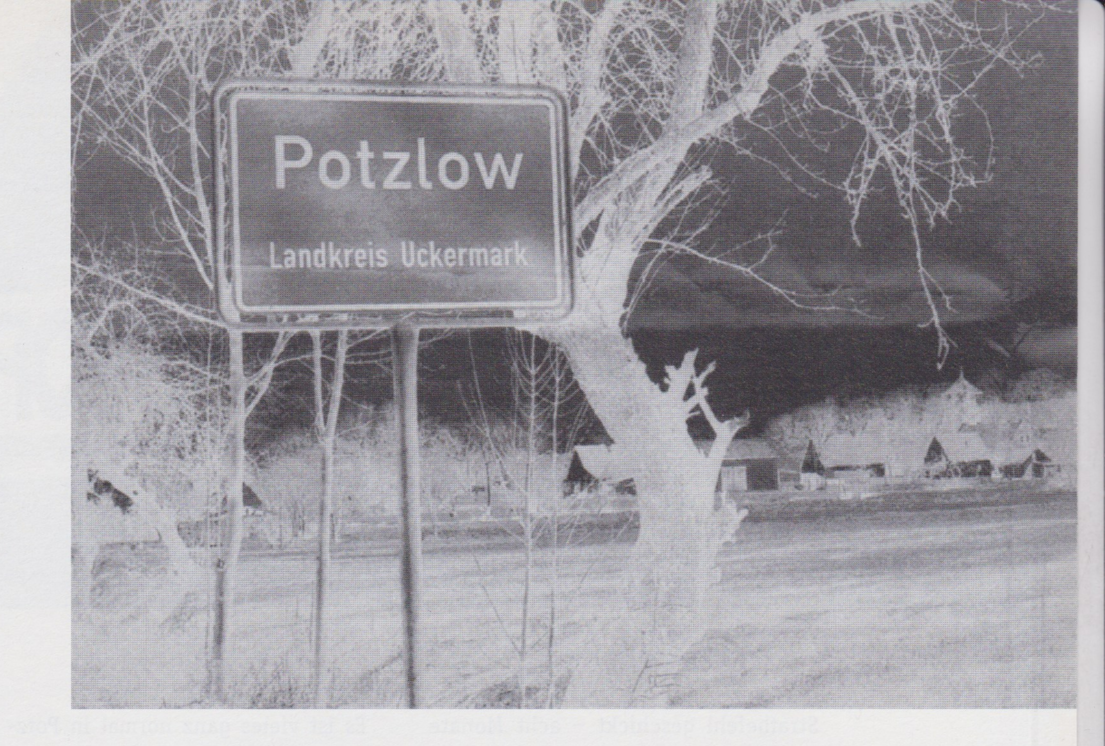
Annette Ramelsberger

Im Niemandsland der WAHRHEIT

Potzlow und der grausame Mord an einem Jugendlichen: »Der wird nicht mehr. Den müssen wir jetzt umbringen.«

Annette Ramelsberger arbeitet als Redakteurin für die Süddeutsche Zeitung. Die Reportage erschien am 11. Juli 2003 in der Süddeutschen Zeitung und wurde dem AIB mit freundlicher Genehmigung der Autorin und des DIZ Dokumentations- und Informationszentrum München GmbH zur Verfügung gestellt.





Auch ein Jahr nach dem Geschehen reagieren viele in dem uckermärkischen Dorf mit Hilflosigkeit und Verweigerung auf die Hintergründe der Tat

Potzlow, im Juli – Die Mohnfelder blühen so schön in Potzlow. Der Oberuckersee liegt wie hingegossen zwischen den sanften Hügeln der Uckermark, vor dem alten Herrenhaus rauschen die Linden und von gegenüber, aus den Fenstern eines niedrigen Feldsteinhauses, leuchten die blütenweißen Spitzengardinen. Keine 100 Meter sind es vom Herrenhaus zu diesen Gardinen. Kein Zaun, keine Mauer, nur 100 Meter Wiese. Freier Blick. Hätte sie etwas spüren müssen? Hätte sie etwas verhindern können? Hätte sie ahnen müssen, dass hinter diesen Gardinen etwas passiert? Unter den Linden, vor dem Herrenhaus, das jetzt ein Jugendclub ist, sitzt Petra Freiberg und zermartert sich den Kopf. Denn hinter diesen Gardinen, an der Rückseite des Feldsteinhauses, liegt eine Veranda. Und auf dieser Veranda begann das Martyrium des Schülers Marinus Schöberl. Ein Martyrium, das zu einem grausamen Mord führte, einem Mord, der die Republik aufschreckte, das Dorf, in dem er geschah, aber nicht.

Ein stiller, schlaksiger Junge

Petra Freiberg hat das Opfer gekannt: ein stiller, schlaksiger Junge, der weite Hosen trug und sich die Haare blond färbte, so wie viele in seinem Alter. Marinus war einer, der Unsinn machte, so wie sie es alle machen, mit 16, 17 Jahren. Einer, der mit den Freunden auf den Rädern durchs Dorf flitzte und »Kräuter« trank, so nennen sie hier in der Uckermark die kleinen Fläschchen Kräuterschnaps. Und der leicht ins Stottern geriet, wenn er aufgeregt war. Petra Freiberg kannte auch die Mörder, zumindest ein en von ihnen gut. Wochenlang hat sich der 17 Jahre alte Marcel im letzten Sommer bei ihr im Jugendclub aufgehalten, hat mit den anderen Späße gemacht, mit ihnen Hiphop gehört. Und hat nichts gesagt.

Es war ein heißer Tag, dieser 12. Juli 2002. Die Jugendbetreuerin Petra Freiberg hatte mit ein paar Jugendlichen eine Nachtwanderung gemacht. Zur gleichen Zeit zogen andere junge Leute durchs Dorf und landeten nach Mitternacht an jenem Feldsteinhaus jenseits der Wiese, wo Monika Spiering wohnt. Dort klingelten sie die Leute aus dem Bett, stellten einen Kasten Bier hin und Schnaps. Marinus war dabei, Marcel und sein älterer Bruder Marco, 23. Und Sebastian, ein Freund Marcels. Dann setzten sie sich auf die Veranda. Einen Fernseher gab es nicht.

Aber wie um das fehlende Fernsehprogramm zu ersetzen, starteten sie nun selbst ein Programm: Es begann damit, ihren Kumpel Marinus zu schlagen. Dann flößten sie ihm Schnaps ein, bis er sich erbrach. Dann schleppten sie ihn hinaus auf die Terrasse, wo er hilflos liegen blieb. Dann urinierten sie auf den Jungen, dann schlugen sie ihn, bis er zugab, »ein Jude« zu sein, obwohl er doch gar keiner war. Und dann luden sie den zerschlagenen, stinkenden, taumelnden Jungen auf ein Rad und fuhren ihn zu den verlassenen Schweineställen der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) am Rande des Dorfes. Und dort brachten sie ihr Abendprogramm dann zu Ende.

Was in den Schweineställen geschah, wird seit zwei Monaten vor dem Landgericht Neuruppin verhandelt. Gleichzeitig eröffnet dieser Prozess einen Einblick in die Wirklichkeit eines Dorfes, so banal und ungeheuerlich, dass es scheint, als blättere hier die Tünche der Zivilisation. Dieser Eindruck wird stärker, je mehr Zeugen auftreten. Zeugen wie Monika Spiering, hinter deren Gardinen, auf deren Terrasse alles begann. 42 Jahre ist Monika Spiering alt, mager, mit dünnen, aschblonden Haaren, arbeitslos. Sie, ihr Lebensgefährte und ihr Bruder wohnen in dem Feldsteinhaus mit den Spitzengardinen, meist ohne Strom. Der war auch an jenem 12. Juli abgedreht.

Innere Angelegenheiten

Der Polizei hat sie fast aufgekratzt geschildert, wo Marinus geschlagen wurde, wo er zusammengebrochen ist, wo er später lag. Über diese Aussage gibt es einen Video-Mitschnitt. Jetzt will sie nichts mehr sagen, denn die Staatsanwaltschaft hat ihr einen



Antifaschistische Demonstration in Potzlow

Strafbefehl geschickt – acht Monate Haft auf Bewährung, wegen unterlassener Hilfeleistung. Denn Spiering hat nichts getan, um dem Jungen zu helfen. Außer man wertet ihren Satz als Hilfe: »Gib doch zu, dass du ein Jude bist, dann hören die auf.« Selbstverständlich hat Frau Spiering den Strafbefehl abgelehnt. »Ich habe mir nichts vorzuwerfen«, sagt sie und schleudert der Richterin hin: »Zum 12. Juli sage ich gar nichts – alles Weitere über meine Anwältin.«

Richterin Ria Becher fragt trotzdem, zum Beispiel nach dem Alkoholkonsum vor der Tat. Klar habe sie mitgetrunken, schnappt Spiering. »Ist doch nicht verboten!« Einen Kasten Bier habe es gegeben. Und? Was ist das schon? »An einem Kasten ist ja nicht viel dran.« Frau Spiering hat diesen empörten Unterton in der Stimme, den viele im Ort haben, wenn man sie auf den Mord an Marinus Schöberl anspricht. Entrüstung darüber, dass sich hier Leute in ihre inneren Angelegenheiten einmischen. Es ist ein Ton, den man wieder erkennt - bei ganz anderen Menschen als Frau Spiering.

Ein normales Dorf, normale Menschen. »Eine Menge guter Sachen« gebe es hier, sagt Ortsbürgermeister Johannes Weber: die Feuerwehr, den Angel- und den Brieftaubenverein, die Fußballmannschaft. Woanders ziehen die Leute weg, hier ziehen sie hin. Fast 600 Einwohner hat Potzlow. Mehr als vor der Wende. Ist das nichts?

Es ist vieles ganz normal in Potzlow. Und manches nicht. Dass seit Jahren ein Judenstern an die Mauer am Friedhof gesprüht ist, darunter ein Neonazi-Symbol. Keinen störte es. Dass ein junger Mann von der Feuerwehr Blankenburg im Ort vorbeischaut, in kurzen Hosen, auf der Wade hat er SS-Runen tätowiert. Keiner sagt was. Dass Jugendliche sich vor den Augen ihrer Eltern mit Bier zuschütten. Keiner tut was. Und wenn jemand etwas tut, empfinden das die Eltern als Angriff, als Einmischung in ihre Angelegenheiten.

Es ist hier vieles normal, was anderswo als Problem betrachtet würde. Marcel, der damals 17 Jahre alte Junge, der nun vor Gericht als Hauptangeklagter gilt, war häufig betrunken. So oft, dass es gar nicht mehr auffiel. »Ganz normal« sei das gewesen, sagen die jungen Zeugen. »Ganz normal« habe Marcel auch erzählt, dass er einen umgebracht habe. »Ganz normal« ist offenbar alles, was den jungen Leuten widerfährt. Eine Zeugin, 22 Jahre alt, Beruf: »arbeitslos«, erzählt, wie sie mit Schwester und Freunden vor dem Videogerät saß und sich immer wieder den Film American History X angesehen habe – einen Film, in dem ein Rechtsradikaler einen Schwarzen zwingt, in eine Bordsteinkante zu beißen und dann auf seinen Kopf springt, dass der Schädel knackt. »Wir haben alle gelacht«, berichtet die Zeugin. »Jetzt kommt er, jetzt kommt er«, hätten sie sich auf die Szene mit dem Bordsteinkick heiß gemacht. Sie haben gelacht. »Haben Sie das lustig gefunden?«, fragt der psychologische Sachverständige Alexander Böhle. Er bekommt keine Antwort.

Hört man den Zeugen im Gericht von Neuruppin zu, erscheint es, als wenn viele dieser Menschen noch nicht einmal wüssten, was gut ist und was böse. Dass sie von Regeln allenfalls mal gehört haben, aber sie für nebensächlich halten. Für nicht zutreffend auf ihr eigenes Leben. Und dass es offenbar niemanden gibt, der ihnen Werte vermittelt. In jener Nacht an den Schweineställen gab es keine Regeln, keine Werte und keine Würde. Die drei jungen Männer schleppten ihr Opfer in den Schweinestall. Jetzt, wo er zugegeben hatte, dass er »Jude« sei, hatten sie ihn als Untermenschen markiert, der kein Recht auf menschliche Behandlung mehr hatte. Sie stießen ihn in eine mit Jauche gefüllte Grube – »um zu sehen, ob er untergeht«, sagt die Staatsanwältin. Dann drückten sie ihn in die Knie und ließen ihn in einen Betontrog beißen. Spätestens in diesem Moment muss dem Opfer klar gewesen sein, was ihm bevorstand: Denn auch Marinus hatte den Film gesehen. So wie fast alle.

Marcel springt mit seinen Springerstiefeln auf Marinus`Kopf. Der sinkt zur Seite, das Gesicht ist völlig entstellt. Dann, so die Staatsanwältin, habe Marcels älterer Bruder Marco gesagt: »Der wird nicht mehr. Den können wir keinem Arzt mehr vorstellen. Den müssen wir jetzt umbrin-



Marinus Schöberl



Gedenken am Tatort

gen.« Sie suchen einen Stein, Marcel zermalmt den Kopf des Jungen mit zwei heftigen Hieben. Dann, so berichtete Marcel in der polizeilichen Vernehmung, habe Marco dem Toten den Puls gefühlt: »Er meinte dann, dass er hin wäre.« So steht es im Protokoll. Zu dritt verscharren sie ihr Opfer in der Jauchegrube.

In den Wochen danach geschehen seltsame Dinge. Der Rucksack von Marinus wird gefleddert, aber keinen kümmert`s. Marcel berichtet einem Schulkameraden, er habe »einen Assi«, einen Asozialen, umgebracht. In der Kneipe saßen sie da zusammen, »Marcel war lustig drauf«, berichtet der Schüler. »Ganz normal hat er das erzählt, wie man unter Kumpels erzählt.« Die Reaktion? Offenbar keine. Auch zwei Elektriker-Lehrlingen auf seiner Berufsförderschule erzählt Marcel, dass er jemanden umgebracht habe. Gegrinst habe er dabei, sagt einer der beiden. Schon morgens um acht Uhr habe er damit herumgeprahlt, sagt der andere. Reaktionen? Offenbar keine. Im Herbst führt Marcel die Freundin seines Bruders und ein paar Kumpels zur Jauchegrube. Und die ist auch noch stolz auf die Tat.

Nicole, 17 Jahre alt, Kaugummi im Mund, Hände in den Schlabberhosen, schlendert ins Gericht, direkt aus der Haft. Sie ist das, was man eine Skinbraut nennt, eine überzeugte Rechtsradikale. Sie hat einen der Jungs aus dem Dorf bedroht, es werde ihm genauso ergehen wie Marinus, wenn er der Polizei etwas sage. Bei der Polizei machte sie anfangs sogar den Versuch, sich als Mittäterin auszugeben. Und erzählte dort, was sie von Marcel erfahren hatte. »Ein richtig guter Kick« sei die Tat gewesen, vor allem wie das Opfer »dann so dalag«. Und wie Marcel auf der Stelle herumgetrampelt sei, an der die Leiche lag. »Das kann ja nur der Scheiß-Schädel sein«, habe er gerufen, sagte Nicole der Polizei.

Der Gang zur Grube

Eine ganze Reihe von Menschen haben gewusst, dass ein Mord geschehen war. Oder es zumindest geahnt. Aber keiner hat reagiert. Obwohl die Eltern von Marinus überall im Dorf herumfragten, wo ihr Sohn geblieben sei. Auch bei Frau Spiering. Auch bei den Tätern. Vermutlich wäre der Mord nie bekannt geworden, wenn Marcel im Herbst nicht mit ein paar Leuten gewettet hätte: Er wisse, wo Marinus liege. Erst da sind sie mit ihm zur Grube und haben den Leichnam ausgegraben. Und erst da erfuhr Petra Freiberg, dass der Junge, der Marinus ermordet hatte, wochenlang bei ihr im Haus verkehrte.

Vielleicht ist es die Nähe zu Opfer und Tätern, die Frau Freiberg empfindlicher macht als die anderen. Vielleicht will sie deswegen so beharrlich wissen, warum so etwas passieren konnte, ob es wieder passieren kann, was sie dagegen tun kann. Was das Dorf dagegen tun kann. Und vielleicht will sie auch deswegen nichts mehr übersehen.

Deswegen ist ihr die Sache mit der Bude da hinterm Jugendclub so wichtig. Eine Hütte, weiß getüncht, darin stehen ein paar alte, vergammelte Sofas. Davor ein Feuerplatz. Drumherum liegen Glassplitter, leere Bierflaschen. Hier treffen sie sich jetzt , nicht die Jugendlichen von Potzlow, aber doch einige. Weil man hier trinken kann, viel mehr als im Jugendclub bei Petra Freiberg. Weil man hier in Ruhe gelassen wird.

Der Bürgermeister verstummt. »Ich sehe da kein eigenständiges Problem der Gemeinde. Das betrifft doch die Erziehungsberechtigten«, sagt er knapp und dann am liebsten gar nichts mehr. Die Kinder des Dorfes saufen sich um den Verstand, doch es ist kein Problem der Gemeinde. Deswegen erfährt man von Bürgermeister Weber auch kein Wort darüber, dass es Zoff gab auf der Gemeinderatssitzung. Dass einige Eltern es sich sogar verbeten haben, dass das Alkoholproblem ihrer Kinder von anderen angesprochen wird. Seitdem wird auch über den Brief geschwiegen, den die Sozialarbeiter des Jugendhauses den Eltern geschrieben haben und in dem sie ein Treffen anregten. Den Elternabend wird es nicht geben. Jetzt nicht. Vermutlich nie.

Petra Freiberg ist laut geworden bei der Sitzung. Sie fühlt sich wie ein Feigenblatt, das dafür herhalten soll, die Blöße des Dorfes zu verdecken. 1997 ist sie geholt worden, damals hatten hier Rechtsradikale einen Sozialarbeiter ermordet, Jugendliche trauten sich nicht mehr durch das Dorf aus Angst, von Rechten angemacht zu werden. Freiberg hat die Szene befriedet, das Dorf wurde ruhig, das Symptom Rechtsradikalismus schwächer. Doch das eigentliche Problem blieb: die Entzivilisierung

von Menschen am Rande der Gesellschaft.

Ausgerechnet der Verteidiger des Hauptangeklagten Marcel spricht den Punkt an. Volkmar Schöneburg, aufgewachsen in der DDR, PDS-Funktionär, ist unverdächtig, die Situation im Osten zu schwarz zu malen. Er sagt, in dem Dorf fehle einfach der »zivilisatorische Standard«. Man kümmere sich nicht umeinander. Es habe keinen belastet, den Rucksack, das Handy und das Fahrrad von Marinus zu finden. Keiner habe etwas getan. Schöneburg spricht aus, was sich schon während des ganzen Prozesses aufdrängt: »Die Werte, die wir für selbstverständlich halten, sind dort gar nicht vorhanden.«

Früher hatte die LPG die soziale Kontrolle und die soziale Verantwortung für den Großteil der Leute im Dorf. Was die LPG nicht schaffte, machte die Partei. Dann zerbrach alles, was die Menschen als Autorität anerkannten: der Betrieb, die Partei, der Staat. Und noch immer, 13 Jahre danach, fühlen sich offenbar manche so, als wenn sie in ein Niemandsland geschleudert worden wären, wo sich keiner um sie kümmert und sie sich ihre Regeln deshalb selber machen. Oder es eben bleiben lassen.

»Ich hätte aus euren Kindern auch Nazis machen können, und ihr hättet es nicht gemerkt« , hat Freiberg den Eltern in Potzlow entgegengehalten. Die bekommen so erstaunlich wenig mit: Ein Vater kennt die Adresse der Freundin nicht, wo sein minderjähriger Sohn seit Monaten wohnt. Ein anderer weiß nicht, dass der Sohn mitten in der Nacht sturzbetrunken im Dorf herumläuft. Die Mutter eines der jungen Trinker hielt der Sozialarbeiterin vor: »Du hast es nicht geschafft, mein Kind zu erziehen.« Die Eltern der Täter Marcel und Marco kritisieren nun, der Jugendclub habe sich zu wenig um die Jugendlichen gekümmert.

»Die Leute halten sich eine Sozialarbeiterin wie einen Dienstleister - zuständig für die Erziehung und Ruhigstellung ihrer Jugendlichen«, sagt Jürgen Lorenz vom Mobilen Beratungsteam im Regierungsprogramm Tolerantes Brandenburg. Lorenz ist seit Monaten immer wieder im Dorf, doch er nimmt keine wirklichen Aktivitäten wahr, um den Mord an Marinus zu verarbeiten. »Das Dorf hat keinen Bezug zu seinen Jugendlichen«, sagt er. Und offenbar auch keinen zueinander. Es gibt kaum Treffen, und wenn, dann zum Trinken, die Mittelschicht macht ihr eigenes Ding, dann werden die Jalousien runtergelassen. Schweigen.

Immer diese Fragen

Es ist so unheimlich, weil einen das Gefühl beschleichen könnte, dass Petra Freiberg und ihre Kollegen so ziemlich die Einzigen sind, die sich fragen, ob etwas falsch gelaufen ist. Die anderen erscheinen lediglich genervt, dass sie immer noch gefragt werden. Dass immer noch Menschen im Dorf auftauchen, die nicht den See genießen wollen, sondern fragen, wie so etwas geschehen konnte. »Diese permanenten Fragen: Was ist passiert? Was haben Sie gemacht?«, sagt Johannes Weber, der Ortsbürgermeister, und man spürt bei jedem Wort, wie sehr er sich zusammenreißen muss, das Gespräch nicht abzubrechen. Er ist nie bei der Verhandlung in Neuruppin gewesen, auch nicht auf der Bürgerversammlung, als ein Polizeispsychologe erklärt hat, wie Jugendgewalt entsteht. Der Mann hat aber auch anderes zu tun. Führt einen Malerbetrieb, muss sehen, dass Aufträge reinkommen. »Sachen müssen auch mal zu Ende gehen«, sagt Weber.

Er ist auch nie bei den Eltern von Marinus gewesen. Die wohnen im Dorf nebenan. Der Pfarrer war bei ihnen, auch Petra Freiberg, sonst niemand. »Absolutes Desinteresse« erfährt die Familie, sagt ihr Anwalt. Der Grabstein für Marinus wurde von Berlinern gespendet.

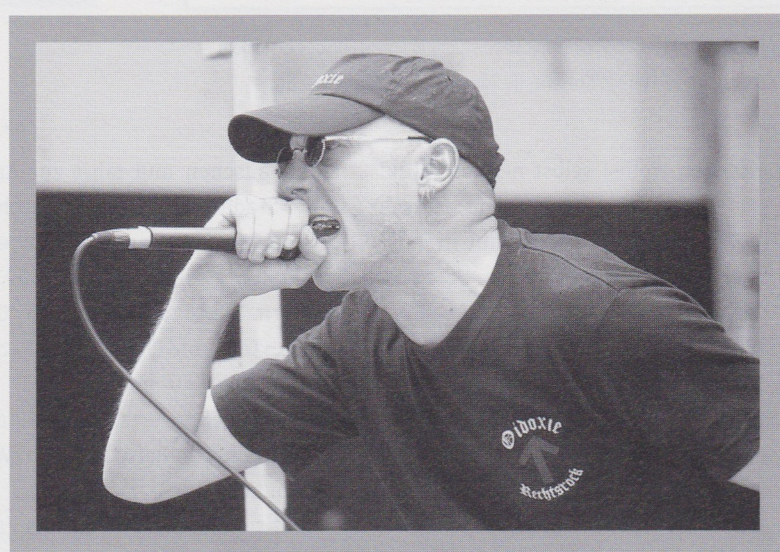
Hinten im Gerichtssaal sitzt Peter Feike. Er stammt nicht direkt aus Potzlow, aber er arbeitet dort, als Koordinator der Jugendarbeit. Er ist einer der ganz wenigen, die den Prozess gegen die Mörder von Marinus regelmäßig besuchen. Feike ist auch Bürgermeister, allerdings der Großgemeinde Oberuckersee, zu der Potzlow gehört.Und seit er das Alkoholproblem im Gemeinderat angesprochen hat, gibt es Zoff. Wie könne er so etwas nur in die Öffentlichkeit tragen?

Feike hat am Anfang auch abgewiegelt, was in Potzlow geschah. Hat gesagt, das komme in der Großstadt doch jeden Tag vor, damals im November, als die Leiche gefunden wurde. Seit er den Prozess verfolgt, hat er dazugelernt. Er weiß, dass die Tat von Potzlow außergewöhnlich war, erschreckend, unheimlich. Und will wie Freiberg jetzt nicht mehr wegschauen. »Man kann das doch nicht als Lappalie runtermachen, wenn sich die Jugendlichen ständig betrinken. Gerade nach dem, was geschehen ist, muss man doch sensibler reagieren«, sagt Feike. »Sonst kommt am Ende der Verdacht auf, es ist einem alles egal.«

Vermutlich ist es aber einfach so.■

Jan Spreuk und Pierre Briegert

Alltag in NRW



Oidoxie-Sänger Marko Gottschalk in Leipzig – »Demohighlight« RechtsRock

Es ist ein milder Winterabend, Mitte Januar im sauerländischen Örtchen Gleidorf. Eine Geburtstagsfeier soll in der Schützenhalle steigen, hat der junge Mann aus dem 45 Kilometer entfernten Arnsberg Tage zuvor gesagt, als er die Halle mieten wollte. Der Hallenwart ist skeptisch, geht zur Polizei. Oft genug haben sich Neonazis in sauerländer Dörfchen unter falschen Vorwänden eingemietet. Doch der junge Mann sei sauber, bekommt er zu hören. Nichts spricht also dagegen, ihn in Gleidorf feiern zu lassen. Um so überraschter ist der Vermieter, als er im Lauf des Abends sieht und hört, wer da alles zum »Geburtstag« erscheint und dafür sorgt, dass am Ort des Geschehens und im weiten Umkreis kaum noch ein Parkplatz zu bekommen ist: Rechte Skinheads aus ganz NRW und den Nachbarländern, dazu Musiker, die ihre Instrumente in die Halle schleppen. Eine Kneipe für junge Leute, 200 Meter von der Halle entfernt, schließt an diesem Abend vorsichtshalber aus Sorge vor Randale. 350 Anhänger der »rechten Szene«, so wird die Polizei später auf Anfrage – in den offiziellen Presseverlautbarungen findet sich kein Wort zu der Veranstaltung – erklären, hätten sich in der Halle getroffen. Wieder einmal war es der neonazistischen Szene gelungen, ungestört ein Konzert auf die Beine zu stellen. Mit von der Partie ganz offenbar: die Band »Sleipnir« aus dem ostwestfälischen Gütersloh sowie »Oidoxie« aus Dortmund.

Rechtsrocker im Sauerland

Im Sauerland hört man freilich nicht nur RechtsRock. Dort macht man ihn auch. Ganz falsch die Vorstellung, dies sei nur ein Thema der Krisenregionen in Brandenburg oder Sachsen. Da mag noch so oft die heile Welt des Sauerlands besungen, noch so oft darauf verwiesen werden, dass der Hochsauerlandkreis zu jenen drei, vier Regionen zählt, die Monat für Monat um die niedrigste Arbeitslosenquote in NRW konkurrieren. Da kann noch so oft die geringe Kriminalitätsbelastung hervorgestrichen und noch so oft betont werden, dass man als Sauerländer in einer Region arbeiten dürfe, wo andere Urlaub machen. Braune Ideen, »Kameradschaften« und Musikgruppen gedeihen im bergigen Hinterland – und das natürlich auch ungestörter als an Orten, wo sie auf antifaschistischen Widerstand treffen könnten.

»Im wunderschönen Sauerland, am schönsten Fleck der Welt, da gibt es eine Skinhead-Band, die jedermann gefällt«, texten die Musiker der Gruppe »Weisse Wölfe«. Weitgehend ungestört von öffentlichem Interesse konnten sich Sänger Stjepan Jus aus Neheim-Hüsten und die anderen Bandmitglieder fast fünf Jahre lang dort tummeln. In Deutschland kletterten sie vorzugsweise höchst konspirativ auf die Bühne. Häufiger waren sie in den letzten Jahren im Ausland zu sehen und zu hören. Für die, die textlich auf harte Kost stehen, sind sie ein Muss. Warum das so ist, wird spätestens beim vierten Stück ihrer Debüt-CD »Weisse Wut« klar. Unterlegt mit »Sieg Heil«-Rufen werden dort »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« beschworen. In einem anderen Stück werden Polizisten bedroht, die gegen Neonazis vorgehen: »Bullen haben Namen und Adressen! Kein Vergeben, kein Vergessen! Am Tag der Rache woll'n wir euch bluten seh'n!« Brandstiftung und Mord besingen die »Kinder arischer Werte«, wie sich die

Die Autoren sind Mitglieder des Antifaschistischen AutorInnenkollektiv NRW und schreiben u.a. für »LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW« (www.free.de/lotta) und für die Düsseldorfer »Stattzeitung TERZ« (www.terz.org).



Auftritt der »Weissen Wölfe« mit Unterstützung von »Oidoxie« bei einem Konzert im Juli 1999 in Koblenz. (Faksimilie aus Rock Nord Nr. 50)



Oidoxie
„Ein Lied fü
10 Titel, 35:37 M

Hier nun das viert
ker von Oidoxie. O
einmal einen solide
res Booklet mit ei
ten der neuen Lie
derjenige, der die
täuscht sein, da n
(plus Intro). Die a
nahmen. Den Anfa
gen ist, aber kein
man hier Mitschnitte aus Radio und Fernsehen zwecks Einführung ver
geht weiter" ist textlich nichts wirklich neues, aber mir gefällt es min
„Deutschland den Deutschen" (4). Der aggressive Gesang von Oidoxie-F

Oidoxie-CD-Werbung (Faksimilie aus Rock Nord Nr. 90/91)

»Weissen Wölfe« selbst nennen: »Und wenn wir uns finden beim Marsch durch das Land, dann brennt in jeder Stadt ein Asylantenheim ab.« Sie fluchen auf »diesen gottverdammten Judenstaat« und fordern einen »heiligen Rassenkrieg«. Zynischer Höhepunkt ihrer ersten, vor einem Jahr erschienenen CD ist das Stück »Unsere Antwort«. Linke und Juden wünschen sie darin ins »Arbeitslager«. Und dann: »Ihr tut unsrer Ehre weh – unsre Antwort Zyklon B.« Die letzten beiden Zeilen des Stücks: »Für unser Fest ist nichts zu teuer – 10.000 Juden für ein Freudenfeuer.« Kein Wunder, dass in den Internetforen der Neonazis gelobt wird: Die »Weissen Wölfe« nehmen kein Blatt vor den Mund. Da gibt es kein Zaudern: Beim Auftritt der »berüchtigten Weissen Wölfe«, so hieß es in einem Konzertbericht aus Belgien glückselig, wurden die Arme kollektiv zum Hitler-Gruß nach oben gereckt.

Szenenwechsel an den Rand einer Großstadt

Szenenwechsel von der »heilen Welt« Sauerland in ein Stückchen »heile Welt« in Dortmund. Weit im Norden an der Stadtgrenze zu Lünen liegt Brechten, seit 75 Jahren ein Stadtteil von Dortmund. Dort arbeitet man nicht – spätestens seit 1988 Schacht 6 des Bergwerks »Minister Stein« dicht machte und die 50-jährige Bergbaugeschichte des Ortes endete. In Brechten wohnt man im Einfamilienhäuschen und fährt zur Arbeit in die Stadt. Auch wenn es durch die A2 geteilt wird: Fast dörflich wirkt Brechten mit seinen knapp 9.000 Einwohnern. Dort wohnt Marko Gottschalk, Kopf und Sänger der Rechts-Rock-Gruppe »Oidoxie« (und, wie Fotos von Konzertauftritten nahe legen, auch Bandmitglied der »Weissen Wölfe«).

»Wir spielen Rechtsrock fürs Vaterland«, grölt Gottschalk von der Bühne herunter. Und: »Wir sprengen die Ketten und schlagen uns frei. Wir kämpfen für Deutschland und bleiben dabei. Und schrei'n immer wieder: Heil, Heil!« Zu hören sind die Stücke »Rechtsrock« und »Sprengt die Ketten« auf der 1998 beschlagnahmten »Oidoxie«-CD »Schwarze Zukunft«. Die damalige Beschlagnahmung blieb lange Zeit – neben hausgemachten Problemen wegen abspringender Bandmitglieder – der einzige spürbare Karriereknick für »Oidoxie«. Inzwischen ist »Oidoxie« wohl die wichtigste Rechtsrock-Gruppe in NRW. Und nicht nur das. Im »Hatecore«-Musikforum lobte ein Autor, die Band habe »sich wirklich gemacht. vonner ‚rechtsrock-spaßkapelle' zu ´ner ‚aktiv-Band'. Oidoxie tun auch was für die szene + die bewegung vor ort und im allgemeinen (allen voran ihr frontmann)«. Diese »szene + bewegung vor ort« in Dortmund-Brechten wird nicht unwesentlich von »Oidoxie« bestimmt. Man identifiziert sich mit dem Stadtteil: »Brechten – stolz und treu« hat die neben Gottschalk zentrale Figur vor Ort, Carsten Jährling, auf dem »T-Hemd« stehen. Hier scheint man sich recht wohl zu fühlen, verfügt über ein zahlenmäßig großes Umfeld. Und über Zuzug: Erst Anfang des Jahres wechselte der »nationale Liedermacher« Nico Schiemann seinen Wohnsitz von Frankfurt/Oder nach Brechten und ist dann kürzlich 500 Meter über die Stadtgrenze hinaus nach Lünen-Brambauer gezogen.

Und »Oidoxie« belässt es nicht bei Konzert-Auftritten. Ab Ende 2002 organisieren die Brechtener auch eigene Demonstrationen, beispielsweise zum Jahreswechsel in Bochum und im Juli mit 270 Personen in Brechten selbst. Hierbei gibt es eine enge regionale Zusammenarbeit mit anderen neonazistischen Gruppen, insbesondere mit dem Kreis um Dortmunds selbst ernannter Nazi-Ikone Siegfried Borchardt (»SS-Siggi«) und die »Völkisch orientierten Gemeinschaft« (VOG). Derartige Aktivitäten und der bundesweite Bekanntheitsgrad veranlassten den Hamburger Neonazi-Führer Christian Worch offenbar im letzten Jahr mehrfach, die Band bei Demonstrationen auf die Bühne zu holen, in Leipzig, aber auch in Soest, knapp 50 Kilometer von Dortmund entfernt.

Das öffentliche Interesse am Treiben der RechtsRocker in Dortmund hielt sich bis Anfang 2003 in sehr engen Grenzen. Diese Grenzen werden nur in Ausnahmefällen überschritten.



Zum Beispiel im März 2002, als laut Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes rund 1.500 Neonazis zu einem Konzert mit den US-Bands »Max Resist« und »Intimidation One«, »Hauptkampflinie« aus Kassel, »Legion of Thor« aus Berlin sowie den Lokalmatadoren »Oidoxie« in die Event-Hallen in Dortmund-Schüren pilgerten. Seitens der Polizei wurde von einer »privaten Geburtstagsfeier« mit 300 teilnehmenden Personen gesprochen, der Vermieter der Halle erst am Konzerttag selbst über den Charakter der Veranstaltung informiert und ihm geraten, das Konzert stattfinden zu lassen. »Wenn sich die Bullen nicht so blöd angestellt hätten, hätte das Konzert [...] auch nicht statt finden können«, analysiert später ein Neonazi im Internet das Geschehene. »Empörung über Duldung des Nazi-Konzerts«, titelte immerhin eine der drei Lokalzeitungen. Ansonsten gilt: In vielen Redaktionsstuben ist die Szene ganz rechtsaußen nur ein Thema, wenn sie sich in Pressemitteilungen der Polizei widerspiegelt oder Demonstrationen dafür sorgen, dass das Einkaufsvergnügen getrübt wird.

Oidoxie und Weisse Wölfe unter Druck

Inzwischen ist das Klima für »Oidoxie« und »Weisse Wölfe« dennoch rauer geworden. Veröffentlichungen in der »LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW« (und anschließend auch in anderen Medien), eine Strafanzeige des nordrhein-westfälischen Landessprechers der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA), Josef Angenfort, und Ermittlungen der Polizei sorgten dafür. Anfang Mai erhielten acht Mitglieder beider Bands unangemeldeten Besuch. Beamte des Staatsschutzes filzten ihre Wohnungen und trugen CDs und Videokassetten davon. Dabei ging es nicht nur um die »Weisse Wölfe«-CD, die die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches detailliert abarbeitet. Die Bandmitglieder stünden im Verdacht, neben den CDs auch »Videos, unter anderem mit volksverhetzendem Charakter und nationalsozialistischem Inhalt, hergestellt und verbreitet zu haben«, erklärten Polizei und Staatsanwaltschaft nach der Durchsuchung. Gemeint ist damit die fünfte Ausgabe der in Finnland hergestellten Video-Produktion »Kriegsberichter«. Auf ihr ist in einer Live-Aufnahme auch »Oidoxie« bei der Präsentation des »Hakenkreuzliedes« zu sehen: »Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um. Hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz!«

Nichts zu erkennen?

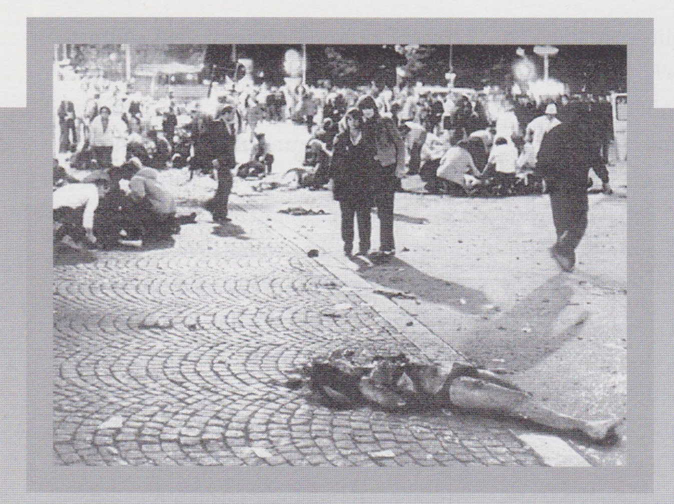
Dortmund hat sich als gutes Pflaster für »Oidoxie« erwiesen. Und die Stadt dürfte das auch bleiben, wenn tatsächlich ernst gemeint sein sollte, was Staatsschutzleiter Jörg Lukat im Frühjahr von sich gab. Man könne derzeit in Dortmund nicht erkennen, dass die rechte Szene die Musik etwa von ‚Oidoxie' benutze, »um junge Leute, die sich eigentlich nur der Musik wegen für die Band interessieren, für rechtsradikale Zwecke zu rekrutieren«, wusste er – jegliche Kenntnis über die Wirkung rechter Musik negierend – zu berichten. Dass Dortmund ein Schwerpunkt neonazistischen Handelns geworden sind, mochte der Staatsschützer ebenfalls nicht bestätigen: »Wir können keine Entwicklung feststellen, dass irgendwelche Aktivitäten ansteigend sind.« Dumm nur, dass drei Wochen später der NRW-Verfassungsschutz in seinem Bericht für 2002 festhielt, bei der Dortmunder Szene handele es sich »inzwischen um die größte Neonazi-Gruppierung in Nordrhein-Westfalen mit ausgezeichneten Verbindungen zu vielen Neonazi-‚Größen' im Bundesgebiet«.

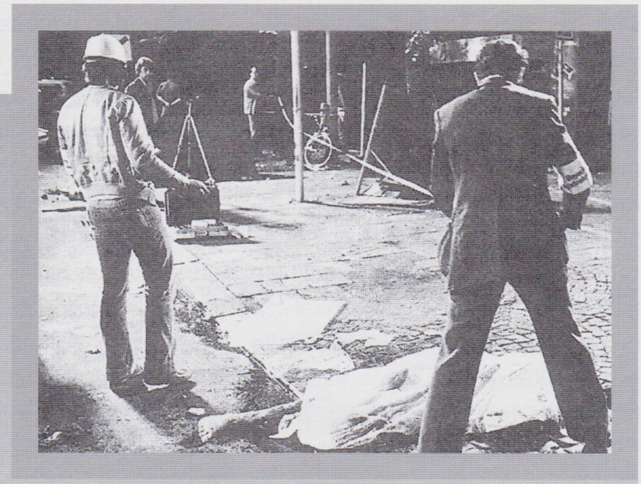
Dass es dem Dortmunder Staatsschutz zuvor wochenlang nicht gelungen war, sich das »Kriegsberichter«-Video zu besorgen, verwundert da nicht mehr. Ganz abgesehen davon, dass es nicht gelingt, die Verbreitung solcher Videos zu verhindern. »Kriegsberichter V« gibt es im Übrigen jetzt auch auf DVD. ■

Michael Backmund

DER KANDIDAT, die Bombe und der Einzeltäter

Das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980





Michael Backmund ist Vorstandsmitglied der Deutschen Journalisten- und Journalistinnenunion (DJU) – Kreisverband München.

Ein stummer Zeuge hat die Tatzeit genau festgehalten. Die große Uhr mit den schwarzen Zeigern am Taxistand »Brausebad« blieb um 22.19 Uhr stehen: Ein scharfes Zischen, eine gelbrote Feuersäule, eine gewaltige Detonation – für einige Sekunden herrscht Totenstille. Dann beginnt das Stöhnen, Wimmern und Schreien der Verletzten, die verzweifelten Hilferufe von Menschen, die Freunde und Angehörige suchen. »Willkommen zum Oktoberfest« steht über dem Tatort – dem Haupteingang zur Theresienwiese in München.

An diesem Freitagabend war Hochbetrieb auf der »Wiesn«. Der größte faschistische Terroranschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte traf am 26. September 1980 eine ahnungslose, ausgelassene Menschenmenge auf ihrem Nachhauseweg. Die Opfer hatten keine Chance: Menschen wurden von der Druckwelle der Bombe durch die Luft geschleudert, andere grauenhaft verstümmelt. Abgerissene Beine und Gliedmaßen lagen in Blutlachen herum. »13 Menschen getötet, 211 zum Teil schwer verletzt« lautet die schreckliche Bilanz in nüchternen Zahlen – viele Opfer leiden bis heute an den Folgen.

Die Toten und Verwundeten waren noch nicht abtransportiert, da begann schon der politische Streit. Es war Wahlkampfzeit. Der »Kandidat« wollte in wenigen Wochen Kanzler werden. Längst hatte Franz Josef Strauß diese Wahl zur »Schicksalsfrage« für Deutschland hochstilisiert: »Freiheit oder Sozialismus« lautete die zentrale Parole des Unions-Kandidaten. Noch am Tatort suchte die CSU-Prominenz die Attentäter in der Linken. Motto: Linke Terroristen bomben unschuldige Oktoberfestbesucher in die Luft. Ein alter Strauß-Bekannter wetterte »das habt ihr von eurer linken Politik«.

Auch Franz Josef Strauß eilte um 1.00 Uhr nachts mit seiner Tochter zum Tatort. Doch der Kandidat selbst äußerte sich erst am nächsten Tag gegenüber einem Millionenpublikum. In der Bild am Sonntag warf Strauß dem FDP-Innenminister »schwere Schuld« und »Verharmlosung des Ter-

rorismus vor«. Gemeint war die RAF. Kurz zuvor hatte bereits der CDU-Stahlhelm Alfred Dregger in einem Interview darüber spekuliert, dass die RAF in naher Zukunft einen Anschlag mit vielen Toten durchführen könnte. Propaganda in einem Szenario der »Strategie der Spannung« vermischt mit dem Ruf nach einem »starken Mann«, der die Angst vor dem Terrorismus schürte.

Doch der Bombenanschlag auf der Wiesn trug eine ganz andere Handschrift: Unter den Toten befand sich der 21-jährige Geologiestudent Gundolf Köhler aus dem schwäbischen Donaueschingen. Die Münchner Abendzeitung titelte bereits am Samstagabend in einer Sonderausgabe: »Wiesn-Mörder sind Neonazis«.

Damit war der Wahlkampfschlager der CSU zerstört. Statt einen starken Staat gegen die linke Gefahr beschwören zu können, geriet der Kandidat selbst in die Defensive. Hatte die bayerische Staatsregierung mal wieder die Gefahr des Rechtsextremismus verharmlost? Köhler war Mitglied und Anhänger der neonazistischen Wehrsportgruppe von Karl-Heinz-Hoffmann, robbte bei paramilitärischen Übungen durchs Gelände, hatte auch zu anderen faschistischen Organisationen und Personen Kontakt. Die Untersuchungen ergaben: Er hatte die Bombe in den Papierkorb am Eingang zur Wirtsbudenstraße gelegt.

Als »halbverrückte Spinner, nicht eine gefährliche Organisation im eigentlichen Sinne« hatte Bayerns Innenminister Gerold Tandler noch im Januar 1980 die Wehrsportgruppe Hoffmann bezeichnet. Sein Chef Franz Josef Strauß wetterte bereits im März 1979 im bayerischen Landtag gegen die Opposition: »Machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn sie gewisse Gruppierungen – Sie haben heute die Wehrsportgruppe Hoffmann genannt – durch Ihre ständigen, in der Öffentlichkeit vorgetragenen überdimensionierten Darstellungen überhaupt erst der bayerischen Bevölkerung bekannt gemacht und Ihnen dadurch eine Bedeutung zumessen, die sie nie hatten, nie haben und in Bayern nie bekommen werden.«

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Karl-Heinz Hoffmann über 400 junge Männer auf seinem Schloss im bayerischen Ermreuth zu »Grenadieren Europas« ausgebildet. Die »schwarzen Legionäre« sollten gegen »Bolschewismus und Kapital« und für einen volksgemeinschaftlichen Führerstaat kämpfen. Am 30. Januar 1980 verbot Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) die Wehrsportgruppe. »Mein Gott, wenn sich ein Mann vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen 'battledress' spazieren geht, dann sollte man ihn in Ruhe lassen«, witzelte dagegen Franz Josef Strauß noch zwei Monate nach dem Verbot über den fränkischen Wehrsportgruppenführer vor einer laufenden Kamera des französischen Fernsehens. Dem Spiegel hatte der Kandidat einmal erklärt: »Man muss sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind – mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.« Zimperlich war der Kandidat auch nicht mit der Auswahl seiner Freunde: Ob das rassistische Apartheidregime in Südafrika oder der chilenische Militärdiktator Pinochet, der Kandidat pflegte beste Kontakte, wenn es um den Kampf gegen Subversion und Kommunismus ging.

Bereits zwei Tage nach dem Attentat stand für den bayerischen Innenminister Gerold Tandler von der CSU trotzdem fest: »Köhler war ein Einzeltäter«. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei noch nicht einmal die braunen Kameraden des »mutmaßlichen Alleintäters« in seiner Heimatstadt Donaueschingen vernommen. Acht Monate später legte die Sonderkommission »Theresienwiese« des Bayerischen Landeskriminalamtes ihren 187 seitigen Abschlussbericht vor. Danach soll Köhler die Bombe selbst gebaut,





Oktoberfest-Attentäter Gundolf Köhler auf dem Titelbild der WSG-Zeitung »Kommando« (2.v.l.).



Walter Behle (mitte) prahlte mit dem Oktoberfest-Anschlag. Links: Uwe Mainka.

transportiert und gezündet haben. Auf dieser Grundlage stellte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann Ende 1982 die Ermittlungen offiziell ein und führte zum Hintergrund des Anschlags aus: Wahrscheinlicher als eine politisch motivierte Tat seien schwere persönliche Krisen.

Doch das offizielle Tatszenario ist bis heute umstritten. Die Widersprüche sind offensichtlich: Mehrere Zeugen hatten unabhängig voneinander Gundolf Köhler mit mehreren anderen Personen in grünen Parkas noch kurz vor der Explosion am Tatort miteinander sprechen sehen. So manche Spur, so manche Zeugenaussage findet sich allerdings im Schlussbericht des Generalbundesanwalts überhaupt nicht wieder.

»Ich empfinde es noch heute als Unverschämtheit, dass die Ermittlungen so schnell eingestellt worden sind«, sagte Katharina P. kurz vor der Demonstration »Aufstehen gegen Naziterror, Rassismus und Antisemitismus« aus Anlass des 20. Jahrestages des Oktoberfest-Attentates. Beim Bombenanschlag wurden ihre Kinder Ignaz (6) und Ilona (8) ermordet, sie selbst schwer verletzt. »Die Einzeltäter-Theorie ist falsch. Zeugen, die etwas anderes gesehen haben, wurden einfach als inkompetent oder unglaubwürdig abgetan.«

Auch Werner Dietrich hält die These vom verzweifelten Einzeltäter bis heute für unglaubwürdig. Der Münchner Rechtsanwalt kämpfte im Auftrag von Attentats-Opfern für eine Wiederaufnahme der Ermittlungen: »Bewusst oder unbewusst wurden alle Spuren und Zeugenaussagen, die der Einzeltätertheorie widersprechen, nicht richtig gewürdigt oder beiseite geschoben.« Die offizielle Version hält Dietrich für ein »politisch erwünschtes Ermittlungsergebnis, damit keine Zusammenarbeit zwischen Köhler und anderen rechtsradikalen Personen und Strukturen nachgewiesen wird.« Denn das hätte die CSU stark in Bedrängnis bringen können und laut Dietrich bestätigt: »Alte und neue Nazis sind gerade in Bayern viel zu lange falsch eingeschätzt oder verharmlost worden.«

Zwei Zeugen hatten Köhler gemeinsam mit vier bis fünf anderen Personen in seinem Auto bereits eine Woche vor dem Anschlag in München gesehen. Eine Generalprobe? Doch ermittelt wurden die Begleiter offiziell nie. Im Oktober 1980 prahlte dafür Walter Behle, der mit seinem Chef Karl-Heinz Hoffmann gerade in Damaskus zu tun hatte, an der Bar des Hotels Byblos: »Das waren wir selbst.« Der Barkeeper wandte sich umgehend an die deutschen Behörden. Doch die Bundesanwaltschaft bezeichnete das Geständnis kurz und knapp als »alkoholbedingte Aufschneidereien«, ein weiteres Geständnis als »nachweislich unwahr«: Am 2. August 1982 läuft der 21-jährige Neonazi Stefan Wagner in Frankfurt Amok. Auf der Flucht vor der Polizei, kurz bevor er sich mit einem Schuss in den Mund selbst tötet, bedroht Wagner einen Mann und sagt: »Ist dir die Wehrsportgruppe Hoffmann ein Begriff? Die Polizei ist hinter mir her. Lebend bekommen die mich nicht. Wenn die mich greifen, kriege ich mindestens zehn Jahre Zuchthaus. Ich war bei der Aktion gegen das Oktoberfest in München dabei.« Laut Bundesanwaltschaft hatte Wagner ein Alibi.

»Es bleibt der Verdacht, dass mit dieser Bluttat eine allgemeine Krisenstimmung und der Ruf nach einem starken Mann herbeigebombt werden sollte, eine autoritäre politische Lösung mit dem bereitstehenden Kandidaten Strauß an der Spitze. Ähnliche Bestrebungen sind für Italien in den 70er und 80er Jahren nachgewiesen, wo es zahlreiche Bombenattentate gegeben hat – zuletzt noch sieben Wochen vor München in Bologna – und wo die Verstrickung von Politik, Armee, Polizei und Geheimdienst in diese Verbrechen nachgewiesen ist«, resümierte Rechtsanwalt Dietrich in seiner Rede zum 20. Jahrestag des Anschlags.

Sein Antrag auf Wiederaufnahme der Ermittlungen wurde vom Generalbundesanwalt in Karlsruhe abgelehnt. Bis heute ist die Forderung der Opfer nach einem neuen Verfahren nicht durchgesetzt worden. So ist bis jetzt offiziell nicht geklärt: Gab es Mittäter, Auftraggeber, Hintermänner? »Die Ermittlungen hätten nie eingestellt werden dürfen«, kritisiert Dietrich und bleibt bei seinem Verdacht: »Einige Mittäter laufen wahrscheinlich noch heute frei herum.« ■

Literaturtipps:

Der Münchner Autor und Journalist Ulrich Chaussy hat in einer akribischen Recherche die offizielle Version der Tat und die Arbeit der Ermittler gründlich demontiert: »Oktoberfest-Attentat« heißt seine im September 2000 erschienene Hörbuch-CD (62 Minuten, HörbucHHamburg. Telefon: 040/889 139 46).

»Aufstehen gegen Naziterror, Rassismus und Antisemitismus«: Dokumentation zum 20 Jahrestag des faschistischen Wiesn-Attentats vom 26. September 2000. Herausgegeben vom Bündnis gegen Rassismus mit vielen Redebeiträgen und Texten, 70 Seiten (6 Euro in Briefmarken, Bestellung bei Claus Schreer, Johann-von-Werthstraße 3, 80639 München)

Andrea Röpke / Berny Vogl

Rechte GLÜCKSRITTER in Ostdeutschland

Kaum, dass die Mauer fiel, zogen sie vom Westen in den östlichen Teil des Landes: (ehemalige) Rechtsextremisten auf der Suche nach neuen Anhängern für ihre Organisationen oder nach dem großen Geld. Wir sind der Spur drei dieser Glücksritter gefolgt - Karl-Heinz Hoffmann, Hans Jörg Schimanek jun., Reinhard Rade - und fragen wie der »stern« wöchentlich auf seiner letzten Seite: »Was machen diese rechten selbsternannten 'Aufbauhelfer Ost' eigentlich heute?«

Ein Stück deutscher Neonazi-Geschichte

Bei vielen Neonazis ist die »Wehrsportgruppe Hoffmann« Kult, einschlägige Versände verkaufen T-Shirts mit dem Konterfei des »Chefs« oder mit dem Schriftzug der Truppe. Hoffmanns »an Tatsachen orientierter Roman – Verrat und Treue« gibt es schon für ca. 20 Euro zu kaufen. Für die Öffentlichkeit verlor sich seine Spur jedoch 1989, nach seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Gefängnis. Dabei war gerade Karl-Heinz Hoffmann einer, der die Medien manipulierte, mit ihnen spielte. Gestellte Fotos und gefährliche Posen waren sein Markenzeichen in den 70er Jahren. Hoffmann mit Puma. Hoffmann mit Panzer. Hoffmann marschiert mit Kameraden.

Die Vorgeschichte: Der 1937 in Nürnberg geborene Hoffmann, der schon 1963 in der Türkei wegen Waffenhandels verhaftet wurde, gründete 1973 die größte Wehrsportgruppe (WSG), die es in der Bundesrepublik je gab. Bis zu ihrem Verbot am 30. Januar 1980 sollen annähernd 500 militante Rechte auf das Kommando des fränkischen Militärfreaks gehört haben, viele der heutigen rechtsextremen Führungskader sollen bei Hoffmann in die militärische Lehre gegangen sein. Nach dem Verbot seiner WSG wurden bei Hausdurchsuchungen in drei Bundesländern 18 Lastwagenladungen voller Bajonette, Karabiner, Pistolen, Munition, Handgranaten, Stahlhelme etc. beschlagnahmt.

Über die bundeseigene Verwertungsfirma VEBEG hatte der geschäftstüchtige Werbegrafiker aus Nürnberg zudem einen regen Handel mit ausgemusterten LKWs betrieben. Legendär, im negativen Sinne, wurde die »WSG Hoffmann« »durch die Ermittlungen zum Bombenattentat auf das Münchener Oktoberfest am 26. September 1980«. (s. S. 24)

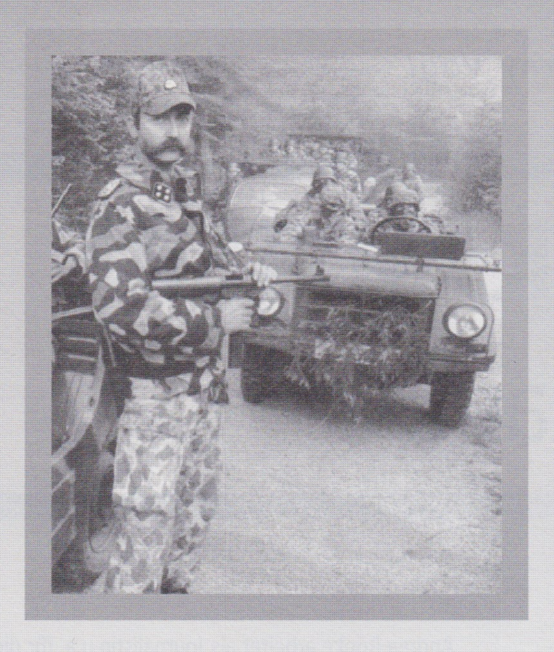
Wenig später, am 19. Dezember 1980, wurde der jüdische Verleger und ehemalige Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Shlomo Levin, der vor seinem Tod öffentlich vor der deutschen Neonaziszene und insbesondere Hoffmann gewarnt hatte, mit seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke in ihrer Erlanger Wohnung erschossen.

Auch hier führte die Spur zunächst zu Hoffmann. Der mutmaßliche Schütze war sein engster Gefolgsmann. Am Tatort wurde die Brille von Hoffmanns heutiger Ehefrau Franziska gefunden, die Tatwaffe gehörte dem »Chef«. Die Leiche des Tatverdächtigen wurde später im Libanon entdeckt. Es hieß, er habe Selbstmord begangen. Hoffmann kam damals davon. Einen Mordauftrag konnte ihm niemand nachweisen.

Hoffmann hatte sich nach dem WSG-Verbot mit einer Gruppe von fanatischen Anhängern in den Libanon abgesetzt. Die »Wehrsportgruppe Ausland« sollte vom Palästinenserla-

Andrea Röpke arbeitet als Journalistin u.a. für die Magazine stern, Spiegel und Focus sowie für die TV-Sendungen Panorama und Frontal 21. Sie hat gemeinsam mit Oliver Schröm das Buch »Stille Hilfe für braune Kameraden« veröffentlicht.
Berny Vogl arbeitet als freier Journalist in Berlin mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsrecherche.







Hoffmann scheute die Öffentlichkeit nicht. Veranstaltungswerbung in »Kommando -Zeitung der WSG für den europäischen Freiwilligen« Nr. 2 / März 1979 (Faksimilie)

ger »Bir Hassan« aus weiter kämpfen. Vor Gericht berichteten ehemalige Wehrsportler später von grausamen Folterungen, knallharten Drill und den Plänen Hoffmanns einen Staatsanwalt ermorden zu lassen. Dazu kam es nicht mehr, am 16. Juni 1981 wurde Hoffmann auf dem Flughafen in Frankfurt festgenommen.

Im Januar 1984 verurteilte ihn das Landgericht Nürnberg-Fürth zu neun Jahren und sechs Monaten Haft wegen Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung, Geldfälschung und Verstößen gegen das Waffengesetz. »Wenigstens für den Doppelmord von Erlangen hätten wir ihn drankriegen müssen«, schimpft ein Ermittler des bayerischen Landeskriminalamtes noch Jahre später.

1989 wurde Karl-Heinz Hoffmann nach fünf Jahren Haft wegen »günstiger Sozialprognose« entlassen. Ein Gedicht, von ihm im Knast verfasst, machte die Runde: »Die uns den Prozeß gemacht, gehören selbst auf Grund der Taten, in den tiefsten Höllenschacht, um auf ewig dort zu braten«.

Hoffmanns Eroberungszug in Ostdeutschland

Der zweite Aufstieg von Hoffmann begann. Ehefrau Franziska hatte bereits während seiner Haftzeit den Grundstein für ein Firmenkonglomerat gelegt, das später aus bis zu 15 Unternehmungen bestand. Die zweite Karriere des Karl-Heinz Hoffmann belegt, dass der »Chef« niemals der nur von der Gesellschaft isolierte WSG-Gründer war. Hoffmann verkehrte nach Zeugenaussagen in Nürnberg ebenso mit angesehenen Geschäftsleuten und Anwälten wie mit rechten Szenegrößen. Vor seiner Verhaftung war er häufiger Stammgast in den angesagten Lokalen der Stadt. Bereits 1975 bezahlte DVU-Chef Gerhard Frey »aus nationaler Solidarität« seine Gerichtskosten im Wert von 8.000 D-Mark. Hoffmann und seine Frau gründeten Anfang der 90er Jahre Bau- und Sanierungsfirmen und erhielten Aufträge in der noblen Nürnberger Wohngegend Mögeldorf. Eine Bauunternehmerin investierte sogar 25.000 DM in eine Hoffmann-Firma. Eine alteingesessene Unternehmerfamilie beauftragte Hoffmann mit Sanierungsarbeiten andere Nürnberger gaben den Stab weiter. Hoffmann ist wieder wer, er kommt zu Geld.

Als die Grenzen zur DDR fielen, kehrte er zurück ins thüringische Kahla. Dort war er aufgewachsen. Er erhielt sein Elternhaus am Karl-Liebknecht-Platz zurück und errichtete dort Büros und Wohnungen. Geld schien genug da, seine Frau erwarb im Laufe der Jahre drei abrissreife Häuser aus Kommunalbesitz und zehn weitere sanierungsbedürftige Häuser in der Kahlaer Altstadt. Die Hoffmanns sollen bis zum Jahr 2000 zeitweilig rund 20 Angestellte und Arbeiter beschäftigt haben, die Lohnkosten beliefen sich auf 120.000 D-Mark im Monat. Noch 2001 prahlen sie in einem internen Schreiben: »Wir haben in der Kleinstadt Kahla nicht nur 8 Jahre intensive Arbeit und Aufopferung, sondern auch in dieser Zeit weit mehr als DM 10 Mio investiert, ca. 1/3 indem wir westdeutsche Investoren gebracht haben. 2/3 privat finanzierte Mittel«.

Sie eröffnen ihre erste Gaststätte, die »Gerberstube«. Hoffmann lädt die Unternehmer und Selbstständigen der Stadt zu einem Vortrag, stellt sein Konzept vor. Der ehemalige Neonazianführer und seine Frau wollen weitere Häuser kaufen, sanieren und Läden einrichten, die dann von jungen Leuten seiner Wahl weitergeführt werden sollen. Mindestens drei weitere Gaststätten sind geplant, darunter auch ein Tabledance-Lokal in der Altstadt. Und Antiquitätenläden sollen eröffnet werden, erzählt Hoffmann in Kahla, angeblich habe er bereits zwei davon - in Nürnberg und München.



Hoffmann posiert in »Kommando - Zeitung der WSG für den europäischen Freiwilligen« Nr. 5 / September 1979 auf einem Panzer. (Faksimilie)



Hans Jörg Schimanek junior beim Wehrsport 1990

An diesem Abend redete der asketische Mann mit dem prägnanten Zwirbelbart viel und laut, am Eingang standen kräftige junge Männer mit Blick auf die Tür und die Gäste. »Seine Bewacher«, raunten Besucher einander zu. Als ein Uhrmacher schüchtern nach Hoffmanns Vergangenheit fragte, rastete dieser aus. Der Uhrmacher bekam Hausverbot.

Dabei freuten sich nach der Wende wohl noch viele »Kahlscher«, wie die Einwohner sich selbst bezeichnen, über den Investor. Es störte sie zunächst nicht, wenn er herrisch über das Kopfsteinpflaster der Altstadtgassen marschierte oder die Geldscheine in grossen Banknoten locker aus der Hemdtasche zog.

Es waren vor allem die »feinen Herren« mit denen Hoffmann Mitte der 90er in der Stadt auftauchte, die Eindruck schindeten. Sie kamen in dunklen Mercedes-Limousinen mit bayerischen Kennzeichen und kauften Hoffmanns Häuser, ließen sie sanieren und beauftragten ihn mit der Hausverwaltung. Woher hatte »der Nazi-Hoffmann« überhaupt das Geld für Häuserkäufe? Diese Frage beschäftigte die Menschen im Ort. »Es sind wohl seine Hintermänner, die ihm das Geld geben«, mutmaßte sogar der Bürgermeister.

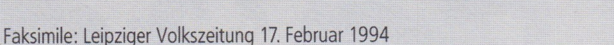
Ein Bruderpaar aus Bayern fiel besonders ins Auge. Die beiden Herren in Anzug und Trenchcoat tauchten einige Male mit Hoffmann in Kahla auf, erinnern sich viele. Niemand wusste, wer sie waren. Recherchen ergaben: bei dem Älteren der beiden handelte es sich um einen ehemaligen Mitarbeiter des verstorbenen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß.

Der 58jährige ist Träger des Bayerischen Verdienstordens und Mitglied in der CSU-nahen »Hanns-Seidl-Stiftung«. Nach dem Verkauf von drei sanierten Mehrfamilienhäusern in der Altstadt an das Brüderpaar und einen weiteren bayerischen Investor, sollen Hoffmanns Firmenkonten ungefähr 2 Millionen DM zugeflossen sein, erinnern sich ehemalige Mitarbeiter noch sehr gut. Vielleicht weil Journalisten sich dafür zu interessieren begannen, gingen die Herrschaften aus Bayern später auf Distanz zu den Hoffmanns. Eine Hausverwalterfirma aus Kahla übernahm Hoffmanns Aufgaben.

Dabei war bis zum Jahr 2000 alles blendend für Karl-Heinz Hoffmann gelaufen. Die Gerüchteküche in Kahla brodelte zwar schon, aber das interessierte ihn nicht. Gäste in der »Gerberstube« beobachteten, dass der selbsternannte »Politrentner« eine Gruppe junger Gäste empfing, die sie für bayrische Neonazis hielten. Ende 2000 wurden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz bei Behördenvertretern in Kahla vorstellig, sie stellten Fragen zu Karl-Heinz Hoffmann. Es gab wieder Kontakte zu alten und neuen Kameraden, z.B. dem ehemaligen WSG-Unterführer Bernd Grett. Der bestätigte, Hoffmann habe ihn, der in den 90er Jahren auch für die sächsische NPD aktiv war, zu einer Gaststätteneröffnung nach Kahla eingeladen. Auch für ein paar Büroangelegenheiten habe man zusammengearbeitet.

Zeitweilig soll es auch gemeinsame geschäftliche Pläne zwischen Wilhelm Tell, Architekt aus Jena und Hoffmann gegeben haben. Tell ist Chef der Republikaner in Jena mit guten Kontakten zu den thüringischen Kameradschaften. Ehemalige Angestellte berichten, dass Hoffmann auch von einem Geschäftspartner namens Anton Pfahler sprach. Hoffmann streitet das ab. Wohlweislich – bei dem ex-WSG-Offizier Pfahler aus der Nähe von Ingolstadt wurden 1999 unter anderem Tretminen, Granaten und Maschinenpistolen gefunden.

Seit Ende 2000 laufen die Geschäfte schlechter, Hoffmann hält sich nur noch selten in Kahla auf. Oft ist er in



Neonazi-Führer aus Österreich in Leipzig abgetaucht

Unterschlupf in Baufirma / LKA beobachtet

In Plagwitz soll nach einem gestern erschienenen Bericht des „Wiener Kurier" ein österreichischer Rechtsextremist bei einer Baufirma Unterschlupf gefunden haben. Gegen Hans Jörg Schimanek ermittelt die Wiener Staatsanwaltschaft, weil er für den österreichischen Neonazi-Führer Gottfried Küssel eine Wehrsportgruppe aufgebaut haben soll. Auch der Geschäftsführer und Inhaber der Leipziger Baufirma ist in Österreich kein Unbekannter: Reinhard Rade hat dort Einreiseverbot. Er soll Aktivist

Faksimile: Leipziger Volkszeitung 17. Februar 1994



Reinhard Rade

seinem Schloss Ermreuth bei Erlangen. Dort ist er immer noch ein angesehener Mann. An sonnigen Tagen lässt er es sich nicht nehmen, im weißen Bademantel, den Porsche neben der Schlosstür geparkt, über sein Grundstück zu schreiten.

Die Firmenmitarbeiter in Kahla wurden entlassen. Für die Firmen seiner Ehefrau fühlt sich Hoffmann nicht mehr zuständig. »Die wurden verkauft«, sagt er. In Kahla erzählte man sich: »Ein alter Kamerad von Hoffmann hat die übernommen«. Einigen Justizbehörden in Deutschland ist der »alte Kamerad« – Harald Girke – kein Unbekannter. Nach ihm wird per Haftbefehl u.a. wegen Betruges gefahndet. Girke wurde 2001 kurzzeitig Geschäftsführer der Hoffmann-Firmen. Girke gehört zu einem Netzwerk der organisierten Kriminalität, dessen Tätigkeitsfeld Polizeiexperten als »Firmenbestatter« bezeichnen. Sogenannte Aufkäufer wie Girke werben per Zeitungsanzeige für eine Firmenverlegung nach Spanien. Sie übernehmen marode deutsche Firmen, deren zumeist hochverschuldete Inhaber horrende Summen an die deutschen Mittelsmänner in Spanien zahlen. Hunderte von Pleite-Unternehmen haben Girke und seine Komplizen so außer Landes bringen können. Die deutschen Gläubiger, zumeist mittelständische Betriebe, gehen leer aus. Ein Kriminalitätsbereich, der Schäden in mehrstelliger Millionenhöhe anrichtet.

Ein Stück österreichischer Neonazi-Geschichte

Auch Hans-Jörg Schimanek jun., einer der bekanntesten österreichischen Neonazis in den 90er Jahren, suchte sein Glück in den neuen Bundesländern. Lange Jahre dominierten er und seine militanten Kameraden von der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition die österreichische Neonazi-Szene. 1992 wurde Schimanek wegen verbotenen Waffenbesitzes und Hehlerei verurteilt. Der lange dünne Mann mit dem vorstehenden Kinn und den blonden Haaren hat beruflich eine Ausbildung als Gebrauchsgrafiker hinter sich. Sieben Jahre diente Schimanek als zeitverpflichteter Soldat beim Bundesheer. Mit zackigem »Front Heil« begrüßte er in einem Schreiben vom 7. Oktober 1991 die Kameraden und lud zu einem »Ausbildungslager der NÖ Kameradschaften« ein. »Dieses Lager steht unter dem Zeichen härtester militärischer Ausbildung. Ich erwarte daher von jedem Teilnehmer höchste Einsatzfreudigkeit und unbedingten Gehorsam«, so Schimanek.

Im September 1994 wird Schimanek verhaftet, ein Jahr später wegen NS-Wiederbetätigung zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Im Juni 1999 wird er vorzeitig aus der Haft entlassen. Der Österreicher ging zurück nach Leipzig, wo er seine Tätigkeit im Umfeld der Firma »Baubetreuung für Mitteldeutschland GmbH« (BBM) wieder aufnahm.

Schon 1994 hatte er in dieser Firma Unterschlupf gefunden, deren Geschäftsführer Reinhard Rade damals war. Laut Handelsregisterakte war Schimanek (wie auch Rade) im März 1994 Gesellschafter der Leipziger Abbruchfirma Condor Projektentwicklung GmbH. Der dunkle Porsche, den Ex-Wehrsportgruppenchef Hoffmann seit Jahren fährt, »stammt aus dem Fuhrpark dieser Firma«. »Das Auto haben mir Bekannte zur Verfügung gestellt«, brüllte Hoffmann auf Nachfrage ins Telefon. Mit diesen Bekannten will er auch im Baubereich verkehrt haben.

Zur Firma Condor gehörte auch Franz Aigner. Beim Gardesoldaten Aigner sind nach Angaben des österreichischen Magazins Profil im September 1984 Beamte der Sicherheitsdirektion aufgetaucht. Sie suchten ein gestohlenes Sturmgewehr und fanden statt dessen eine Kartei der »Nationalen Front«, in der die politischen Feinde u.a. mit Vermerken wie »Jude« oder »KPÖ« eingetragen waren.

»Die in Leipzig haben eine rechte Gesinnung, passend zu dem Autokennzeichen vom Porsche«, erzählt ein ex-Mitarbeiter von Hoffmann vorsichtig. L für Leipzig, AH für Adolf Hitler?

Der smarte Yuppie

Einer der ältesten Freunde von Schimanek ist der schon erwähnte Reinhard Rade. Der Jungrechte war während der Wende der »offizielle DDR-Koordinator der Republikaner« und bei Flugblattaktionen und Anwerbeversuchen in Leipzig beteiligt. Reinhard Rade, geboren 1964 in Innsbruck, gehörte bereits als Jugendlicher zu einer Wehrsportgruppe, die sich Vorposten nannte. Gemeinsam mit Stefan Ulbrich, heute Betreiber des Arun-Verlages, und anderen wurde Rade bereits 1981 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt (Aktenzeichen 11 Js 23688/81).



ie Anwendung dieser Paragraphen
, wie bei Hoffmann, der Verzicht

bestrafen. Der Nachweis konkreter Tat-
beiträge in jedem Einzelfall blieb aus.

Angeklagter Hoffmann vor der Urteilsverkündung: „Demokratie ist impotent"

uf, führt in Prozessen gegen poli-
motivierte Straftäter zu völlig un-

Bis heute wissen die Ermittler nicht,
wer auf dem Motorrad saß, von dem der

Hoffmanns Bild ging durch die Medien. (Faksimilie Spiegel 28/86)

Rade bestreitet das heute. Rechtskräftig verurteilt wurde er erst 1985 wegen fahrlässiger Körperverletzung. »Eine Jugendsünde«, sagt Rade und lacht. Dann erzählt er stolz, dass seine Großmutter Südtirol-Terroristen Unterschlupf gewährt hatte. Der ehrgeizig junge Mann machte Karriere bei den Republikanern, zog für die Partei in den Kreistag von Bad Tölz und machte sich immer wieder auf den Weg gen Osten. Das Ziel: Leipzig.

Ende 1990 verlässt Rade die Republikaner im Streit. Er betätigte sich aber weiter im rechtsextremen Umfeld. Wie aus Archivunterlagen hervorgeht, vermietete Rade dem ex-Neonazi Ewald Bela Althans mit Vertrag vom 15. November 1990 Räume in seinem Münchener Mietshaus. »Der Mietzins« für Wohnung und Laden im Haus betrug 2.500 DM.

»Natürlich kenne ich die meisten in der rechten Szene«, erzählt Rade grinsend. »Ich überlege auch immer mal wieder, ob ich nicht wieder politisch arbeiten soll«. Aber dann könnte es Probleme mit den Banken bei der Finanzierung von zukünftigen Projekten geben, erzählt er freimütig. Politische Arbeit und das große Geld verdienen, beides gemeinsam sei schwierig.

Natürlich sei er auf dem Balkan gewesen, in Kroatien, aber nicht als Söldner, erklärt der Jungunternehmer lässig. »Ich habe dort Grundstücksgeschäfte gemacht«. Gern rühmt er seine Kontakte auf dem Balkan, einmal habe er sogar Prince Charles auf einer Reise begleitet. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen ist Rade nie als Söldner tätig gewesen, sagt er.

Rade sollen in Leipzig »straßenzügeweise« Immobilien gehören, heißt es innerhalb der Bauszene der Stadt. Zu den Immobilien von Rades Firmen zählt u.a. ein verfallenes Schloss im Muldentalkreis. Im Februar 2001 erwarb Rade gemeinsam mit seinem Schwager für 1,9 Millionen Mark die »Öko-Akademie« der Grünen in Oberbayern.

Jüngst landete Reinhard Rade seinen größten Coup. Ähnlich wie Hoffmann früher ist Rade Kunde bei der VEBEG in Frankfurt. Zunächst habe er mit allradgetriebenen LKWs gehandelt, erzählt er. Die habe er ins Ausland verkauft. Im August 2001 habe eine seiner Firmen neun raketenbestückbare, ausgemusterte Bundeswehrhubschrauber der Marke »Bo 105M« für einen »Spottpreis« von rund einer Million Mark gekauft. Noch fehlt die Ausfuhrgenehmigung, die Hubschrauber stehen im Hangar bei Halle.

Militärkenner Rade erzählt, dass zunächst die Rede davon gewesen sei, die Hubschrauber in den »arabischen Raum« zu exportieren. Jetzt sollen sie nach Namibia gehen. Mitarbeiter für Wartungstrupps habe er genug, prahlt der Yuppie in der beigen Cordbuntfaltenhose. Er sei auf der Suche nach weiterem Fluggerät. Den Hobbypiloten Rade hält nicht mehr sehr viel in Leipzig, denn »der Immobilienmarkt dort ist tot«. Inzwischen hat er seinen offiziellen Wohnsitz nach Südafrika an die wunderschöne »garden route« verlegt und betreibt in Namibia nahe der berühmten Goldmine Navachab eine Flugzeugfirma.

Neben Rade agierte 2001 auch der frühere französische Neonazi und Söldnerkenner Nicolas Peucelle bei der BBM. 1993 wurden beide bei der Einreise an der bayerischen Grenze aufgehalten, da bei ihnen 1200 Hakenkreuz-Aufnäher gefunden wurden. Aber Rade wurde nicht belangt, die Aufnäher bekamen sie später vom Zoll sogar wieder ausgehändigt. Gegen Peucelle soll zur Zeit ein Verfahren vor dem Pariser Militärgericht laufen. Von der französischen Justiz ist dazu lediglich zu erfahren, es gehe um Vorfälle gegen französische NATO-Truppen auf dem Balkan, womöglich um Landesverrat. »Es geht um ein abgestürztes französisches Flugzeug«, erzählt Rade.

Die Rechtsextremisten von einst treten heute als scheinbar seriöse Geschäftsleute auf. Auf die Frage, ob Reinhard Rade und seine Freunde nicht eher den Aufbau einer modernen Söldneragentur planen, bricht der 39jährige in schallendes Gelächter aus. Doch die alten Kameraden kennen und schätzen sich und so manch lukratives Geschäft wird miteinander abgewickelt. Auch für Karl-Heinz Hoffmann geht es wieder aufwärts. Inzwischen ist er Geschäftsführer einer neugegründeten Baufirma in Kahla. Eine zweite Firma wurde im August beim Handelsregister in Gera eingetragen. ■

Hakan Kreutz

»RACEWAR« gegen Israel

Die süddeutsche Skinhead-Musik-Szene boomt

Die süddeutsche Neonazi-Musikszene boomt: »Our terrorist attacks will change the world«, kündigt die baden-württemberger Neonazi-Band »Race War« in einem Lied an – in einem anderen bejubelt sie den Terroranschlag vom »11. September« in New York. Die bayerische Skin-Combo »Fadenkreuz« fordert »live« dazu auf, »den Gegner« an die Wand zu stellen.
Auf Szene-Konzerten, die teilweise im Wochen-Rhythmus stattfinden, laufen immer mehr Skinheads und Skingirls mit T-Shirts herum, die den Aufdruck der militanten Neonazi-Truppe »Combat 18« tragen. Ehemalige Mitglieder des Neonazi-Netzwerks »Blood & Honour« haben sich reorganisiert. Und obendrein gibt es zwei Rechtsanwälte in Baden-Württemberg, die Kontakte zur internationalen Skinhead-Musik-Szene pflegen.

Selbst der jüngst erschienene Jahres-Zwischenbericht des bayerischen Verfassungsschutzes offenbart, wie sich die Neonazi-Konzert-Szene in den vergangenen Monaten entwickelt hat, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon erfahren hätte: »Während im Jahr 2001 insgesamt vier Konzerte (2002: elf Konzerte) bekannt wurden, lag die Zahl der Musik-Veranstaltungen bis Ende Juni 2003 bereits bei 13 Konzerten. Davon fanden vier Konzerte im Zusammenhang mit NPD-Veranstaltungen statt.« Vor allem der ehemalige Pächter der Plattlinger Diskothek »Point« bescherte den Bayern eine ganze Reihe von Skinhead-Konzerten. Als Veranstalter etablierte sich die so genannte »Point-Crew«, die auch nach dem Pächter-Wechsel als Konzert-Organisator aufgetreten ist – Anfang August in Jahrdorf nahe Passau. Konzert-Ort war wiederum eine Diskothek. Laut Szene-Berichten lockten die Bands White Anger, Fadenkreuz, Blitzkrieg, Tollschock und Nordwind 150 bis 200 Personen an.

Während es in Bayern fünf Skin-Bands gibt, die der Verfassungsschutz als rechtsextrem einstuft, zählten die Kollegen im Nachar-Bundesland Baden-Württemberg deren zwölf. Dennoch verzeichnete der »schwäbische Geheimdienst« im Jahr 2002 nur einen »leichten« Anstieg er Konzert-Zahl. Statt der zehn aus dem Vorjahr waren es elf – und das bei rückläufigen Besucher-Zahlen. Was nicht im Verfassungsschutz-Bericht erwähnt wird: Dass Skins aus Baden-Württemberg im Elsass, in der Schweiz oder in benachbarten Bundesländern häufig einen großen Teil des Publikums gestellt haben. Von Juli bis September 2002 waren die Glatzen aus dem »Ländle« fast im Zwei-Wochen-Rhythmus unterwegs und das oft zu Hunderten. Damit haben sie zum allgemeinen Konzert-Boom beigetragen. Bundesweit stellte der Verfassungsschutz einen Anstieg der Konzerte um 40 Prozent fest. Die Behörde zählte »112 rechtsextremistische Musikveranstaltungen«.

In diesem Jahr zeichnet es sich ab, dass es in Süddeutschland und dem angrenzenden Ausland noch mehr Szene-Konzerte als im Vorjahr geben wird. Im März und April fand an jedem Samstag mindestens eines statt, zu dem Skinheads aus Süddeutschland fuhren. Keines dieser Konzerte ist von der Polizei gestürmt worden, obwohl es bei den Gigs regelmäßig zu Straftaten kommt. Was bei den Konzerten abgeht, ist mitunter sogar »Kamera-



Links: Sänger und Rechtsanwalt Alexander Heinig (Faksimilie »Ultima-Ratio«-CD-Cover)



V.l.n.r.: Kay Bunn, Oliver Hilburger, Steffen Hammer (Faksimilie »Noie Werte«-CD-Cover)

den« zuviel, wie sie in Internet-Foren schreiben. Die mit erhobenen Arm grüßenden und »Sieg Heil« schreienden »Kraken« sind nicht von jedem Skinhead gerne gesehen.

Besonders ungestört verlaufen die Szene-Konzerte in Frankreich. Wenn beispielsweise das so genannte »Elsass-Korps« einlädt, kommt es vor, dass sich nicht einmal ein Gendarm blicken lässt – zumindest nicht in Uniform. Dort können Bands wie »Race War« Lieder wie »Hail Blood & Honour« spielen und gegen Israel hetzen, ohne strafrechtliche Konsequenzen fürchten zu müssen. Trotzdem hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Vier-Mann-Kapelle aus Schwäbisch Gmünd inzwischen am Wickel. Im Mai durchsuchten Polizeibeamte die sechs Wohnungen der Band-Mitglieder. In dem Verfahren geht es um die CD »The White Race Will Prevail«, die mit SS-Mann beziehungsweise Hitler-Portrait auf dem Cover erschienen ist. Die Plattenfirma »Micetrap-Records« in den USA hat sie produziert – von dort aus und vom dänischen Versand »Celtic Moon« wird sie nach Deutschland vertrieben. In einer Presse-Mitteilung der Polizei hieß es, in den Liedern der CD werde zum Rassenhass, zur Wiedererrichtung nationalsozialistischer Strukturen und zur Kriegsführung aufgerufen.

Race War ist übrigens keine klassische Skin-Kapelle. Ein Teil der Musiker hat lange Haare. Ihr Stil ist zwar dem unter Skin-Bands verbreiteten »Hatecore« verwandt. Die Metal-Einflüsse sind bei Race War jedoch unverkennbar. Was die Musik angeht, hat die Skin-Szene im Süden immer weniger Berührungsängste mit Langhaarigen. Mitte Juli spielten die NS-Black-Metal-Kapellen »Totenburg« und »Wewelsburg« zusammen mit den Skin-Bands »Jungsturm« und »Mosphit« im Mannheimer Heim des Motorradclubs »Bandidos«. Es war das vierte Szene-Konzert innerhalb von zwölf Monaten bei den Rockern. Nach dem zweiten hatte der Landes-Innenminister gegenüber der SPD-Landtagsfraktion erklärt, die Polizei habe mit den »Bandidos« gesprochen. Die Verantwortlichen des Clubs hätten zugesichert, ihr Haus nicht mehr für derartige Konzerte zur Verfügung zu stellen. Keine zwei Wochen später folgte das nächste – eine »Hochzeitsfeier«, wie die Polizei später gegenüber Journalisten erklärte. Mobilisiert hatte die Szene jedoch zu einem Konzert, zu dem – wie gewohnt – Schleuser an einem konspirativen Treffpunkt den Weg wiesen.

Christian »Hehli« Hehl, der für die NPD in Ludwigshafen als Bundestags-Kandidat angetreten ist, hat im November bei der Konzert-Organisation im Rockerheim federführend mitgemischt. Der Innenminister teilte der SPD-Landtagsfraktion mit: »Im Rahmen der durchgeführten polizeilichen Überwachungsmaßnahmen konnten keine strafrechtlich relevanten Sachverhalte festgestellt werden.« Wie auch? Die Mannheimer Polizei hat sich bei dem Gig einsatztaktisch derart zurückgehalten, dass die Beamten nicht einmal sagen konnten, ob überhaupt Bands gespielt haben.

Auch im Pforzheimer Raum hat ein Motorradclub im vergangenen Jahr ein Konzert organisiert, das von Skinheads besucht wurde. Die Rocker vom »Gremium« hatten die Hool-Band »Kategorie C« engagiert. Am selben Tag war das »Hammerfest Europe« in der Schweiz: am 10. August 2002. Mehr als 1000 Personen aus der Skin-Szene liefen bei der international operierenden Skinhead-Bruderschaft in den Bergen nahe Zürich ein. Es spielte unter anderem die Band »Noie Werte« aus Deutschland – die dienstälteste Skin-Kapelle Baden-Württembergs. Sie existiert seit Ende der 80er-Jahre. Ihr Sänger Steffen Hammer ist Rechtsanwalt in Reutlingen. Er pflegt wie der Stuttgarter Rechtsanwalt und Ultima-Ratio-Sänger Alexander Heinig Kontakte zur internationalen Neonazi-Musikszene. Das Landesamt für Verfassungsschutz stuft beide Bands als rechtsextremistisch ein.

Im Juli 2003 kam die zweite CD des Band-Projekts »Exxtrem« auf dem Markt. Sänger ist wiederum Steffen Hammer. Die Musiker kommen unter anderem aus Australien, wo die Scheibe auch aufgenommen wurde. Hammer arbeitet seit Jahren mit Szene-



CD-Cover der Nazi-Band »Race War« (Faksimilie / Dokumentation)



2.v.l. Steffen Hammer (Faksimilie »Noie Werte«-CD-Cover)

Musikern aus anderen Ländern zusammen. Aus der Kooperation resultierten unter anderem CDs mit dem Titel »German-British-Friendship«. Denselben Namen trägt ein Label, das Hammer zusammen mit Noie-Werte-Gitarrist Oliver Hilburger betreibt. Trotz eigener Firma kam die Exxtrem-CD allerdings bei einem der größten Szene-Versände in Deutschland heraus: beim Grevesmühler V7-Versand.

Rechtsanwalt Heinig kannte nach eigenen Angaben den Skrewdriver-Sänger Ian Stuart Donaldson, der als Gründer von »Blood & Honour« gilt und seit seinem Tod als Kultfigur verehrt wird. Im Interview mit einem Szene-Heft sagte Alexander Heinig: »Er war der beeindruckendste Mensch, der mir begegnet ist.« Auch nach dem B&H-Verbot in Deutschland hat der Jurist offenbar die Verbindung zu dem internationalen Netzwerk gehalten. Im Januar dieses Jahres trat er mit seiner Band »Ultima Ratio« bei »Blood & Honour Midgard« auf.

In diesem Sommer ist eine neue CD von »Ultima Ratio« erschienen - obwohl die Band keinen Schlagzeuger hat. »Propaganda«-Drummer Gerhard Mangold hilft einem Heinig-Interview zur Folge aus. »Propaganda« kommt laut Verfassungsschutz aus Horb in Baden-Württemberg. Die Band gehört zu den ganz wenigen in der Szene, in denen eine Frau mitspielt. Auf der neuen CD »Furchtlos und Treu« darf die Gitarristin sogar mitsingen.

»Furchtlos und Trew« heißt auch eine Skinhead-Organisation aus dem Raum Heilbronn, die nach eigenen Angaben Sektionen in Baden und Kroatien unterhält. Auf ihrer »Heimatseite im Weltnetz« heißt es: »Die ehemaligen Mitglieder der B&H-Sektion Württemberg und die Kameraden von ‚White Youth' Württemberg schlossen sich zusammen zu ‚Furchtlos und Treu' Württemberg.« Trotzdem will die Gruppierung keine Nachfolge-Organisation von »Blood & Honour« sein – weil sie sich noch vor dem Verbot der B&H-Division Deutschland gegründet habe. »Furchtlos und Trew« hatte sich als Party-Veranstalter etabliert, ehe Anfang des Jahres das Clubhaus der Skinheads – eine umgebaute Feldscheuer nahe Heilbronn – abgebrannt ist. Die Brand-Ursache blieb ungeklärt. Ein anderer Ex-B&H-Mann ist im Karlsruher Raum aktiv geblieben. Hartwin Kalmus, der laut Verfassungsschutz früher Vize der B&H-Sektion Baden war, betreibt den Szene-Versand Ragnarök-Records mit Postfach in Karlsruhe und hat wiederholt zu Skinhead-Konzerten mobilisiert, wie Szene-Angehörige berichten. Er macht also genau das, was früher »Blood & Honour« erledigt hat.

Die Konzert-Organisatoren im Süden sind derart aktiv, dass teilweise mehrere Konzerte am selben Tag stattfinden. Ende Oktober vergangenen Jahres gab es beispielsweise zeitgleich Konzerte im Raum Aschaffenburg, bei Ludwigshafen und im Elsass. Hinzu kommen Groß-Ereignisse wie das Hammerfest 2002, die Tour-Konzerte mehrerer US-Bands im Elsass und in Österreich sowie das diesjährige Hitler-Gedenkkonzert vom 19. auf den 20. April im Elsass, wo jeweils mehr als 1000 Personen aus der Skinhead-Szene angereisten.

Die Polizei hat sich teilweise bemüht, einschlägige Konzerte zu verhindern. So musste die Skin-Organisation »White Unity« im Juni mit einem Konzert nach Mömlingen bei Aschaffenburg ausweichen, nachdem die AntifaschistInnen den ursprünglich geplantem Ort im Vorfeld öffentlich gemacht hatten. Das berichteten anschließend Skinheads, die sich nach einer Anreise-Odyssee auch noch mit einer schlechten Musik-Anlage zufrieden geben mussten. Und im April hat die baden-württemberger Polizei im Raum Ravensburg einen Gig vereitelt. Das kostete die Skinheads (Sprit-) Geld – sie fuhren am fraglichen Tag eben etwas weiter, ins Elsaß, wo knapp zehn Bands auftraten – unter anderem »Race War«. ■

Friedrich C. Burschel

IM »HERZEN Deutschlands«

Pessimistische Betrachtungen zum ideologischen Alltag in Thüringen.

Friedrich C. Burschel ist freier Journalist und Mitarbeiter von »Radio Lotte« in Weimar.

Nirgends verdient Thüringen den Namen des »grünen Herzens Deutschlands« mehr als im Thüringer Wald auf dem Rennsteig. Selten verirrt sich hierhin, wer nicht Feriengast ist. Die Örtchen hier oben atmen das Röcheln von Regression. Die Straßen sind menschenleer. Und sind in anderen Thüringer Städtchen leer stehende Läden und zerfallende Häuser unübersehbar, müsste man es auf den idyllischen Höhen umgekehrt formulieren: im Leerstand leben Menschen. Die toten Augen der Fenster erzeugen ein Gefühl von Endzeit.

Im Feuerwehrhaus von Neuhaus am Rennweg haben sich zwei Wissenschaftler eingefunden und zwei Weimarer »Aktivisten«. Die Wissenschaftler sollen den Bewohnern die alarmierenden Ergebnisse zum Thema Rechtsextremismus in Thüringen erläutern. Die »Aktivisten« eben jene Methoden, die die »Aktivitäten gegen Rechts« in Weimar so erfolgreich machten. Sie wurden von der Bürgermeisterin und einem Bündnis von Neuhauser BürgerInnen eingeladen, die dem bevorstehenden Aufmarsch organisierter Neonazis nicht tatenlos zusehen wollen. Die Veranstaltung eine Woche zuvor, wie die heutige mit Unterstützung des Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Thüringen (MOBIT) organisiert, endete im Eklat und mit einem Sieg für die lokalen Nazis. Ein Nazi aus Neuhaus war aufgetaucht, hatte sich kooperationsbereit und freundlich gegeben und das kleine Pflänzchen »Aufbegehren gegen Rechts« verdorren lassen. Selbst die wackere PDS-Bürgermeisterin ging dem jungen Mann auf den Leim und vereinbarte mit ihm als Gegenleistung für den Neonazi-Gedenkmarsch ein paar gemeinnützig-ortspflegerische Maßnahmen. Indem er dem zustimmte gewann der Jungnazi die Zustimmung der etwa 70 Dorfbewohner, die nun die zwei MOBIT-Mitarbeiterinnen auflaufen ließen. Man komme mit seinen Problemen selbst zurecht, wurde erregt gerufen. Der Versuch einer Stellungnahme seitens MOBIT wurde mit der Aussage, Probleme machten doch nur »die Auswärtigen«, niedergebrüllt. Die beiden MOBIT-Beraterinnen meinten später, sie wüssten nicht, was sie mehr entsetzt habe: diese Anfeindungen oder ,dass ihnen niemand zur Seite sprang. Auch der Moderator Landolf Scherzer, ein bekannter Schriftsteller aus dem nahen Suhl und Autor eines interessanten Buches zum Thema »Fremdenfeindlichkeit« in der DDR,[1] kühlte die explosive Atmosphäre nicht ab. Ein Desaster.

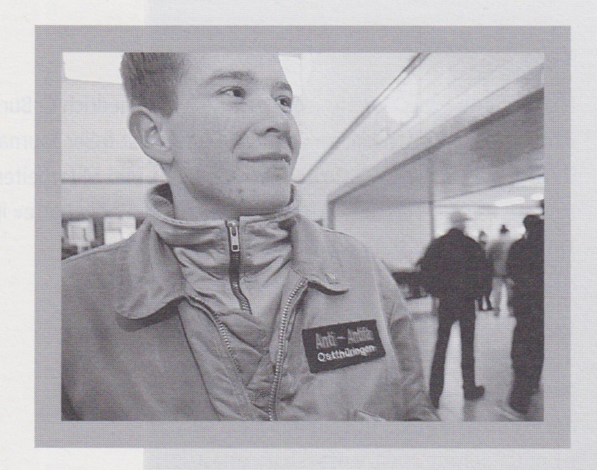
Eine Woche später waren wieder ca. 50 Einheimische gekommen. Und auch der Neonazi war da. Doch der Abend verlief anders. Die beiden Politologen Michael Edinger und Andreas Hallermann aus Jena sollten den »Thüringen Monitor« vorstellen. Das Umfragewerk wird jährlich an der Universität Jena im Auftrage des Thüringer Landtages erstellt und enthält die Ergebnisse einer Befragung von 1.000 wahlberechtigten ThüringerInnen. Waren die Ergebnisse vor allem zum Themenbereich »Ausländerfeindlichkeit« und Rechtsextremismus schon 2001 unfassbar, erlangen sie für das Jahr 2002 eine neue Qualität: Mit 55,6 Prozent hat erstmals eine Mehrheit der Befragten ausländerfeindliche Positionen erkennen lassen. Zu rechtsextremen Einstellungen haben sich mehr als ein Fünftel der ThüringerInnen bekannt.[2]

Der Abend wäre sicher anders verlaufen, wenn die Uni-MitarbeiterInnen so gewesen wären, wie man sich Statistiker vorstellt: langweilig. Sie strahlten aber bei der Präsentation der Daten eine Überzeugungskraft aus, dass es ihnen gelang, etwas wie Klarheit über den Gegenstand der Diskussion zu schaffen. Auch die Beiträge des Weimarer Vertreters des Bündnisses »BürgerInnen gegen Rechtsextremismus«, Frank Lange, und der »Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus bei Radio 'Lotte in Weimar« verfingen beim Publikum. Der Nazikader verschwand und sogar das Desaster der Vorwoche wurde erörtert. Der dritte Bürgermeister

1| Landolf Scherzer, Die Fremden. Unerwünschte Begegnungen und verbotene Protokolle, Aufbau-Verlag.
2| Frankfurter Rundschau, 23.11.02



Neuhaus am Rennweg – Neonazis in Reih und Glied



»Anti-Antifa-Ostthüringen« als Bekenntnis. (juelich/attenzione)

von Neuhaus: »Ich sehe schon und bitte dafür um Nachsicht, wir müssen einfach noch üben«.

Am Wochenende darauf gingen die Gegner des Nazi-Aufmarsches in Neuhaus gestärkt in ihre Demonstration »für Frieden und gegen Gewalt«. Aber schon das Mottto zeigt, wie weit man in Neuhaus – und das lässt sich im Grunde für das ganze Land verallgemeinern – vom Kern der Probleme entfernt ist. Es gibt eine Beliebigkeit im Denken, die es ermöglicht, alles, was als das Gute identifiziert und auf die eigenen Fahnen geschrieben werden kann, dann auch in ein Konzept von »Bürgerengagement«, »Zivilgesellschaft«, »Zivilcourage« und »Toleranz« zu vermanschen. Und das können alle mittragen, die nicht gerade organisierte Neonazis sind. Und selbst dorthin, nach ganz rechts, ist dies noch – siehe den Neuhauser Desaster-Abend – anschlussfähig. Unübersehbar war dies auch bei der Friedensbewegung am Jahresanfang, die sich nur mühsam der rechtsextremen Vereinnahmungsversuche erwehren konnte. In fröhlicher Eintracht traten hier unkritisches Friedensgerede mit geschichtsrelativistischen Verzerrungen und antisemitischen Ausfällen auf.

So durfte auch in Neuhaus die bunte »Pace«-Fahne ebenso wenig fehlen wie eine Parole »für Frieden und gegen Gewalt«. Die Dinge werden auch dann nicht benannt, wenn ein Aufmarsch von 150 Neonazi-Skins und NPD-Biedermännern durch das Dorf zieht, gedenkend eines »gefallenen Kameraden«, der hier mal von »Linken« erstochen worden sein soll. Auch bei den GegendemonstrantInnen, die zeitlich um zwei Stunden von den Nazis getrennt sind, spricht man nur von Gewalt, nicht von Rechtsextremismus.

Die Parole, die von den Landesregierungen und den bürgerlichen Parteien ausgegeben wird, lautet, wo Rechtsextremismus bekämpft werden soll, muss auch etwas gegen Linksextremismus getan werden. Diese ständig wiederholte Formel bedeutet in sich bereits eine Verhöhnung derer, die von rechtsextremen Neonazis ermordet oder schwer verletzt worden sind.[3] Nur wer von der Ignoranz der die Diskussion dominierenden nicht schon die Nase voll hatte, würde noch argumentieren, dass deren Argumention eine marginalisierte linke oder zumindest nicht-rechte Jugendbewegung, die sich in »national befreiten Zonen« ihrer Haut erwehren muss, kriminalisiert.

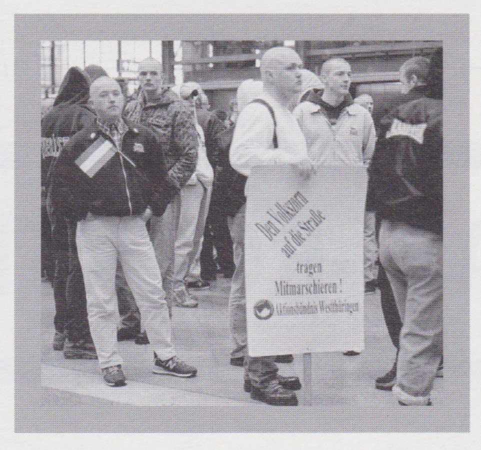
Denn auch in Neuhaus gibt es eine Jung-Antifa. Na also, denkt man nun. Dass diese etwa 10 Köpfe zählende Antifa aber Pappschilder mit sich führt, auf denen steht: »Stoppt die Illuminaten«, führt uns zurück zu den oben beschriebenen Verwerfungen des Denkens. Gefragt, ob das ein Scherz sei, erhält man einen Vortrag über die Verschwörung der Illuminaten, welche vor zwei Jahrhunderten aus Bayern kommend nach Amerika ausgewandert seien und heute die US-Regierung unterwandert hätten und bestimmten, was Bush/Rumsfeld/Cheney an Verderblichem täten. Fassungslos fragt man sich, wie eine dieser proto-antisemitischen Verschwörungstheorien, die mit der antiamerikanischen Hetze auf den Anti-Irakkriegs-Demos wieder aus dem Boden schossen, den Weg hierher auf den Rennsteig und in die Köpfe dieser jungen Linken gefunden haben.

Unbehelligt jedenfalls stellten sich die Neonazis an jenem Tag in Forstdorf in Formation auf, Redner wie Daniel Bartels aus Gera beschworen den »gefallenen Kameraden«, der – weil ermordet – nun keine »deutsche Frau« mehr heiraten und zur Familiengründung nutzen kann. Alle relevanten Neonazi-Größen aus Thüringen waren da, darunter Ralf Wohlleben aus Jena, der NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt u.a.

3| Seit 1990 starben mehr als 100 Menschen durch rechte und rassistische Gewalt.



»Tiefschürfendes« Transparent des THS am 14. April 2001 in Jena (juelich/attenzione)



Thüringer »Volkszorn« am 6. April 2002 in Leipzig
Foto: juelich/attenzione

Heißt dies, dass sie personell schwach sind, weil auf allen Aufmärschen immer dieselben Gesichter zu sehen sind? Oder bedeutet es, dass sie so gut organisiert sind, dass sogar zu jedem abgelegenen Trauermarsch Prominenz mobilisiert werden kann? Und ist es wichtig, das zu wissen? Wo einem eigentlich klar sein sollte, dass das Agieren und das Pathos der rechtsextremen Parteien und Kameradschaften nicht annähernd das gesellschaftliche Problem von Rassismus und Rechtsextremismus umreissen, höchstens Symptome sind für das, was in der Jenaer Umfrage zutage tritt.

Weg von Neuhaus am Rennweg, zurück nach Weimar: Die öffentlichen Plätze sind bevölkert mit einer Vielzahl der rechten Szene zugehörigen Jungnazis mit ihren »Macht und Ehre«-T-Shirts, den Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln, den Zahlen- und Marken-Codes. Eine Tendenz, dass sich der rechte Mainstream in Musik, Kleidung, Umgang unter jungen Leuten ausweitet, wird ignoriert. Ebenso wie rechtsextreme Einstellungen oder eben der rassistische Mainstream werden die Alarmzeichen herunter gespielt. Bis wieder ein als nicht-deutsch wahrgenommener Mensch verletzt oder gar getötet wird. Dann wird erneut der Ruf ertönen nach Programmen gegen Rechtsextremismus, nach »zivilgesellschaftlichen« Initiativen und »anständigen Aufständischen«. In einer Phase »relativer Ruhe« – bisher ist im Jahr 2003 »nur« ein Mensch infolge eines Nazi-Angriffs in Erfurt gestorben[4] – hat der gesellschaftliche Rollback, in Thüringen repräsentiert von der regierenden CDU, freie Bahn. Die Projekte werden brutal abgewickelt, die im Rahmen des CIVITAS-Programms der Bundesregierung gerade mal zu greifen begonnen hatten. Das Innenministerium wird MOBIT durch ihm genehme Projekte vermutlich der »Gewaltprävention und Kriminalitätsbekämpfung« ersetzen. Man wittert Linksextremisten in den Reihen des MOBITs. Das federführende Bundesfamilienministerium lässt diese Abwicklung zu. Nachdem die CIVITAS-Projekte (Mobile Beratung, Opferberatung, Netzwerkstellen) seit ihrem Bestehen ab September 2001 mit ungeheuerlichen bürokratischen Ansprüchen, inhaltlich-zensorischen Kontrollbegehren und einer überforderten Servicestelle traktiert worden sind, werden sie in dem Augenblick, wo es aufs Durchhalten angekommen wäre, von den Verantwortlichen im Stich gelassen. Die CIVITAS-Servicestelle der Stiftung demokratische Jugend in Berlin unterstützt und finanzierte in Thüringen statt dessen eine Tagung mit ihren wohl künftigen Partnern: den staatstragenden Institutionen wie der »Koordinierungsstelle Gewaltprävention« und dem Verfassungsschutz, unter Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Althaus. Diese Tagung kostete für zwei Tage rund 65.000 Euro. So wird der Wechsel von einem unabhängigen, kritischen Projekt hin zur Relativierung eines Kampfes gegen völlig ungreifbare Phänomene wie »Gewalt«, »Extremismus«, »Jugendkriminalität« und »Vandalismus« vorbereitet. Die Mitverursacher rassistischer und rechtsextremer Stimmung im Lande werden mit deren Bekämpfung beauftragt. Den aus der Alimentierung durch den Bund Ausscheidenden oder Ausgeschiedenen sei zum Abschied aus Civitas ein Wort der Hoffnung auf den Weg gegeben: »Mit unverminderter Vehemenz aber richtet linksutopisches Denken sich gleichwohl in diesen Tagen weiter gegen die gesellschaftliche Verfassung in den pluralistischen oder pseudo-pluralistischen westlichen Demokratien,« schrieb Jean Amery. ■

4| Am 27. Januar 2003 starb in Erfurt ein 48jähriger Mann an den Folgen eines Neonaziangriffs. (vgl. AIB Nr. 58/2002)

Heike Kleffner

NAZI-ROCKER wippen im Takt

Heike Kleffner ist Journalistin bei der tageszeitung. Dieser Artikel erschien am 14.08. 2003 und wurde dem AIB in aktualisierter Form zur verfügung gestellt.

Das Publikum im Saal 145 des Berliner Kammergerichts hat sich herausgeputzt. »Odins Krieger« hat sich eine Jungglatze in den Nacken tätowieren lassen. »Hate keeps me warm«, lautet die Botschaft, die ein Kahlgeschorener auf seinem T-Shirt an der Sicherheitsschleuse vorbeiträgt. Im Flur macht er Platz für eine knappes Dutzend Männer Mitte dreißig. Sie tragen ihre massigen Bierbäuche wie Trophäen vor sich her und schieben breitbeinig germanische Mythengestalten auf Schienbeintattoos durch die Halle des Kammergerichts. Jeden Dienstag und Mittwoch halten sie hier Hof, Berlins älteste Neonazigruppierung, die »Vandalen«. An ihrer Seite: Die vorbestraften Neonazis Marcus Bischoff und Jean René Bauer, aber auch biedere Scheitelträger.

Inmitten der Vandalen: Michael Regener, ein schmächtiger Enddreißiger im blau-weiß karierten Holzfällerhemd. Ein knappes Jahrzehnt lang soll der Mann mit dem Spitznamen »Luni« – eine Abkürzung für die russische Wodkamarke »Lunikoff« – den Takt vorgegeben haben in Deutschlands bekanntester Neonaziband namens Landser. Nun steht Regener nicht mehr vermummt auf improvisierten Bühnen in Jugendclubs, sondern sitzt stumm mit seinen beiden mutmaßlichen Mitspielern auf der Anklagebank im Kammergericht.

Die Bundesanwaltschaft wirft Michael Regener vor, als mutmaßlicher Sänger von Landser »Rädelsführer« in einer kriminellen Vereinigung gewesen zu sein. Sein ehemaliger Freund André Möricke, der mit Vorliebe in schwarzem Anzug und schwarzem Hemd erscheint, soll dabei die Bassgitarre gespielt haben. Auch der jüngste des Trios, der 27-jährige mutmaßliche Schlagzeuger von Landser, gibt sich mit Hemd und Markenjeans trotz kahl rasiertem Kopf bürgerlich: Als Polizeibeamte der Sondereinheit »Politisch motivierte Straßengewalt« (PMS) von der biederen Ordnung in seiner Wohnung und den Kinderfotos mit Landser-T-Shirts berichten, knetet Christian Wendorff nervös einen Stoffteddy mit roten Herzen.

Im Publikum steigt die Stimmung immer dann, wenn der Vorsitzende Richter Wolfgang Weißbrodt die CDs abspielen lässt. Fünf CDs hat Landser seit 1993 auf den Markt gebracht, keine einzige davon kann legal im Plattenladen gekauft werden. Trotzdem schätzen Szenekenner, dass derzeit in Deutschland rund 100.000 Landser-CDs mit Titeln wie »Republik der Strolche«, »Rock gegen oben« und »Ran an den Feind« im Umlauf sind. Die meisten werden schwarz gebrannt und unter der Hand auf Schulhöfen oder in Jugendclubs weitergegeben. Für Originale verlangten die Zwischenhändler der Band bis zu 30 DM; heute zahlen »Liebhaber« Stückpreise ab 50 Euro. Mehrere 10.000 Mark sollen die Bandmitglieder selbst kassiert haben.

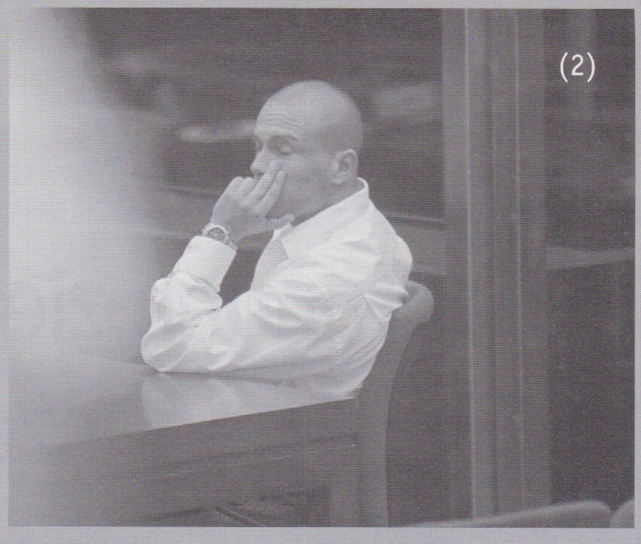
Landser, so die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklage, mit der erstmals in Deutschland einer rechtsextremen Band der Vorwurf »kriminelle Vereinigung« gemacht wird, habe mit ihrer Musik vor allem ein Ziel verfolgt: massenhaft rechtsextreme Ideologie an jugendliche Konsumenten zu bringen. Dafür habe die Band bewusst gegen Strafgesetze verstoßen.

Um diesen Vorwurf zu untermauern, lässt die Bundesanwaltschaft die zehnjährige Geschichte der Band Revue passieren. Puzzlestück um Puzzelstück fügen sich die Aussagen von Gründungsmitgliedern und Zeugen zu einem Bild zusammen, das vor allem den Sicherheitsbehörden und »akzeptierenden Sozialarbeitern« ein schlechtes Zeugnis ausstellt.



»Landser«-Sänger Michael Regener (»Luni«) auf dem Weg zum Prozeß. (juelich/attenzione)





Glaubt man Landser-Gründungsmitglied Sören Brauner, begann die Karriere der Band im ehemaligen »Judith-Auer-Club« in Lichtenberg, wo ein Sozialarbeiter sein Schlagzeug zur Verfügung stellte. Es sind die Jahre 1992 und 1993: In Rostock-Lichtenhagen wird ein Heim vietnamesischer Vertragsarbeiter unter dem Beifall von tausenden Zuschauern von militanten Neonazis und Jungskins in Brand gesetzt. Türkische Migranten sterben in Mölln und Solingen bei Brandanschlägen. Und Landser verbreitet auf einem Demotape Lieder wie »Berlin bleibt deutsch« und »Schlagt sie tot«. Im Zeugenstand sagt der ehemalige Landser-Produzent Jens Og, Anfang der 90er Jahre Aktivist der verbotenen Nationalistischen Front (NF): »Nationalismus gab es damals überall. Überall wurden Deutschlandfahnen gezeigt.«

Während Michael Regener in einschlägigen Internetforen als »Held« gefeiert wird, stehlen im Prozess zuweilen die Zeugen den schweigenden Angeklagten die Show. Zum Beispiel Thorsten Heise aus Frettenroda. Die Ermittler vermuteten, Heise sei bei den Aufnahmen zur indizierten Landser-CD »Republik der Strolche« in Schweden dabei gewesen. Vor Gericht mag sich der vorbestrafte 34-Jährige daran nicht erinnern. Stattdessen beschreibt Heise, wegen CDs mit rassistischen Texten im September selbst wieder auf der Anklagebank im Amtsgericht Northeim, die Gründe für den »Kultstatus« von Landser. Deren Texte seien eben »radikal, ein bisschen durchdachter, ironisch und humorvoll«.

Eine väterliche Ermahnung von Richter Wolfgang Weißbrodt, einige Texte seien »wirklich nicht zum Lachen«, verpufft. Es ist die Distanzlosigkeit, mit der zwischen Richtertisch, Anklagebank und Zeugenstand im Plauderton über das Musikgeschäft gefachsimpelt wird, die aus dem als Musterprozess angelegten Verfahren eine Provinzposse macht. Der auffällige Gedächtnisschwund vieler Zeugen, oftmals langjährige Neonaziaktivisten, bleibt unhinterfragt stehen. Lediglich Horst Schott., erster Schlagzeuger von Landser, wollte gar nicht aussagen und sitzt seit August in Beugehaft.

Ursprünglich wollte der 2. Strafsenat des Kammergerichts den Anklagepunkt »kriminelle Vereinigung« gar nicht zulassen. Nachdem der Bundesgerichtshof die Entscheidung der Berliner Richter verwarf, mühen sich die nun lustlos durch die Beweisaufnahme. Zum Beispiel beim Zeugen Mirko Hesse. Der ehemalige V-Mann, wird mitsamt Piercing und Kapuzenpullover, aus der Strafhaft vorgeführt. Auf Fragen des Richters antwortet er mit heller Stimme in breitestem Sächsisch »ja nooo«. Hesse war bei der Herstellung der CD »Ran an den Feind« für die Organisation des Preswerks und den Druck des Covers zuständig. Angesprochen wurde er von Jan Werner aus Chemnitz, einen direkten Kontakt zur Band habe er, wie er im Zeugenstand mehrfach beteuerte, wissentlich nicht gehabt. Wendorff habe er gekannt, ihn aber für einen Mitarbeiter Werners gehalten. Bei der Verhandlung mit Werner über diesen Auftrag sei auch der brandenburgische V-Mann Toni Stadler dabeigewesen. Hesse gab dazu an, dieser sei gerade »zufällig« bei ihm zu Besuch gewesen und er habe ihn deshalb zum Treffen mit Jan Werner mitgenommen. Auch Stadler war dann in die Produktion der Landser-CD involviert. Hesses Aussage wird da brisant, wo er behauptet, dass vor allem Toni Stadler nachdem Verkauf der Erstauflage Druck auf ihn ausgeübt habe, weitere CDs herstellen zu lassen. Nur weil der so »genervt« hätte, habe er überhaupt weitere CDs in Auftrag gegeben. Überhaupt sei Stadler wichtig für die Produktion gewesen: »Ohne Toni Stadler lief in der Szene damals gar nichts«, so Hesse wörtlich.

Ob die Angeklagten am Ende tatsächlich wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung oder lediglich wegen Propagandadelikten wie Volksverhetzung verurteilt werden, ist derzeit nicht absehbar. Ein Urteil wird frühestens im Oktober erwartet. ■

1) Der Angeklagte Michael Regener (vorne) wurde von Jean-Rene Bauer (mitte) und weiteren »Kameraden« begleitet. Foto: juelich/attenzione

2) Der Angeklagte Christian Wenndorff Foto: juelich/attenzione

»RASSISTISCHE Erfahrungen ziehen sich durch mein ganzes Leben« INTERVIEW

Neben Übergriffen durch Nazi-Skins, rassistischen Parteiprogrammen oder öffentlichen Äußerungen gibt es eine andere Ebene des Rassismus: Rassismus im Alltag. Über ihre Erfahrungen unterhielten wir uns mit der schwarzen Kulturschaffenden Elisabeth S.

Das Interview führte das antifaschistische dokumentations- und informationsprojekt Nürnberg

Elisabeth S.: Als ich 1955 in die Schule kam, war ich das einzige schwarze Kind im ganzen Schulhaus. Ein Lehrer, ein älteres Semester, hatte die Angewohnheit, mich am Hals zu packen und hochzuziehen, wenn ich auf seine Fragen nicht antworten konnte. Ich hasste die Schule bis zur siebten Klasse. Davor waren es vor allem auch Lehrerinnen, die mich demütigten, wo sie nur konnten.

Schwierig war auch der Weg zu meiner Berufsausbildung. Damals versuchten die Lehrer meiner Pflegemutter einzureden, dass ein schwarzes Kind keine Möglichkeiten hätte. Ich sollte entweder einen Pflegeberuf ergreifen oder Nonne werden oder sonst irgendwo im kirchlichen Bereich arbeiten. Man wollte uns das vorschreiben. Meine Familie hat sich dann aber durchgesetzt und ich konnte in einem bekannten Sportartikelgeschäft in Nürnberg Kauffrau lernen. Schwierigkeiten wegen meiner Hautfarbe hat es schon gegeben. Es gab Verkäuferinnen, die keine schwarzen Menschen mochten und mir während der Lehrzeit viele Steine in den Weg gelegt haben. Von meinem Chef erfuhr ich jedoch große Unterstützung.

In welchen Bereichen erleben Sie alltäglichen Rassismus?

Rassistische Erfahrungen ziehen sich durch mein ganzes Leben – auf der Straße, in der U-Bahn, in der Straßenbahn... Da könnte ich ein Buch drüber schreiben. Eine Wohnung zu suchen war zum Beispiel immer schwierig. Einmal, als ich auf eine Anzeige hin angerufen habe, hieß es am Telefon gleich: »Wunderbar, sie können die Wohnung haben«. Und als ich dann dorthin komme, macht die Vermieterin die Türe auf: »Um Gottes willen, Neger wollen wir bei uns nicht im Haus haben.« Tür zu, das war's! Bei Vorstellungsgesprächen habe ich auch schon zu hören bekommen, ich wäre den Kunden nicht zuzumuten.

Es gibt Läden in Nürnberg, in denen ich nicht bedient werde. In einer Eisdiele am Hauptmarkt, ich weiß nicht, ob es heute noch die gleichen Besitzer sind, wurden keine Schwarzen bedient. Dann gibt es eine Apotheke in der Fürther Strasse, die auch dafür bekannt ist, dass dort keine schwarzen Menschen bedient werden. In einer Metzgerei ist es das Gleiche: Da kam ich in den Laden und der Metzger und zwei Verkäuferinnen standen hinter der Theke und unterhielten sich mit der Kundschaft. Alle waren schon bedient worden und haben sich halt so noch unterhalten. Und als ich rein komme, starren mich alle an und lächeln still vor sich hin – und haben mich einfach ignoriert. Manchmal verletzt es sehr, manchmal denkt man nur, dass die Leute total bescheuert sind.

Wie verhalten sich denn Bekannte Ihnen gegenüber oder Menschen aus Ihrem Umfeld, neue Bekanntschaften?

»Aber so dunkel bist du doch gar nicht.« Diesen Satz habe ich schon als Kind oft zu hören bekommen. Ich müsse mich doch gar nicht schämen. Man sähe das doch gar nicht so. So schlimm sei es nicht. Ich frage dann immer zurück: »Was ist nicht so schlimm?« – »Na ja, so dunkel bist du ja gar nicht. Du könntest locker als Griechin oder Italienerin durchgehen.« Wenn ich dann antworte, dass ich mich wegen meiner Hautfarbe überhaupt nicht schäme und auch nicht dafür, dass mein Vater schwarz ist, ist es allen immer ganz peinlich. Es wäre ja nur so dahingesagt gewesen. Das sind alltägliche Geschichten, die erlebe ich immer wieder.



Wie reagieren PassantInnen, wenn Sie auf der Straße oder in der U-Bahn angepöbelt werden?

Das ist sehr unterschiedlich. Einmal hat ein alter Mann, bestimmt schon 80 Jahre alt, jemanden aus der Straßenbahn geschmissen, der mich und eine Freundin angepöbelt hat. Der alte Herr hatte das mitbekommen, ist aufgestanden, hat den anderen so richtig am Kragen gepackt, hinten hochgezogen und ihm mit dem Regenschirm gedroht. An der nächsten Haltestelle war der draußen. Den habe ich echt bewundert, den alten Herren. Das war aber das Couragierteste, was ich je erlebt habe. Das schwierige Alter sind Passanten zwischen 40 und 60. Von denen wird man oft mit alltäglichen Rassismen konfrontiert. Irgendwann wird frau müde und möchte sich nicht mehr rechtfertigen oder auseinandersetzen müssen mit dummen Fragen wie »Wo kommen Sie denn her?«. oder »Sie sprechen aber gut deutsch.«. Oder man spricht gleich in gebrochenem Deutsch mit mir!

Haben Sie auch schon Benachteiligungen von staatlicher Seite her, von Behörden, erlebt?

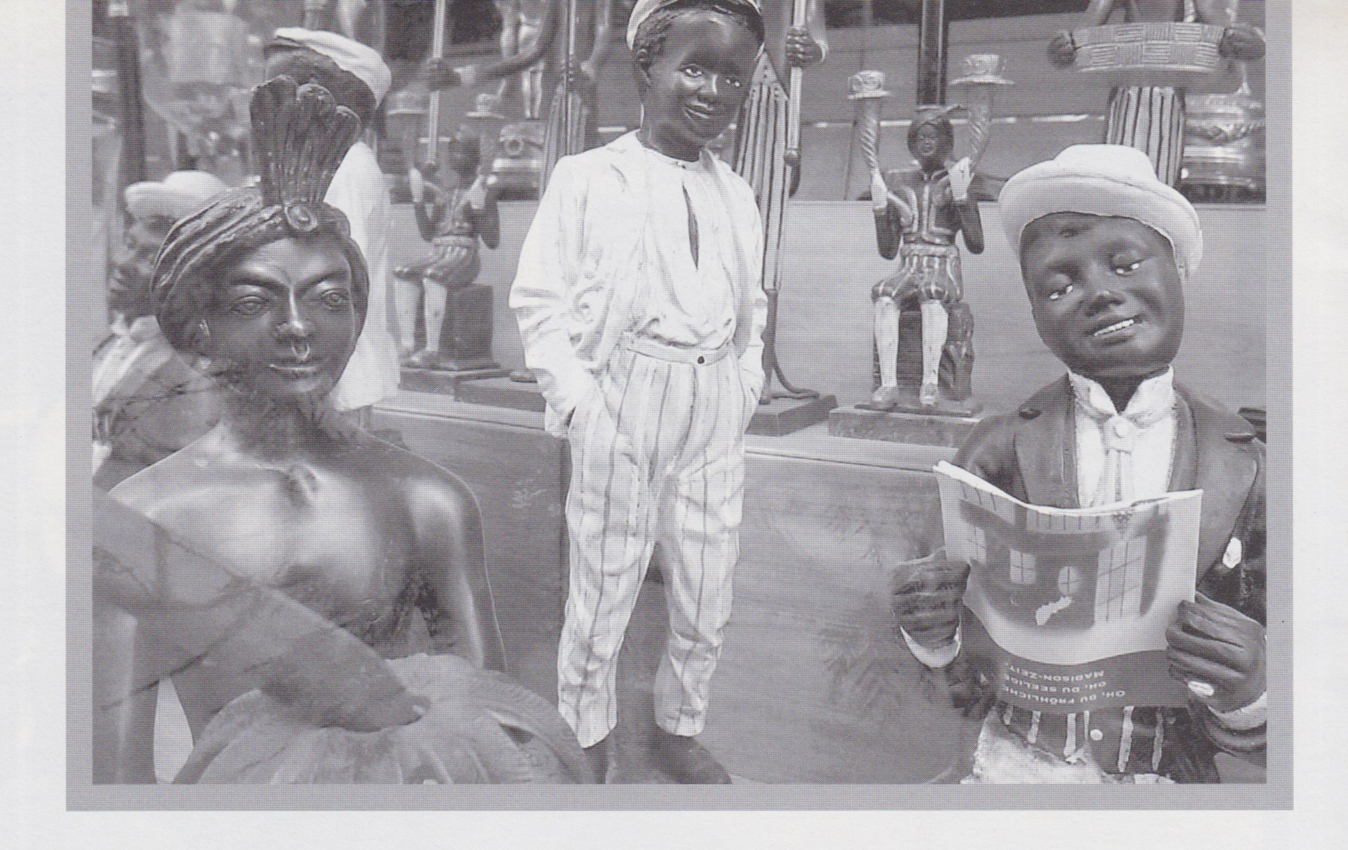
Ja, ganz schlimme. Es gab vor drei Jahren ein Erlebnis, das ich nie vergessen werde. Freunde von mir und ich haben in der Rosenau am Kiosk gesessen und ein Picknick gemacht. Später kam eine große Gesellschaft dazu. Im nachhinein haben wir erfahren, dass es sich um einen bekannten Nürnberger Architekten handelte, der Geburtstag feierte. Zwei Stunden später hatten alle von denen was getrunken und dann ging es los: »Neger wollen wir nicht neben uns sitzen haben« und so weiter. Und als dann das zweijährige Kind von meinen Freunden an deren Tisch gelaufen ist, gab es noch mehr Ärger. Da hieß es, ich solle mein Kind von dem Tisch wegholen. Das typische Denken: Das Kind ist schwarz, der Mann ist schwarz, also bin ich als Schwarze automatisch die Mutter. Die Mutter des Kindes ist aber Weiße.

Es eskalierte dann so weit, dass die Polizei kam. Alle Tische waren besetzt, aber die drei Polizisten kamen schnurstracks auf uns zu – die haben niemanden anderen gefragt. Und dann hieß es, Ausweis herzeigen. Warum wollten die von mir einen Ausweis? Da saßen so viele Leute, warum gerade von mir? Das habe ich dann auch den einen Polizisten gefragt. Die Antwort war: »Wenn Du mir den Ausweis nicht gibst, dann nehme ich Dich mit!« – wortwörtlich. Und dann immer dieses Du. Ich bin über 50 Jahre alt!

Wie endete diese Geschichte?

Es ist noch mehr passiert damals. Ein Bekannter von meinen Freunden wurde von jemandem aus dieser Gesellschaft mit Bier vollgeschüttet. Er ist daraufhin ausgeflippt und hat irgend etwas zurückgeschüttet. Deswegen bekam ich nach einigen Wochen eine Zeugenvorladung. Der junge Mann, der die Befragung durchführte, wies mich gleich als Erstes darauf hin, dass er wisse, dass ich mit diesem Bekannten verwandt sei und sollte ich Lügen erzählen, müsste ich mit ernsten Konsequenzen rechnen. Nur am Rande: mein Bekannter ist aus Somalia und ich bin Afrodeutsche. Aber das war das Erste, was er zu mir gesagt hat – ich solle bloß vorsichtig sein. Ich bin mir vorgekommen, als wenn ich die Beschuldigte wäre.

Irgendwann in der Befragung hat dieser junge Mann dann das Wort Neger benutzt. Auf meinen Protest hin hat er nur erwidert, er könne mich betiteln wie



er wolle. Ich wollte dann die Befragung an dieser Stelle beenden, aber er hat mir gedroht, ich könnte erst gehen, wenn er mit mir fertig sei. Der Mann war richtig wütend, weil ich ihm Kontra gegeben habe.

Es gab dann plötzlich Ärger mit meinem Ausweis, den ich nicht dabei hatte. Er gab an, dass ich mich geweigert hätte, den Ausweis zu zeigen. Damals in der Rosenau war das überhaupt kein Problem gewesen! Um halb neun Uhr kam ich raus – von fünf Uhr bis halb neun! Die Türen zu den anderen Büros standen alle offen und der ganze Flur war voll von Polizisten. Die hatten alles mitangehört und haben gefeixt. Zwei Wochen später habe ich eine Anzeige bekommen, weil ich meinen Ausweis nicht gezeigt hätte.

Wenn Sie die letzten Jahre mit Ihrer Kindheit vergleichen: Ist der alltägliche Rassismus in der Gesellschaft weniger oder gar stärker geworden?

Früher, würde ich sagen, war der Rassismus versteckter. Existiert hat er aber schon immer. Wir schwarzen Nachkriegskinder waren in der damaligen Zeit, in der Adenauer-Ära, nicht so gerne gesehen. Man wollte uns los werden. Die Regierung hat uns damals, ich war acht oder neun Jahre alt, regelmäßig nach Dänemark verschifft – afrodeutsche Kinder aus ganz Deutschland. In dieser Zeit sind viele schwarze Kinder in Schweden und Dänemark adoptiert worden. Ziel der Regierung war es, dass wir wegadoptiert werden sollten. Nach dem Motto, wir tun was für unsere »kleinen Negerlein«. Ich war das erste Mal mit acht Jahren auf der Fähre nach Kopenhagen. Wir sind dann zu Familien gekommen, die schwarze Kinder adoptieren wollten, quasi zum Ausprobieren. Ganz viele Kinder sind dann auch wegadoptiert worden. Meine Pflegefamilie hier in Nürnberg konnte mich damals nicht adoptieren, weil meine leibliche Mutter die Zustimmung dazu nicht gab. Ich musste also mit nach Dänemark. Ich hatte riesige Angst. Ich wollte ja gar nicht adoptiert werden. Meine Familie wollte das auch nicht, aber diese Reisen waren ein Muss.

Hatten Sie auch schon Probleme mit klassischen Neonazis, also Nazi-Skinheads?

Ärger hatte ich in der Zeit, als die Mauer fiel. Das Schlimmste ist mir auf dem Weg von der Lorenzkirche zum Bahnhof passiert, als ich von einer ganzen Gruppe bedroht wurde. Da standen fünf oder sechs Typen und ich höre wie der eine sagt »Da kommt eine Niggerin, die kaufen wir uns«. Fünf Typen mit Ketten um den Schultern und Bomberjacken – was mache ich jetzt? Und ich war plötzlich so wütend. Schließlich ist das meine Stadt, und die wollen mich vertreiben. Ich bin dann einfach auf die zugelaufen und habe mir gedacht, es stehen genug Leute rum, mal sehen was passiert. Zuerst haben die Typen mich umzingelt und wollten mich nicht mehr weiterlaufen lassen. Aber ich bin einfach durch. Ich habe meine Angst nicht gezeigt, habe die auf die Seite geschoben. Dann haben die noch ein bisschen rumgeschubst und ich war durch.

Wie sieht es abends aus, beim Weggehen?

Die letzten Jahre meide ich Kneipen, wo ich weiß, da bin ich nicht willkommen, es Schwierigkeiten gibt. Ich gehe nur noch in Kneipen, in denen ich mich sicher fühle. Man bekommt ja auch nicht immer Unterstützung. In Gostenhof hat ein Wirt schon mal zu mir gesagt, ich solle gehen da die Gäste, Stammkunden seien und mit denen wolle er keine Schwierigkeiten haben.

Gibt es so etwas wie eine alltägliche Angst, eine alltägliche Anspannung?

Ich würde sagen, dass ich keine Angst habe. Das macht mich vielleicht noch stärker. Ich kämpfe halt dagegen. Daheim kann es dann schon mal passieren, dass ich traurig bin und weine wegen etwas, das passiert ist. Das ist der extra Stress, den schwarze Menschen haben, zusätzlich zum ganz normalen, den jeder Mensch hat. Und das macht nach so vielen Jahren müde. ■

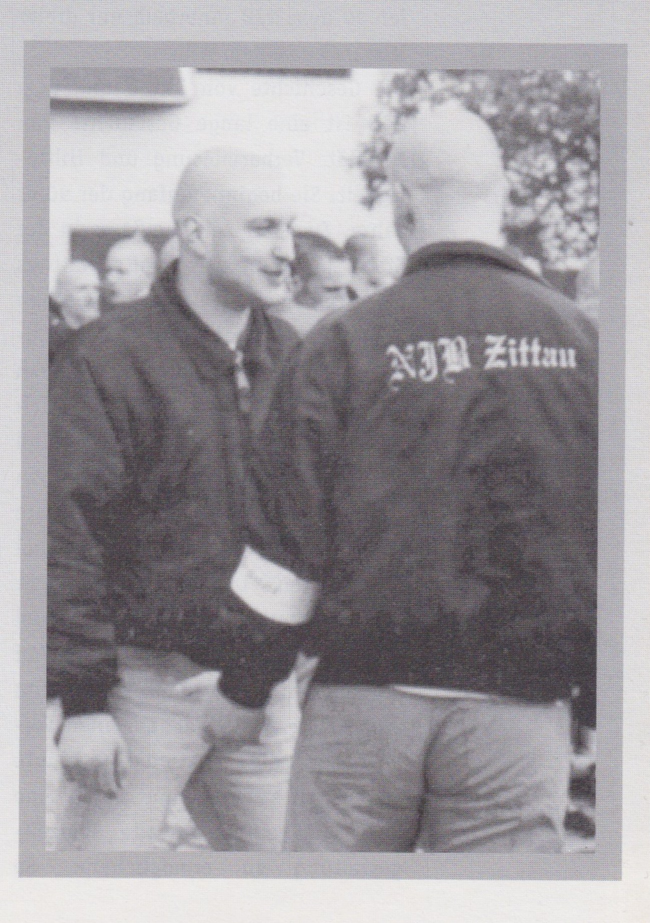
Ein »Gentlemen's AGREEMENT«

Vor einem Jahr verlor der Nationale Jugendblock (NJB) in Zittau sein festes Haus, die berühmt-berüchtigte Südstraße 8. Seitdem stellen AntifaschistInnen einen erheblichen Rückgang neonazistischer Aktivitäten in Zittau fest. Nach zehnjährigen Interventionen von Außen ist damit ein wichtiger Stützpunkt der extremen Rechten in Sachsen endlich nicht mehr existent. Da in anderen sächsischen Kommunen, z.B. in Seifhennersdorf und in Niesky, neonazistische Treffpunkte weiterhin von den Kommunen akzeptiert werden, soll hier noch einmal ein Schlaglicht auf die Geschichte der Auseinandersetzungen um das Haus des NJB in Zittau geworfen werden.

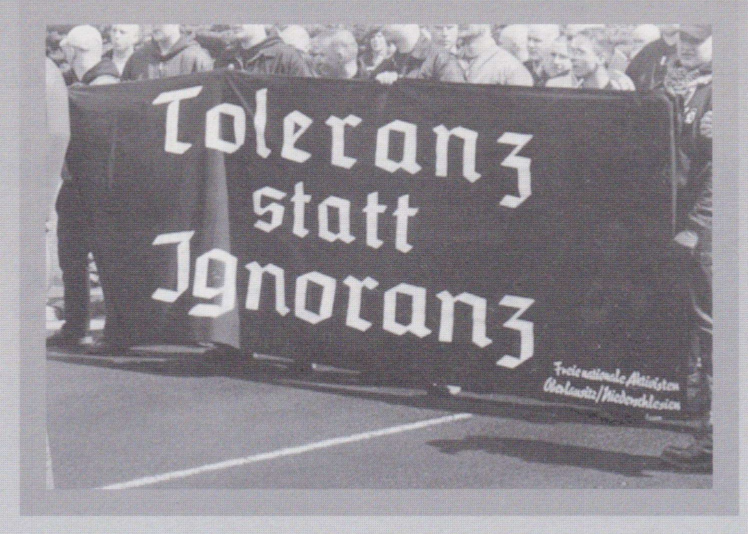
Toralf Staud ist Redakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT. Der Text ist ein gekürzter Nachdruck aus dem Buch »Deutsche Zustände. Folge 1« (Hrsg: Wilhelm Heitmeyer). Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Suhrkamp Verlages, Frankfurt/Main.

Ein »Gentlemen's Agreement«

Die Lessingstraße ist eine der feineren Straßen Zittaus. Schmucke Gründerzeitvillen reihen sich aneinander, nicht luxuriös, aber von kleinstädtischer Gutbürgerlichkeit. Ganz vorn steht trutzig das Amtsgericht. Gegenüber sitzt der Kreisverband der CDU, hier hat der Landtagsabgeordnete, Ex-Innenminister und Talkmaster Heinz Eggert sein Wahlkreisbüro. Ein Stückchen weiter reckt die katholische Marienkirche ihren backsteinernen Turm in den Himmel. Links wohnen hintereinander ein Internist, eine Zahnärztin, ein Chirurg. Vor den Fenstern blühen Rosenstöcke, die Ziertannen sind akkurat gestutzt. Im Haus Nummer 11 sind die Fenster vernagelt. Dr. Gottfried Soukup, Lessingstraße 7, sagt, einen Skatverein könne man vielleicht ertragen in der Nachbarschaft, »aber nicht diesen Club, wo der Alkohol kistenweise angefahren wird«. Frau Reinelt, Lessingstraße 12b, sagt: »Es geht darum, dass die nicht auf diese Straße passen.«
In der verfallenen Villa saß der »Nationale Jugendblock Zittau e.V.« (NJB) – für den sächsischen Verfassungsschutz eine »aktive neonationalsozialistische Organisation« und ein »wichtiges Bindeglied der Rechtsextremisten in Ostsachsen«. Für die Nachbarn, die nach dem Einzug des NJB im März 2002 eine »Einwohnerinitiative Lessingstraße« gründeten, ist der Verein bloß ein »nicht zu ertragender Fremdkörper«. Vielleicht war es ein Zufall, der den NJB in die Lessingstraße führte. War es jedoch







Demonstration für den Erhalt des NJB in Zittau im April 2002.

eine strategische Entscheidung, hätte sie geschickter kaum sein können: Ein ganzes Jahr lang hatte der Verein zuvor versucht, einen Pachtvertrag für ein städtisches Haus in der Südstraße 8 zu bekommen. Er hatte verhandelt, gefordert, gedroht. Ohne Erfolg. Schließlich rückte der NJB den gutsituierten Bürgern auf den Pelz. Die wollten ihre Ruhe wiederhaben, gründeten eine Bürgerinitiative, setzten die Stadt unter Druck und verhalfen so dem NJB innerhalb nur dreier Monate zu seinem Willen.

Die Geschichte von Zittau und dem NJB ist eine lange Geschichte von Naivität, Verharmlosung und Hilflosigkeit. Sie beginnt Anfang der 90-er Jahre. Zu jener Zeit, heißt es in der Stadt, habe auf den Straßen Zittaus ein regelrechter Krieg zwischen »rechts- und links-orientierten Cliquen« getobt. Irgendwann bekamen »die Linken«, die sich vor allem durch bunte Frisuren auszeichneten und durch gelegentliches Kiffen, ein Haus, ebenso »die Rechten«, die ihre Haare kürzer trugen und Alkohol bevorzugten. Die Vereine auf der einen Seite nannten sich zum Beispiel »Multi-kulturelles Zentrum e.V.«. Auf der anderen Seite gründeten vierzehn Jungs und zwei Mädchen einen Verein, um die »national gesinnte Jugend zu sammeln und ihnen eine Basis für eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen«. So schrieben sie es in den Paragraphen 2 ihrer Satzung, die sie erst zu einem Notar und dann zum Zittauer Amtsgericht trugen, wo man den Zusammenschluss namens »Nationaler Jugendblock Zittau e.V.« am 4. August 1992 ordnungsgemäß unter Nummer 227 ins Vereinsregister eintrug. Niemand fand etwas dabei, dass der Verein den »nationalen Grundgedanken« pflegen.

Es gibt ja Meinungsfreiheit seit 1989 in diesem Land, das meinen sie verstanden zu haben in Zittau. Ist doch normal, dass manche tolerant sind gegenüber anderen Kulturen und manche nicht. Dass das eine im Grundgesetz verankert ist und das andere nicht, ist den Verantwortlichen irgendwie nicht ganz klar. Woher sollen es dann die Bürger wissen oder die Kinder und Jugendlichen? Das Staatsverständnis in Zittau stammt noch aus DDR-Zeiten: Was einem nicht gefällt, gehört verboten. Und im Umkehrschluß kann, was nicht verboten ist, so schlimm nicht sein. So sah es die Bürgerinitiative Lessingstraße. Auch Gernot Kaus, der Leiter des Jugendamtes im Landkreis, meinte, alle Vereine seien gleich zu behandeln, solange ihnen keine Straftaten nachgewiesen wurden. Er habe, sagt er, »keine Handhabe, dem NJB Geld zu verweigern«. Folglich überwies er bis einschließlich 1999 jedes Jahr ein paar hundert Mark. Es ist vieles normal in der Oberlausitz. In den bunten Broschüren der Gemeinde Seifhennersdorf steht die rechtsextremistische »Kameradschaft Oberlausitz e.V.« gleichberechtigt im Verzeichnis der örtlichen Vereine. Zu einer politischen Diskussion lädt die Lokalzeitung selbstverständlich auch den Kreisvorsitzenden der NPD ein. Der Bikerladen in Zittau richtet sein Angebot an der Nachfrage aus und bietet auch Wollmützen an, auf die »White Power« gestickt ist.

In Zittau hatte man sich gewöhnt an den NJB. Und der NJB hatte sich daran gewöhnt, dass man sich an ihn gewöhnt hatte. Ab und zu erschienen in der überregionalen Presse Artikel über den Verein, aber was verstehen auswärtige Journalisten schon von dem Thema? Seit 1992 saß der NJB in der Südstraße 8, dem Abbruchhaus am Rande eines Neubaugebietes, für das der Verein monatlich 80 Mark an die städtische Wohnungsbaugesellschaft zahlte. Sozialarbeiter waren angestellt, die Jugendlichen zu betreuen. »Die Pädagogen haben da drin nichts zu sagen«, zitierte die Lokalzeitung später ein Ex-NJB-Mitglied, »höchstens, dass mal gekehrt werden soll.«

Im Sommer 2000 redete mit einem Mal alle Welt über Rechtsextremismus. Vielleicht wurde den Verantwortlichen da endlich klar, dass sie ein Problem haben. Irgendwann jedenfalls, als

Gedenkmarsch

für den am 05.07.1992
niedergestochenen
Holger Müller

am 10.07.1993

Krawallmacher , Uniformen, Waffen
und Diverse Flaggen
bleiben zu Hause.

Trauerflor und Blumen sind erwünscht.

Treff 14.00 Uhr
Beginn 15.00 Uhr
Südstraße 8

Veranstalter: Nationaler Jugendblock Zittau e.V.



Regionales Highlight der Neo-Nazi-Szene ist der »Holger-Müller-Gedenkmarsch«. (NJB-Flugblatt des NJB zum ersten »Gedenkmarsch« 1993). Hier im Jahr 2000 - Udo Hempel (links) und Frank Schwerdt (rechts) auf dem »Holger-Müller-Gedenkmarsch«

sich bloße Naivität nicht mehr durchhalten ließ, gingen sie zur Verharmlosung über. So traf man noch im Jahr 2002 im Rathaus zu Zittau einen Sozialdezernenten, der über die Überfälle 1999 und 2000 sagt: »So schlimm war das gar nicht.« Es muß eine schöne Zeit für Zittau gewesen sein damals. Es herrschten Ruhe und Frieden in der Stadt – jedenfalls ist das das Bild, das Gottfried Soukup von Zittau vor dem Sommer 2001 zeichnet. Das war der Zeitpunkt, als der Oberbürgermeister plötzlich den Mietvertrag des NJB für das Vereinsdomizil Südstraße 8 kündigte. Und damit begannen die Probleme, meint Soukup. Dass sich Jugendliche »eine Heimat suchen«, findet er ganz normal. »Wenn Sie die zerstören, werden sie aggressiv.« Für jemanden, der in einer zartgelb getünchten Villa in der Lessingstraße wohnt, war die Welt vermutlich wirklich in Ordnung bis zum Sommer 2001, als der NJB das erste Mal dorthin zu ziehen drohte. Zu DDR-Zeiten war Soukup Oberarzt in der Zittauer Poliklinik, heute ist er Amtsarzt des Landkreises. Er hat es nett in der Lessingstraße – und das will er sich vom NJB nicht kaputtmachen lassen.

Warum der Oberbürgermeister im Sommer 2001 plötzlich den Mietvertrag für das NJB-Haus in der Südstraße kündigte, weiß niemand mehr. An die offizielle Begründung »Baufälligkeit« glaubt keiner; baufällig war das Haus seit eh und je. Vielleicht hatte Kloß eingesehen, dass man dem NJB seinen Rückzugsraum nehmen muß, vielleicht erwartete er einen Imagegewinn für seine Stadt, denn die negativen Berichte über den NJB rissen nicht ab, vielleicht erhoffte er sich von der Entscheidung Vorteile bei der anstehenden Kommunalwahl.

Kaum hatte Kloß den Mietvertrag gekündigt, kursierten in der Stadt Flugblätter des NJB: »Nach anhaltenden Hetzkampagnen durch Zeitung und Fernsehen wurde beschlossen, das Vereinshaus des Nationalen Jugendblocks Zittau bis zum 30. Juli zu räumen. Wir, die Jugendlichen dieses Hauses, haben nun keine Möglichkeit mehr, uns in einem geschützten Rahmen zusammenzufinden. TROTZDEM GIBT ES UNS. Wir sehen uns der Chance beraubt, ohne öffentliches Aufsehen zu erregen, unserer alltäglichen Freizeitgestaltung nachzugehen. Uns entfällt daher auch die Kontrollmöglichkeit über einzelne Mitglieder und Sympathisanten. Wir übernehmen daher ab dem 30. Juli keinerlei Verantwortung für das Handeln einzelner Personen.«

Wenige Tage nach dieser Drohung meldete die Lokalausgabe der Sächsischen Zeitung, der NJB habe ein Privathaus in der Lessingstraße gemietet und könne, wenn er wolle, dort einziehen. Nun machte die Stadt erste Zugeständnisse. Oberbürgermeister Kloß versprach, nach alternativen Unterkünften für den NJB zu suchen. Der Jugendamtsleiter des Landkreises, Gernot Kaus, sicherte Unterstützung zu. Nach der Wahl im Herbst 2001 war es eine der ersten Amtshandlungen des neuen OB Arnd Voigt von der Freien Wählergemeinschaft, dem NJB in den alten Räumen eine vorläufige Duldung auszusprechen.

Das Rathaus begann Verhandlungen mit dem Nationalen Jugendblock. Auf seiten der Stadt führte sie der Sozialdezernent. Seine Logik war einfach: Der NJB besteht seit zehn Jahren. Er ist nicht verboten. Also muß man mit ihm arbeiten. Vielleicht kann man ihn ja positiv beeinflussen. Löfflers Vorgänger, Klaus Zimmermann, sollte sich am Ende der Verhandlungen wundern, wie eilig es die Stadt plötzlich hatte. »Man war ja erpreßbar«, meint er mit Blick auf die Lessingstraße. Anfang der 90er Jahre war Zimmermann selbst daran beteiligt, dem NJB die Südstraße zur Miete zu überlassen. Bald merkte er, dass das Konzept der Beeinflussung durch Dialog scheiterte. Zimmermann sitzt für die SPD im Stadtrat, der einzigen Fraktion, die von Anfang an geschlossen gegen einen Erbbaupachtvertrag auftrat.

Besuchte man Löffler in seinem Büro, saß da ein offenherziger Mann. Gern breitete er die Akten über die Gespräche mit dem NJB aus. Er sagte: »Es ist völlig normal, dass es einen

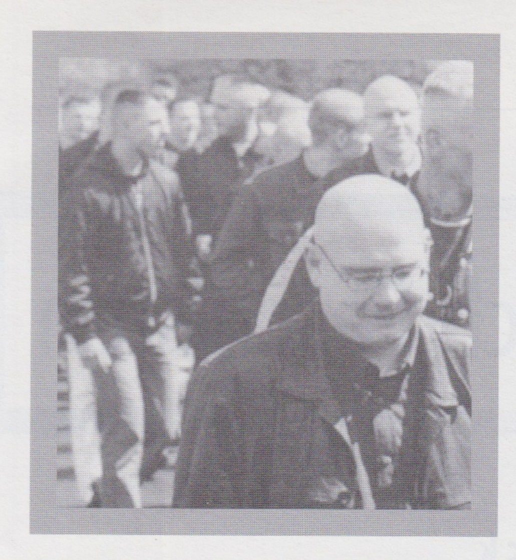


Die Aktivisten des NJB im Kampf um ihren Treffpunkt – Demonstration für den Erhalt des NJB in Zittau im April 2002.

Ort gibt, wo sich die Rechten treffen.« Und: »Wenn sie nur rechtes Gedankengut verteilen, gibt es keine Handhabe.« Er meinte, es sei gut, wenn der NJB in einem kommunalen Gebäude sitze. Anderenfalls verlören die Behörden jede Einflußmöglichkeit. Baute man dem NJB seinen Club aber mit öffentlichen Mitteln aus, gäbe es eine schlechte Presse. Das beste sei, dem Verein das Haus in der Südstraße mit der Auflage zu verpachten, es in Eigenarbeit zu sanieren. In den Erbbaupachtvertrag schrieb er, das Haus müsse allen Jugendlichen offenstehen. Sozialarbeiter und Behörden müssten Zugang haben. Straftaten dürfe es nicht geben. »Wir waren mal mit dem Jugendhilfeausschuss in der Südstraße«, so Löffler. »Da hingen Hitler-Bilder und Reichskriegsflaggen. Die haben sie dann aber weggemacht.« Löffler über den NJB: »Die sind dankbar, wenn man ihnen hilft.« Er überredete den NJB, seine Satzung zu ändern. Er war es sogar, der die neue Fassung formulierte. Da steht jetzt nichts mehr von »national gesinnter Jugend«. Nun sieht der Verein »seine Aufgabe darin, Jugendlichen aus dem Stadtteil Zittau Süd, aber auch darüber hinaus, einen Treffpunkt zur sinnvollen Freizeitgestaltung zu bieten«. Gleichzeitig hat der NJB das Mindestalter der Mitglieder von 16 auf 14 Jahre gesenkt, die Interessenten werden halt immer jünger. Im Nutzungskonzept hieß es fortan: »Im Laufe der Jahre hat sich auch unser Verein verändert, so dass wir uns heute von den alten, oftmals radikalen Positionen distanzieren. Ebenso distanzieren wir uns von jeglicher Form der Gewalt, die gegen das Leben und die Gesundheit anderer Menschen gerichtet ist.« Die Einschränkung machte in Zittau niemanden stutzig.

Im Oktober 2001 beschloss der Stadtrat, das Haus in der Südstraße für 33 Jahre an den NJB zu verpachten. Wieder gab es Proteste; ein Formfehler machte die Entscheidung ungültig. Da kam Oberbürgermeister Voigt ins Schwanken. Endlich hatte er sich mit dem Verfassungsschutz und anderen Fachleuten beraten. Eine geplante Stadtratsabstimmung im Februar 2002 scheiterte daran, dass Voigt die Vorlage von der Tagesordnung nahm. Der NJB war sauer, schrieb wieder ein Flugblatt: Die Vereinsmitglieder seien als Wölfe im Schafspelz dargestellt worden, jammerte man. »Ergo, als Wölfe werden wir antworten.« Der Verein zog in die Lessingstraße. »Die haben dann gleich ziemlich Stimmung gemacht«, erinnert sich Klaus Jaekel, der das Haus Nummer 13, direkt neben dem NJB gekauft hat.
Ende Mai 2002 traf sich die Bürgerinitiative mit Vertretern des NJB, die sehr korrekt auftreten, höflich und zuvorkommend, wie es hinterher hieß. Sie sagen klar, dass sie nicht in der Lessingstraße bleiben, sondern die Südstraße bekommen wollen. »Es gab dann ein Gentlemen's Agreement", erinnert sich Pfarrer Dittrich. "Sie verhalten sich ruhig, und wir setzen uns ein für die Südstraße.«
Die Initiative verhandelte mit dem Oberbürgermeister. Sie sprach mit den Stadtratsfraktionen. Sie schrieb weitere Petitionen. »Für den Fall, dass Sie als die gewählten Vertreter der Bürger der Stadt Zittau das entstandene Problem nicht für die Bürger lösen können, sehen wir uns genötigt, den Antrag auf Erwerb des Grundstücks Südstraße 8 selbst zu stellen«, um »so den dringend erforderlichen Stadtfrieden wieder herzustellen«. Nach keinem der Angriffe auf Ausländer in Zittau hat es eine ähnliche Resolution gegeben.

Im Juni stellte die CDU-Fraktion im Zittauer Stadtrat schließlich den Antrag, das Haus in der Südstraße dem NJB für eine Frist von zwölf Jahren zu verpachten. Fraktionschef Andreas Johne meint, »jemand, der ein Haus ausbaut, ist nicht jemand, der auf der Straße rumrennt und andere Menschen verhaut«. Die Gefährlichkeit des Vereins werde überschätzt. »Jede Schlägerei wird permanent dem NJB angehängt. Vielleicht sind das aber die Linken unter-



Mit Ordnerbinde: Robert Pech vom NJB-Vorstand auf der Demonstration für den Erhalt des NJB in Zittau im April 2002.



NJB als »Markenzeichen« – Demonstrations Ordner mit NJB-Kürzel auf der Jacke.

einander?« Die Stadt habe die Pflicht, sich um die Jugendlichen zu kümmern. »Wir haben alle Varianten durchgespielt«, ein Erbbaupachtvertrag für die Südstraße »ist die günstigste.« Johne wohnt in der Lessingstraße 21.

Die Geschichte von Zittau und dem NJB ist eine Geschichte von Naivität, Verharmlosung und Hilflosigkeit: Pfarrer Michael Dittrich sagt, als Christ sei er absolut dagegen, dass Menschen ausgegrenzt werden. Über die rechten Jugendlichen meint er: »Die gefallen mir eigentlich.« Sie seien »adrett gekleidet« und »sauber«, vor allem die Mädchen. Dr. Gottfried Soukup sagt, die Gesellschaft müsse sich fragen, »wer gefährlicher ist: diejenigen, die gemütlich am Lagerfeuer sitzen, oder diejenigen, die mit Computerspielen Gewalt erlernen«. Er findet, ständige Hausdurchsuchungen beim NJB seien »ja auch Diskriminierung«. So richtig werde da nie was gefunden. Und irgendwie sei es auch übertrieben, dass die Jugendlichen »alle Identifikationszeichen entfernen« sollen. »Die brauchen das!« Oberbürgermeister Arnd Voigt hat durchschaut, dass es dem NJB in erster Linie gar nicht um ein eigenes Haus ging. Das hätten sie einfacher haben können, so Voigt, schließlich habe er dem Verein sogar angeboten, die Südstraße zu kaufen. Der NJB wollte nicht. »Es soll demonstriert werden, dass sie die Kommune zwingen können, eine vertragliche Dauerbeziehung einzugehen.«

Donnerstag, 20. Juni 2002, 16 Uhr: Unter mächtigen Kronleuchtern versammelt sich im Bürgersaal des Zittauer Rathauses der Stadtrat. Die Stimmung ist gereizt, schon bei der Beratung der Tagesordnung blaffen sich Vertragsbefürworter und -gegner an. Später begründet CDU-Chef Johne stockend seinen Antrag. »Die Idee einer völligen Ausgrenzung kann nicht unser Handeln bestimmen«, sagt er. Und: »Wir sind nicht in die Bresche gesprungen, um dem NJB zu helfen, sondern den Bürgern, die betroffen sind.«

Klaus Zimmermann (SPD) sagt: »Es geht um das Ausgrenzen rechtsextremistischer Aktivitäten und nicht von Jugendlichen.« Eine CDU-Frau äußert sich genervt darüber, dass das Thema NJB »seit Ewigkeiten« ohne neue Argumente geführt werde, und betont: »Es ist dem Verein nicht nachzuweisen, dass er nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.« Einen Brief, in dem der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes den Stadtrat noch einmal auf die dramatischen Folgen eines Pachtvertrages hinweist, wischt sie vom Tisch. Ein PDS-Abgeordneter appelliert: »Auf die Androhung von Gewalt können wir doch nicht mit der Überlassung eines Gebäudes antworten!« Beschwörend reden die Gegner des Pachtvertrages auf dessen Befürworter ein, die sich nicht die Mühe machen zuzuhören.

Schließlich beantragt ein Stadtrat der Freien Wählergemeinschaft Abbruch der Debatte. Minutenlang zerren SPD und CDU noch darum, ob namentlich abgestimmt werden soll oder geheim. Im Tumult von Anträgen und Änderungsanträgen verliert sogar der Rechtsamtsleiter vorübergehend den Überblick. 18 Uhr 10 verliest Oberbürgermeister Voigt das Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, elf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Gottfried Soukup steht auf und verläßt den Raum. Er geht zum NJB-Vorstand Robert Pech, überbringt die Nachricht: »Angenommen!« Sie schütteln sich kurz die Hände.

Epilog: Am 20. August 2002 stimmte der Zittauer Stadtrat erneut über den Pachtvertrag für die Südstrasse 8 ab. Zuvor waren hier bei einer Razzia Schusswaffen gefunden worden. Nun stimmten die Stadtvertreter dafür, die Nutzung des Hauses durch den NJB zu beenden. Der NJB verlor damit seinen festen Treffpunkt. ■

Elena Roth

HAUSBESETZUNG durch Faschisten

Neonazis fordern ein nationales Jugend- und Kulturzentrum für Lübeck



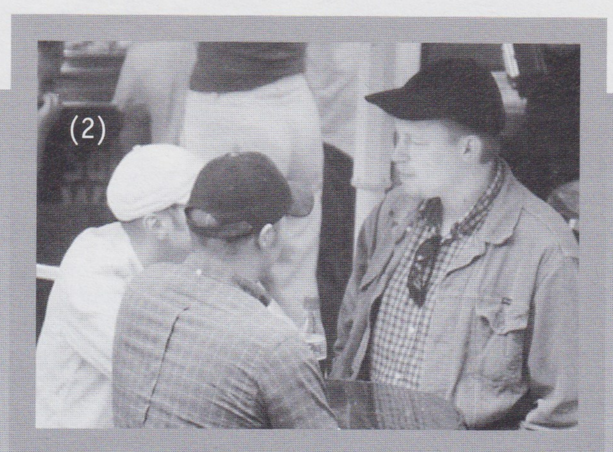
Am Samstag, den 28.Juni besetzten etwa 20 vermummte Neonazis aus dem Raum Schleswig-Holstein für einige Stunden ein leerstehendes Haus im Lübecker Stadtteil St. Lorenz, um damit ihrer Forderung an die Stadt, Räumlichkeiten für die Schaffung eines nationalen Jugendzentrums zur Verfügung zu stellen, Nachdruck zu verleihen. Nach dem Antritt des »Bündnis Nationaler Sozialisten« für die Wahl zur Lübecker Bürgerschaft Anfang des´Jahres, erweist sich Lübeck nun zum wiederholten Male als Hochburg von Neonaziaktivitäten in Schleswig-Holstein.

Hausbesetzung

Am frühen Morgen des 28. Juni sammelten sich nach und nach Schaulustige vor der weißen Villa in der Nähe der Lübecker Innenstadt und folgten gebannt den 14 ganz in schwarz gekleideten, vermummten Personen, die kurze Zeit vorher das seit Jahren leerstehende städtische Gebäude besetzt hatten und nun vom Balkon des Hauses ein Transparent mit dem Ché Guevara Zitat »Schafft zwei, drei, viele Alternativen« herunterließen. Schräg gegenüber des Hauses verwies ein weiteres Transparent, das an der dort befindlichen Kirche befestigt wurde, auf die bis dahin unbekannte Homepage »Alternativen-Schaffen.de.vu«.

Aus dem Gebäude, das direkt einer vielbefahrenen Strasse liegt, wurde dann eine Kundgebung abgehalten, in welcher der Sprecher sich solidarisch mit den Betreibern des linken, selbstverwalteten Jugendzentrums Alternative e.V. (Walli) erklärte, das seit mehr als 25 Jahren in Lübeck existiert und zur Zeit von der Schließung bedroht ist. Weiterhin wurde über die Politik der zur Zeit regierenden Lübecker CDU gewettert, so dass für viele Passanten, die zum Teil sehr positiv auf die Aktion reagierten, der Eindruck entstanden ist, dass die Aktivisten aus dem linken Spektrum stammen. Als der Sprecher dann aber abschließend die Stadt aufforderte, Räumlichkeiten für die Schaffung eines nationalen Jugendzentrums bereitzustellen, wurde den meisten erst klar, dass die Besetzer keineswegs linke Walli-Symphatisanten, sondern Neonazis waren, was zum Teil großes Entsetzen auslöste. Mittlerweile hatten sich unter den etwa 60 Passanten auch etwa 20, meist lokal ansässige Neonazis eingefunden, die aus der Menge heraus applaudierten. Nach vier Stunden beendeten die Aktivisten dann von selbst die, nach eigenen Aussagen von vornherein nur symbolische Besetzung und verließen unvermummt das Gebäude, da man das politische Ziel der »Schaffung von Öffentlichkeit (...) bereits mehr als erreicht hatte«, wie sie später auf ihrer Homepage »alternativen-schaffen.de.vu« äußerten. Draußen wurden sie dann von der Polizei empfangen und für einige Stunden in Gewahrsam genommen. Bei der späteren Durchsuchung des Gebäudes wur-





1) Lübecker Neonazis sammeln Unterschriften für ein »nationales Jugendzentrum. Martin Engelbrecht, Jörn Lemke und Peter von der Born

2) Jürgen Gerg (rechts) versuchte das alternative Zentrum »Walli« auszukundschaften.

den u.a. faustgroße Pflastersteine sichergestellt, was Anlass zur Vermutung gibt, dass sich die Nazis auf Gegenwehr eingestellt hatten und auch bereit waren, dieser gewalttätig zu begegnen.

Wer einige Stunden später auf der Internetseite »Alternativen-Schaffen.de.vu«, auf die mittels Transparenten hingewiesen wurde, Nachforschungen über die Hintergründe der Hausbesetzung anstellte, wurde auf der Anfangsseite von dem »Projekt undogmatischer Linksnationalisten« begrüßt, das für die Besetzung verantwortlich zeichnete und bis dahin noch nie in Erscheinung getreten war. Dort wurde zunächst noch einmal die Hausbesetzung geschildert und in ziemlich detaillierter Form dazu Stellung genommen, aus welcher politischer Motivation heraus dies geschehen sei. Hierbei solidarisierten sich die Schreiber erneut mit der Walli und forderten sowohl deren Erhalt als auch die Schaffung von noch mehr Freiräumen. Hinsichtlich der Tatsache, dass sich hinter diesem »Projekt undogmatischer Linksnationalisten« so einige altbekannte Lübecker Neonazis verbergen, denen zuvor das alternative Jugendzentrum noch ein Dorn im Auge war, müssen wir uns schon fragen, was die politische Intention der Neonaziaktion war.

Denn auf der Internetseite wird sowohl gegen die repressive Politik der Lübecker CDU gewettert, als auch gegen die Schill-Partei in Hamburg Stimmung gemacht, wobei die eigenen Argumente scheinbar nicht ausreichten. Teilweise wurden ganze Textpassagen aus linken Flugblättern, die sich auf das selbe Thema bezogen, entnommen. So bleiben Neonazis dann auch nicht dabei, sich mit linken Projekten zu solidarisieren und linke Themen zu besetzen, sondern verkünden ganz offen: »Es gibt kein links gegen rechts, sondern nur unten gegen oben« und bedienen damit recht offensichtlich Elemente der Querfront-Ideologie.

Hier scheint sich in Kreis von Neonazis gefunden zu haben, der zum Teil entweder dem Querfrontgedanken wohlwollend gegenüber steht oder diese Linie immerhin für den Zweck eines nationalen Jugendzentrums wohlwollend in Kauf nimmt. Entsprechend reichten die Links auf ihrer Internet-Seite zu anderen Homepages auch vom Aktionsbüro Norddeutschland und dem Kampfbund Deutscher Sozialisten über Querfront und Indymedia bis zur Jungen Welt und den Anarchosyndikalisten.

Stellen wir uns nun die Frage, warum diese Aktion gerade jetzt und gerade in Lübeck vonstatten ging, müssen wir uns etwas näher mit der politischen Situation in Lübeck befassen. Ersteinmal ist es noch gar nicht lange her, dass die Neonaziszene so offen und massiv in der Hansestadt aufgetreten ist.

Zuletzt sorgte hier das Bündnis Nationaler Sozialisten (BNS), das unter dem Namen seiner Internetpräsenz »fuer-luebeck.com« für die jüngste Wahl zur Lübecker Bürgerschaft antrat, für eine massive Präsenz von neonazistischer Propaganda. Es wurde sowohl flächendeckend plakatiert, als auch mehrmals wöchentlich mit Infoständen Wahlkampf betrieben. Auftakt des ganzen bildete eine Demonstration mit dem Motto »Nur nationaler Sozialismus schafft Vollbeschäftigung« durch den Lübecker Stadtteil Kücknitz. Hier gaben sich Christian Worch, Thomas Wulff vom Aktionsbüro Norddeutschland sowie der Vorsitzende der NPD Schleswig-Holstein, Peter Borchert, die Ehre.

Das BNS wurde wenige Tage nach der Wahl vom Innenministerium Schleswig-Holsteins verboten, u.a. weil Programm und Werbematerial der Partei stellenweise eine Sprache aufwiesen, »die dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch wesensverwandt« sei. Lübeck fällt also nicht zum ersten Mal durch Neonaziaktivitäten auf und ist zudem ein Ort, den die rechte Szene aus Schleswig-Holstein als Versuchsfeld für immer neue Tabubrüche nutzt.

War bereits das Auftreten des BNS in Gestalt von Flugblättern und ihrem Demomotto bzw. der gleichlautenden Losung, die auf allen Wahlplakaten prangte, eine ganz offene Anlehnung an den Nationalsozialismus, so zeigt die Hausbesetzung eine neue Qualität von Aktionismus. Die Forderung nach einem nationalen Jugendzentrum und die Mittel, mit denen ihr Nachdruck verliehen wird, erhält nicht zuletzt durch die querfrontlastige Argumen-



Die Neonazis Jörn Lemke (l.)und Peter von der Born (m.) hinterm Infotisch des »Projekt undogmatische Linksnationalisten«.

tation der Neonazis eine besondere Brisanz.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich zudem, dass das BNS und das »Projekt undogmatischer Linksnationalisten« auf jeden Fall hinsichtlich der involvierten Personen miteinander verknüpft sind.

So trat Jörn Lemke, Kreisvorsitzender der Lübecker NPD und erster Vorsitzender des BNS, bereits vor der Besetzung in Erscheinung, als er in einem Schreiben an alle Lübecker Parteien, Verhandlungsbedarf über ein nationales Jugendzentrum ankündigte. Nachdem die Stadt das ihrerseits jedoch anders sah und nicht darauf einging, sollte die eine Woche später folgende Besetzung wohl ein eindeutiges Zeichen sein. In einem zweiten Schreiben, in dem Lemke sich als sozialrevolutionärer Nationalist bezeichnete, verwies er nochmals auf die Forderung und kündigte an, dass »...die nationale Jugend Lübeck, sollte keine konstruktive Debatte hierüber möglich sein, (den Forderungen) sicher politisch Nachdruck verleihen würde«. Doch auch andere bekannte Gesichter waren an der Hausbesetzung beteiligt. So war in der Menschenmenge vor der besetzten Villa auch Jürgen Gerg, Mitglied im Landesverband der Schleswig-Holsteiner NPD und ebenfalls Kandidat für das Bündnis Nationaler Sozialisten (BNS) anzutreffen. Dieser hatte der Walli bereits einige Zeit vorher an einem Wochenende Besuch abgestattet, bei dem er scheinbar nur die Örtlichkeit näher in Augenschein nehmen wollte indem er sich in der dortigen Kneipe aufhielt und an Auseinandersetzungen nicht interessiert war. Direkt an der Besetzung beteiligt war zum Beispiel der Landesvorsitzende der NPD Schleswig-Holstein, Peter Borchert. Er sammelte später bei einem Infotisch des »Projekt undogmatischer Linksnationalisten« zusammen mit Martin Engelbrecht (KDS-Mitglied aus Neumünster) Unterschriften für ein nationales Jugendzentrum. Beide hatten zuvor auch das BNS bei ihren Wahlkampfaktionen unterstützt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist sicherlich auch die momentane Situation in Lübeck. So muss das selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentrum »Alternative« (Walli) zur Zeit die Schließung befürchten, da ihre Verträge mit der Stadt von der mittlerweile abgewählten SPD-Bürgerschaftsfraktion nicht verlängert wurden und die Verhandlungen mit der zur Zeit regierenden CDU-Mehrheit bisher auch nicht erfolgreich waren. Aufgrund dieser Situation wird in Lübeck sehr viel Soli-Arbeit für den Erhalt der Walli betrieben. Das hat zur Folge, dass das Thema sowohl in den kommunalen Medien sehr präsent ist und der Kreis von Symphatisanten des selbstverwalteten Jugendzentrums auch in der normalen Bevölkerung durchaus sehr groß ist. Damit war es für die Neonazis eigentlich sogar recht naheliegend, Lübeck als Ort für ihre Kampagne für die Schaffung eines nationales Jugendzentrum zu wählen. Sie konnnten sich die aktuelle Debatte zu Nutze machen und zudem auf der Solidaritätswelle für die Walli mitschwimmen. So ist es eigentlich auch eher verwunderlich, dass ihre Aktionen, die nach der Hausbesetzung in Form von Infoständen und Kundgebungen in der Lübecker Innenstadt durchgeführt wurden, von der örtlichen Presse fast durchgehend ignoriert wurden. Über die Besetzung wurde noch berichtet, wobei jedoch die Solidarisierung mit der Walli mit keinem Wort erwähnt wurde und auch ihre Forderung bezüglich des eigenen Jugendzentrums kaum Erwähnung fand. Die Walli selbst distanzierte sich öffentlich ganz entschieden von der scheinbaren Unterstützung durch das »Projekt unabhängiger Linksnationalisten« (PULN) und spricht von einer »offensichtlich taktisch motivierten Solidarisierung« (Presseerklärung). Vordergründig hat somit die Bestrebung des PULN nach der Schaffung einer breiten Öffentlichkeit nicht gefruchtet. Die Auseinandersetzung mit dieser Gruppierung und ihren Zielen bleibt jedoch weiterhin wichtig. ■

...kein PROBLEM

Eine Reportage über die Situation in Ostvorpommern aus der neuen Broschüre »Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern« des Vereins LOBBI.

Blonde Stoppelfrisur und ein sauberes Marken – Sweatshirt, ein dalmatinerbraun gefärbter Haarschopf und löcherige Jeans, eine schwarze Wollmütze und weite Schlabberhosen: Mathias, Ringo und André, die auf der Bank im Ueckerpark sitzen, könnten nicht unterschiedlicher aussehen. »Punk-Musik höre ich nie.« sagt Mathias. Ringo, der seinen Irokesen-Haarschnitt unter einem Basecap verbirgt, kontert: »Hip Hop ist doch langweilig.« Einig sind sich die 14- bis 16-jährigen Schüler lediglich in einem: Nicht rechts zu sein. Und das hat Konsequenzen.



Bis zum Dezember 2001 traf sich die Clique von Mathias und André in einer leerstehenden Garage direkt neben der Anlegestelle für Ausflugsdampfer. Heute liegen die Bretter der von den Jugendlichen selbstgebauten Theke verstreut über den nackten Betonfußboden, in den Fensterrahmen hängen die letzten Glassplitter. An die Wand haben Unbekannte einen Ku-Klux-Mann geschmiert. »Eigentlich war es ein ganz normaler Abend, wir saßen zusammen, als die Tür aufgetreten wurde,« erinnert sich André. Die Naziskins zerschlugen Mobiliar und Flaschen. Einige aus der Clique wurden an die Wand geschleudert. Gewehrt hat sich niemand der Angegriffenen. Mathias und André meinen, dass sie Glück gehabt haben an diesem Abend. Einen Treffpunkt wie die Garage haben sie jetzt nicht mehr. Während die anderen erzählen, dass sie trotz Drohungen bei der Polizei ausgesagt haben, streicht sich Ringo gedankenverloren über die vernarbte Nase. Er kennt das Gefühl, ohmächtig einer Gruppe von Rechten ausgeliefert zu sein. Zusammen mit einem Freund wurde er in einem Wohngebiet überfallen. Die beiden Punks blieben schwer verletzt liegen – mit Fäusten und Ketten geschlagen, mit Füßen getreten. Eingegriffen hat niemand. Ein anderes mal wurde Ringo von Naziskins mit dem Auto durch Stadt gejagt. Oft wird er angepöbelt – auch von ganz normalen Ueckermündern.

Dann nimmt Ringo das Basecap ab und sagt: »Ich habe keine Lust mehr mich zu verstecken.« Doch auch er dreht sich wie Mathias und André reflexartig nach jedem Auto um, das langsam an der Parkbank vorbeifährt. Ueckermünde, eine Zone der Angst? Diese Auffassung wird in der Stadt am Haff nicht von vielen geteilt, geschweige denn gibt es eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema. Das müssen auch die MitarbeiterInnen der LOBBI feststellen, die seit über einem



Garagen in Ueckermünde

LOBBI
Landesweite
Opferberatung, Beistand
und Information
für Betroffene rechter
Gewalt in M-V

www.lobbi-mv.de
mail@lobbi-mv.de

Jahr in Kontakt mit den Neonazi-Opfern in Ueckermünde stehen. Recherchen zur rechten Szene vor Ort, Gespräche mit Betroffenen und Kooperationspartnern gehören zur Basis der Beratungstätigkeit, auch in anderen Städten. Dabei entsteht häufig ein anderes Bild der Kommune als in der Wahrnehmung von Verwaltung, Lokalpolitik, Sozialarbeit oder Polizei.

Die jungen Männer, die sich Freitag Nachmittag vor einer der unzähligen Garagen im Plattenbaugebiet »Ost« treffen, können ohne Angst überall durch Ueckermünde laufen. Die schwarz-weiss-rote Fahne auf dem Garagendach und eine Reichskriegsflagge an der Wand markieren die »nationale Gesinnung«. Aus der Anlage dröhnt laut Musik der Neonaziband »Landser«. »Stress haben wir nur manchmal, wenn die Polizei wegen Ruhestörung kommt«, sagt einer und lässt betont lässig eine Zigarre zwischen den mit HASS und SKINHEAD tätowierten Fingern baumeln. Neben den Treffs in den gekauft en Garagen, gehören auch Live-Konzerte im Umland zur der rechten Erlebniswelt. In Szeneläden, wie dem »New Dawn« im nahegelegenen Anklam bekommen die Neonazis alle Accessoires zum rechten Lifestyle. Kameradschaften wie die »National-Germanische-Bruderschaft« organisieren im Netzwerk mit anderen Neonazi-Gruppen und NPD-Verbänden politische Schulungen und Fahrten zu rechten Aufmärschen. »Die meisten von uns haben Arbeit. Wir sind ganz normal« sagt der Mann mit der Hass-Tätowierung.

Die Normalisierung des »Rechts-Seins« in Gemeinden und Wohnvierteln ist mit einem sinkenden Problembewußtsein gegenüber rassistischen, antisemitischen, neonazistischen Gruppen verbunden. Auf die Frage einer Journalistin nach den Kameradschaften zuckt Ueckermündes Bürgermeister Westphal mit den Schultern. »Die Organisationsnamen habe ich noch nie gehört.« Die rechten Treffs in Ost sind ihm bekannt, »aber solange ich weiss, wo die sind und die Polizei ein Auge darauf hat, ist das kein Problem.« Das finden auch Nachbarn aus der Plattenbausiedlung von gegenüber. »Seitdem die Jungs da sind, trauen sich die Asylanten nicht mehr, unsere Autos zu klauen« sagt ein Nachbar. Er habe gehört, dass sie auch »Müllsündern« im Garagenkomplex Strafen androhen und gegen »Kiffer« vorgehen. Neonazis als Ordnungsmacht. Was passieren wird, wenn wie vom Landratsamt geplant ab 2004 ein Flüchtlingsheim in die Plattenbausiedlung einzieht, ist leicht vorherhersehbar.

Für die nichtrechten Jugendlichen vom Ueckerpark besteht das Problem schon jetzt. Und sie sind nicht die einzigen Leidtragenden rechter Gewalt in der Stadt. Angehörige einer religiösen Gruppe wurden von Neonazis mit Steinen beworfen, Flüchtlingen berichten von andauerndem rassistischen Mobbing, bei einem Schülerstand zum Tag der Menschenrechte auf dem Markt tauchten schwarz-vermummte Rechte auf, Aussteiger werden attackiert, Mahnmale werden beschädigt...

Nicht nur in Ueckermünde ist die LOBBI damit konfrontiert, dass sich die Wahrnehmung in Kommunen deutlich von der realen Situation unterscheidet. »Rechte Gewalt? So etwas gibt es bei uns nicht«, heißt es auch anderswo. Sicher wird es schwieriger, die Szene zu erkennen. Rechte entsprechen nicht mehr nur dem Medienbild des martialischen Skinheads – das taten sie nie. Sie tragen andere Kleidung und orientieren sich auch am modischen Outfit anderer Jugendkulturen. Auch gehört es zur Strategie rechter Gruppen, Bürgernähe zu demonstrieren, ordentlich zu sein und für Ordnung zu sorgen. Themen, die bei der Bevölkerung gut ankommen, werden von Rechts besetzt. Doch rechte Einstellungen sind auch erkennbar, wenn sie nicht in einer Bomberjacke verpackt sind. Die Chronologie der Neonaziangriff spricht für sich. Vielerorts wird das Problem als gelöst angesehen, wenn sich die rechten Gruppen nicht allzu auffällig treffen, nichts kaputt machen, dem Tourismus nicht schaden und nicht mehr in der Zeitung stehen. Diese »Idylle« hilft den alternativen Jugendlichen, Flüchtlingen und anderen, die zu den Feinbilder der Rechten gehören, nicht. Die fehlende Unterstützung der Öffentlichkeit während und nach der Tat, wird von der Opfern der Angriffe als Zustimmung gewertet.

Unwissenheit dürfte zumindest in Ueckermünde nicht mehr als Argument für eine fehlende Auseinandersetzung mit dem Thema angeführt werden. Die LOBBI informierte in einem Zeitungsartikel über die Kette rechter Angriffe in der Uecker-Randow-Stadt. LOBBI-Mitarbeiter sprachen mit SozialarbeiterInnen, dem Ordnungsamt und informierten den Sozialausschuss. Wenn die Opfer der rechten Angriffe keine Solidarisierung erfahren – aus Angst, Gleichgültigkeit oder aus Zustimmung – wird es weiter zu schweren Gewalttaten kommen. ■

Franziska Bruder

»Willst du FRIEDEN, bereite dich auf den KRIEG vor«

Die radikal-nationalistische ukrainische Gruppierung UNA-UNSO[1] gehört zu den brisantesten Akteuren in der Ukraine.

Es ist Anfang August und sehr heiß, Kiew ist wie leergefegt. Viele haben sich auf ihre Datschen zurückgezogen. Die Innenstadt besteht vor allem aus Touristen und gelangweilten Teenagern, die Eis essen. Ich sitze auf dem Maydan Niezaleschnosti, dem Platz der Unabhängigkeit. Hier haben politische Organisationen ihre Infostände. Mir gegenüber, direkt am U-Bahn-Eingang, sitzt eine cirka vierzigjährige Frau vor einem Stapel Zeitungen und Flugblättern sowie einem kleinen schwarz-roten Fähnchen mit dem Aufdruck UNSO. Um sie herum streicht ein adrett gekleideter junger Mann, weißes Hemd, Krawatte, Aktentasche in der Hand, Haare sauber nach hinten gekämmt. Er entfernt sich immer wieder ein paar Schritte, behält den Stand aber im Auge. Oft bleiben Leute stehen, in der Regel ältere Menschen, fast ausschließlich Männer, und kaufen eine Zeitung.

UNA-UNSO ist eine Organisation mit zwei Bestandteilen: einem politischen (UNA) und einem militärischen (UNSO) Arm. Gemeinhin wird sie als marginal eingeschätzt. Ich befürchte, dass diese Einschätzung mehr Ausdruck für eine gewisse intellektuelle Überheblichkeit gegenüber einer als primitiv empfundenen Gruppierung ist als der Realität entspricht.

Die Brisanz der Gruppierung wurde vor einigen Jahren offensichtlich, als Ende Mai 2000 in L'viv der ukrainische Komponist Ihor Bilozir bei einer Schlägerei mit Russen ums Leben kam. Dieser Vorfall wurde breit als russische antiukrainische Aktion rezipiert. UNA-UNSO organisierte maßgeblich Demonstrationen, auf denen viele Tausend Menschen waren, und konnte ihrerseits eine aggressive, antirussische Stimmung anheizen.

Entstehung und Struktur

Seit 1989 ist die Transformation Mittel-Osteuropas voll im Gange, und in einem zweiten Anlauf wurde am 24. August 1991 die Ukraine für unabhängig erklärt. Die dortige politische Elite rekrutiert sich aber weiter aus der alten Nomenklatura. Korruption ist ein Euphemismus bei den Reichtümern, die die Elite anhäuft: Aktuell soll etwa das Schmiergeld für einen Jura-Studienplatz 8000 Dollar betragen. Das offizielle Existenzminimum liegt bei 365 Hryvna (ca. 70 Dollar) – diesen Lohn erhält in Kiew, wo die Löhne im Landesvergleich sehr hoch sind, aber nur ein Drittel der Menschen[2]. Die politische Elite, aktuell vor allem in Person des Präsidenten Kutschma und seines Klans, verteidigt ihre Reichtümer und die politische Macht mit entsprechend mörderischen Methoden: Im September 2000 wurde beispielsweise der Journalist G. Gongadze, der zu Korruption in Regierungskreisen recherchiert und publiziert hatte, enthauptet aufgefunden.

In der Ukraine leben cirka 50 Millionen Menschen. Die verschiedenen Landesteile unterscheiden sich stark in bezug auf ihre ethnische und religiöse Zusammensetzung, ihre ökonomische Struktur und ihre politische Kultur. Bedingt ist dies durch die Vereinnahmung der Ukraine in den letzten Jahrhunderten. Zuletzt waren dies der russische, später sowjetische und der polnischen Staat. Vor diesem Hintergrund wird in der Ukraine ein postkolonialer Diskurs geführt, in dem »nationale« Minderwertigkeitsgefühle bezüglich der Kultur thematisiert und die nach wie vor bestehende starke, u.a. wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland kritisiert werden. Der ukrainische Staat ist jung, der Bedarf an positiver »nationaler Identifikation« auch anhand von Vorbildern im Kampf um nationale Befreiung ist hoch und: er ist der Mainstreamdiskurs[3]. Polen und Russen gelten in nationalistischen Kreisen nach wie vor als Erbfeinde. Die eingeworfenen Scheiben bei der rus-

1| Grundlage meines Textes sind Erfahrungen aus einigen mehrmonatigen Aufenthalten in der Westukraine und Kiew, Interviews mit Kriegsveteranen, mit jüdischen Überlebenden, der Besuch von nationalistischen Kundgebungen und die Internetrecherche.

2| Die Rentnerin, bei der ich in Kiew wohne, hat ihr Leben lang als Ärztin gearbeitet und erhält jetzt eine Rente von 140 Hryvna.

3| Beispielsweise werden an Geschichtslehrstühlen Promotions- oder Habilitationsthemen abgelehnt, die nicht »patriotisch« genug seien.



sischen Buchhandlung oder der Molotowcocktail in das russische Kulturzentrum in L'viv in den letzten Monaten lassen sich dadurch erklären.

UNA-UNSO

In diesem grob gezeichneten gesellschaftspolitischen Rahmen zählt die nationalistische Gruppierung UNA-UNSO zur extremen Rechten. UNA steht für Ukrajins'ka Nacional'na Asambleja (Ukrainische Nationale Vereinigung) und UNSO für Ukrajinska Narodna Samooborona (Ukrainische Nationale Selbstverteidigung). Die Vereinigung wurde am 30. Juni 1990 gegründet und hieß zunächst Ukrajinska Mischpartyjna Asambleja (UMA) – Ukrainische Überparteiliche Vereinigung. Das Gründungsdatum war bewusst gewählt: Am 30. Juni 1941 rief die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) unter der Führung von Stepan Bandera direkt nach dem Einmarsch der Wehrmacht[4] die unabhängige Ukraine aus. Die OUN, 1929 gegründet, war ein Bündnis verschiedener nationalistischer und explizit faschistischer Gruppen. Sie verfolgte in den 20er und 30er Jahren sehr genau die Politik Mussolinis und Hitlers, entlehnte aber auch Ansätze bei den Bolschewiki.

Das erste große Medienecho erhielt die UMA nach eigenen Angaben ein Jahr nach ihrer Gründung. Am 30. Juni 1991 organisierte sie in L'viv einen Fackelzug, an dem 150 uniformierte Männer in militärischer Formation marschierten. Die Organisation wurde danach in UNA umbenannt und trat als Partei zu Wahlen an.

Nach dem misslungenen Putschversuch im August 1991 in Moskau und einer befürchteten »ausländischen [sprich russischen, F.] Invasion« in der Ukraine begann sie mit dem Aufbau von »Selbstverteidigungsstrukturen«: der UNSO, einer »offenen, paramilitärischen Massen-Organisation«, wie es im Internet heißt. In die UNSO könnten alle eintreten, Nationalität, soziale Lage oder politische Überzeugung spielten keine Rolle. Es gäbe keine herkömmliche militärische Hierarchie[5] wie bei der Roten Armee, den einfachen Soldat und den Offizier, sondern Instrukteure. Die Gruppen seien regional organisiert in einer Stärke von drei bis fünf Personen, und es solle ein Oberkommando existieren. Im Herbst 1993 wurde die UNSO verboten, nachdem sie in uniformierten Kolonnen vor der Verchovna Rada, dem ukrainischen Parlament, aufmarschiert war und »herausgefordert« hatte, wie sie es im Internet nennt.

Trotz dieser Repression zog im Mai 1994 der erste Abgeordnete von UNA-UNSO in das Parlament ein. Bei den Regionalwahlen im selben Jahr kamen Dutzende von Abgeordneten in die kommunalen Parlamente, obwohl die UNA erst im Herbst 1995 legalisiert wurde. Aktuell besitzt die UNA-UNSO Büros in mehreren ukrainischen Städten.[6] Der Vorsitzende, Andrij Schkil' aus L'viv, wird oft in (auch seriösen) Zeitungen zitiert.

Politische Inhalte

Zentraler Begriff in der Ideologie von UNA-UNSO ist die Nation. Dabei steht man in der Tradition des integralen Nationalismus der OUN: Die Nation ist der zentrale Wert, der Rest ist ein aktualisierter Querfrontverschnitt, ein Gemischtwarenladen, der u.a. soziale Forderungen aufgreift. Sowohl Kapitalismus wie Sozialismus hätten positive Seiten, es gehe um einen »gesunden Protektionismus«, der aber nicht die Privatinitiative hemme. Man könne das Ideal von UNA-UNSO einen »nationalen Kapitalismus« oder einen »markorientierten Staatssozialismus« nennen. Mit allen Parteien, die das Land von Korruption, Verbrechen (Mafia) und der sozialen Ungerechtigkeit »säubern« wollten, möchte sie zusammenarbeiten.

Historisch bezieht man sich hierfür auf politisch diametral entgegengesetzte Richtungen: Hitler heben sie als Militaristen hervor, der Clausewitz gelesen habe. Andererseits »referieren« sie Che Guevara mit der Parole: »Patria libre o muerte« – und beschließen den Artikel mit bat'kivtschyna lub smert' (Vaterland oder Tod). Die UNSO nennt als weitere Bezugspunkte für ihre militärische Strategie: Mao, Mariguella, Bakunin, Kropotkin, die Roten Brigaden, Chomeini, Pilsudski, Franco und Mussolini. Die politische Praxis ist da eindeutiger. So demonstrierte UNA-UNSO vor der spanischen und englischen Botschaft für die Freilassung des »chilenischen nationalen Helden« General Pinochet.

4| Gemeinsam mit der Wehrmacht marschierte das ukrainische Bataillon Nachtigall ein. Es spielte eine zentrale Rolle bei der Ermordung von Juden in der Ukraine. Nachtigall wurde von dem OUN-Mitglied Roman Schuchewytsch kommandiert. Sein Sohn, Jurij Schuchewytsch, der wegen seines Vaters viele Jahre in sibirischen Lagern verbrachte und dort erblindete, spielt heute eine zentrale Rolle innerhalb der UNA-UNSO.

5| Das ist eine Parallele zum bewaffneten Arm der OUN während des Zweiten Weltkrieges, der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA), auch dort wurde immer die Egalität der Struktur betont.

6| In Lemberg ist das Büro passender Weise in der Taras Tschuprinka Strasse, das ist das Pseudonym von Roman Schuchewytsch, als er UPA-Kommandeur war.





UNA-UNSO, deren Mitgliede nach Eigenaussage vor allem zwischen 25 und 35 Jahre alt sind, will die »gesunde, junge Kraft der Ukraine« sein. Man sieht sich als Avantgarde, die gegen das politische Establishment auftritt – als sauberer, krawattentragender junger Mann am Infostand oder als uniformierter, kahlgeschorener Krieger, der Wehrsportübungen in den Karpaten[7] abhält.

Religiöser Fundamentalismus

Durchsetzt sind diese politischen Inhalte mit einer starken christlich-orthodoxen Prägung. Das Kreuz, das die UNSO benutzt, sei ein altes ukrainisches Symbol aus vorchristlicher Zeit, das man oft als Verzierung in Kirchen oder als Verzierung von Waffen findet.

Somit sind Tradition, Religion und Militarismus verknüpft. Im Frühjahr 1992 bat der Kiewer Patriarch der ukrainischen orthodoxen Kirche die UNSO, in Sevastopol/Krim eine Gedenkfeier für Priester zu schützen, die dort 1918 von den Bolschewiki erschossen worden waren. Die UNSO fuhr mit einigen Hundert Leuten gemeinsam in einem Zug dorthin – dieser wurde von Polizei und Sicherheitskräften öfters angehalten, kam aber doch schlussendlich auf der Krim an.

Dort inszenierte sie sich mit einem Marsch in Uniform durch die Stadt und wurde damit – so schreiben sie im Internet – in der ganzen Ukraine bekannt.[8]

Aktionen und Kampagnen – Geschichtspolitik, gegen Russland

Im Juli 1993 seien sie im Kontext der militärischen Auseinandersetzungen um Georgien mit dem Freiwilligenkorps Arho dorthin gefahren und hätten sich an den Kämpfen beteiligt, dabei seien einige ihrer Mitglieder gefallen. Weitere militärische Erfahrung sammelten sie in Tschetschenien: Im Oktober 1994 reiste eine Delegation der UNA-UNSO nach Aserbaidschan, Armenien und Tschetschenien, wo sie eine Unterhaltung mit Staatspräsidenten Dudajew hatten. Seitdem würde ein regelmäßiger Austausch gepflegt, und UNSO-Mitglieder hätten auch auf der Seite Tschetscheniens am Krieg gegen Russland teilgenommen.[9] 1996 wurden Kontakte nach Weißrussland aufgenommen und die dortige »nationale Opposition« im Kampf gegen »die Russen« unterstützt. Bezüglich des Status der unabhängigen Ukraine im Verhältnis zu Russland war die Frage der Rückgabe der Nuklearwaffen an Russland zentral, hier war die UNA-UNSO selbstverständlich strikt dagegen – denn das würde den Interessen des »Washingtoner, des Moskauer und Tel Aviver Imperialismus«(!) entgegenkommen.[10]

Geschichtspolitik, gegen »polnische Kolonialisten«

Auf dem Litschakivski-Friedhof in L'viv liegen polnische und ukrainische Gefallene der militärischen Auseinandersetzungen um L'viv von 1918/19. Die UNA-UNSO entfernte hier pressewirksam Inschriften auf polnischen Gräbern, da sie die polnische Kolonialpolitik verherrlichen würden. Seit einigen Jahren streiten sich polnische und ukrainische Regierungsstellen, Veteranenverbände etc., wie dieser Toten, vor allem der polnischen, gedacht werden solle. In erster Linie wird das Thema für die nationalistische, antipolnische Propaganda instrumentalisiert. Ein weiterer Anlass war der 60. Jahrestag des Massakers ukrainischer Nationalisten an Polen in Wolhynien am 11. Juli 2003: UNA-UNSO organisierte Kundgebungen vor den polnischen Konsulaten in der Ukraine unter der Parole: »Keine Entschuldigung für Wolhynien – Alles eine Folge der polnischen Kolonialpolitik« – diese monokausal erklärte »Folge« war das grauenvolle Abschlachten zehntausender Polen und das Abbrennen ganzer Dörfer.[11]

Die Bedeutung der UNA-UNSO wird vor allem von der weiteren Entwicklung der sozialen Auseinandersetzungen abhängen und inwieweit diese national aufgeladen und »gelöst« werden (sollen). ■

7| Bilder davon und von Kampfeinsätzen in Tschetschenien finden sich im Internet.

8| Politische Brisanz erhielt diese Aktion auch wegen der damals anstehenden Entscheidung, ob die Krim zur Russischen Föderation gehöre. Heute ist die Krim eine autonome Republik im Rahmen des ukrainischen Staates.

9| UNA-UNSO arbeitet seit 1994 mit der Islamischen Partei Vidrodschennja (Wiedergeburt) zusammen, die die größte islamische Organisation Mittelrusslands sei.

10| Zu Israel oder Juden schreibt die UNA-UNSO an keiner weiteren Stelle.

11| Die heutigen politischen Nachfolgeorganisationen der OUN, die hauptsächlich mit Geldern nordamerikanischer Emigranten aufgebaut wurden, wie die KUN (Kongress Ukrainischer Nationalisten), die in dem Wahlbündnis Unsere Ukraine (Nascha Ukrajina) des aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten Juschtschenko vertreten ist, sind ihnen schlicht zu lasch.

Brigitte Sandt

»Die ALPTRÄUME bleiben«

Brigitte Sandt arbeitet als Journalistin in Hamburg.

Der alte Mann mit dem grauen Bart deutet auf den leeren Stuhl neben sich: »Komm setz Dich, und hör mir zu.« Der Klappstuhl steht auf einer staubigen Kopfsteinpflasterstraße mitten im Dorf. Neben Filipache Costica sitzen drei Enkelkinder, der älteste Sohn und die Schwiegertochter. Das Eingangstor zum Garten und dem Haus der Familie ist sorgfältig geschlossen. Kein Zutritt für Fremde aus Deutschland. Die Straße ist ein neutraler Ort. Autos fahren hier nicht vorbei; nur Pferdefuhrwerke ziehen durch den Staub. Vorsichtig lenken die Kutscher die Tiere und die klapprigen Holzwagen, auf denen sich frischgemähtes Heu stapelt, um die Menschenansammlung herum. Der alte Mann beachtet die Vorbeifahrenden kaum. Misstrauische braune Augen, Stirnrunzeln, und der nüchterne Satz: »Das letzte Mal habe ich vor 60 Jahren mit Deutschen geredet. Oder besser gesagt, von ihnen Befehle bekommen.« Filipache Costica ist Roma. Als der faschistische Diktator und Hitler-Verbündete Ion Antonescu in Rumänien die Macht übernahm, war, er 18. Seine Familie gehörte zu einer sesshaften Roma-Gemeinschaft in einem Dorf südlich von Bukarest. Ihren Lebensunterhalt verdienten sie – wie fast alle Roma in der Gegend – als Tagelöhner in der Landwirtschaft. Eine Schule hat Filipache Costica nie besucht; als Kleinkind nahm ihn die Mutter mit zur Feldarbeit. Mit 12 Jahren war er eine vollwertige Arbeitskraft. »Alles hatte seine Ordnung, und wir hatten genug zu essen,« sagt er rückblickend. »Warum soll ich über das Arbeiten klagen?« Das Leben der Roma im Dorf änderte sich schlagartig, nachdem die deutsche Wehrmacht ab Oktober 1940 in Rumänien stationiert wurde und die Regierung unter Antonescu damit begann, Juden und Roma zuerst systematisch zu diskriminieren und wenig später in Arbeits- und Todeslager zu deportieren. Zusammen mit seiner Mutter und seinem Vater wurde Filipache Costica nach Transnistrien verschleppt:

»Wir sind zum Sterben dorthin gebracht worden, aber erst mussten wir arbeiten«

»Wir wurden nachts abgeholt, meine Eltern und ich. Irgendwann im Winter 1942. Die Gendarmen zwangen uns unter Schlägen dazu, in Armeetransporter zu steigen. Dann wurde wir zusammen mit den anderen Familien fortgebracht.« Zusammen mit den anderen Deportierten wurde Filipache Costica nach Bukarest gebracht. Die nächste Station waren Viehwaggons, für eine Fahrt, die mehrere Wochen dauerte. Eiskalte Nächte, kaum Decken und Nahrungsmittel: Viele Roma starben schon auf dem Weg in die Lager am Bug. Im August 1941 war die Besetzung der Ukraine bis zum Bug durch die rumänische Armee von Hitler bestätigt worden. Die rumänischen Truppen gaben der Region einen neuen Namen: Transnistrien. Nach dem Schema der deutschen Deportationspraktiken diente dieses Gebiet zur Internierung für Juden und Roma. Zwischen 1941 und 1942 wurden etwa 25.000 Roma, vor allem aus Bukarest und den umliegenden Dörfern und Städten, zwangsweise nach Transnistrien verschleppt.

Filipache Costica überlebte den Transport dorthin gemeinsam mit seinen Eltern. Für die Lebensbedingungen im Arbeitslager sucht er lange nach einer passenden Beschreibung: »Wir sind zum Sterben dorthin gebracht worden, aber zuerst mussten wir arbeiten.« Die Deportierten schliefen in Baracken und Erdlöchern; tagsüber wurden sie zum Bau von Schützengräben eingesetzt. Entdeckten die Bewacher bei einem Roma Goldzähne, riss man sie den Menschen aus dem Mund. Fluchtversuche endeten im Kugelhagel. Romafrauen wurden von den Soldaten und den Gendarmen systematisch vergewaltigt und in Offiziersbordellen zur Prostitution gezwungen. Massaker gehörten zum Alltag.

Reglos hören die Enkelkinder zu, während der alte Mann erzählt. Jetzt, da er einmal mit dem Reden begonnen hat, blockt er Zwischenfragen mit abrupten Handbewegungen ab. Zu selten wird ihm – und den anderen überlebenden Roma – zugehört, erklärt sein Sohn die Ungeduld des Vaters. Der beschreibt, wie es ihm gelungen ist, in Transnistrien zu überleben. Er wurde zur Kartoffelernte eingesetzt, und die rohen Kartoffeln, die er unter seiner zerfetzten Jacke verstecken konnte, ernährten ihn und seine Eltern. Es sind einzelne Momente, die ihm noch immer vor Augen stehen. Einmal kamen deutsche Offiziere zur Inspektion des Lagers. »Sie haben etwas gebrüllt und wir sind geschlagen worden. Dann verschwanden sie wieder. Kurze Zeit später wurden die Juden, mit denen wir Seite an Seite gearbeitet hatten, fort gebracht. Einfach so, über Nacht.«



Demonstration von 250 Roma in Hannover gegen die geplante Abschiebung nach Ex-Jugoslawien.

Als die Rote Armee Ende 1943 bis kurz vor den Bug vorgerückt war und deutlich wurde, dass die deutsche Wehrmacht und ihre rumänischen Alliierten den sowjetischen Vormarsch nicht mehr stoppen konnten, wurden die Lager aufgelöst. Für die Eltern von Filipache Costica kam die Rote Armee zu spät. Sie waren im Sommer 1943 an Typhus gestorben. Zwischen 26.000 und 36.000 Roma – genauere Zahlen gibt es auch heute noch nicht – und 120.000 rumänische Juden fielen der mörderischen Politik Antonescus zum Opfer, verhungert, Epidemien ohne medizinische Versorgung ausgeliefert, erschlagen, erschossen. Nach der Befreiung aus dem Lager machte sich Filipache Kostica auf den Weg »nach Hause«. Doch im Haus seiner Eltern lebten mittlerweile Rumänen, seine jüngeren Geschwister hatten sich bei Verwandten in einem anderen Dorf versteckt. Der inzwischen 22jährige meldete sich freiwillig zur rumänischen Armee, als Antonescu im August 1944 gestürzt wurde und Rumänien einen Waffenstillstand mit den Alliierten schloß. »Ich wollte noch gegen die Deutschen kämpfen.« Im Nachhinein ist er froh über diese Entscheidung, auch »wenn ich den Krieg gehasst habe.« Denn aufgrund seines Aufstiegs zum Offizier erhält er heute eine bescheidene Pension – »genug zum Überleben.

Ein Haus aus Steinen

Eine Entschädigung für die fast zweijährige Internierung in Transnistrien und den Mord an seinen Eltern hat Filipache Costica nie erhalten. »Wer hätte uns denn entschädigen sollen? Unter den Kommunisten wurden wir weiter diskriminiert. Und heute? Das interessiert niemanden mehr. Die Alpträume bleiben, aber das Leben geht weiter.«[1]
Filipache Costica ist stolz auf die Errungenschaften seines Lebens. Drei Söhne, ,sechs Enkelkinder, und das Haus, das sein ältester Sohn gebaut hat. Ein Haus aus Steinen, mit Betonfundament, handgeschnitzten Fensterläden, genügend Zimmern für die Großfamilie, und einem großen Garten. Dort arbeitet Filipache Costica noch heute täglich. Von 1947 bis zum Ende der Ceauscescu-Ära hatte er ohnehin weiter in der Landwirtschaft gearbeitet. »Wenn ich nicht gearbeitet hätte, wäre ich in den Knast gekommen.«
Mit dem Dekret Nummer 153 aus dem Jahr 1970 konnten Menschen wegen »parasitären Lebenswandels« – gemeint waren Roma ohne staatlich anerkannten Arbeitsplatz, beispielsweise traditionell reisende Kleinhändler und Handwerker –, ohne Prozess bis zu sechs Monate lang inhaftiert werden. Ziel war die Unterwerfung der Landbevölkerung ins System der agroindustriellen Zentren und die totale Kontrolle über sämtliche Bevölkerungsgruppen. In den 80er Jahren geriet auch der Besitz von Goldmünzen, der für Roma eine große Rolle bei der ökonomischen Absicherung ihrer Familien hat, ins Visier der Securitate. Bei Razzien wurden den Romafamilien ihre Ersparnisse geraubt. Filipace Costica ist stolz darauf, dass er nie Ärger mit der Polizei hatte – weder vor 1989 noch danach. Und darauf, dass es – »außer den üblichen Kleinigkeiten« – keine Spannungen zwischen Roma und Rumänen in dem Dorf rund 100 Kilometer südlich von Bukarest gibt. Die Straßen sind aufgeteilt: Da, wo die Großfamilie Costica ihr Haus hat, stehen noch weitere Romahäuser. Dann gibt es den Dorfkern, der von Rumänen bewohnt wird. Und, etwas außerhalb, eine wilde Ansiedlung von Hütten und Baracken, ohne fließendes Wasser, ohne Elektrizität. Ein Cousin von Filipache Costica



Gedenkstätte für die in den Konzentrationslagern des getöteten Sinti und Roma im ehemaligen KZ Buchenwald bei Weimar.

wohnt hier mit seiner zehnköpfigen Familie in einer Holzhütte mit einem einzigen Raum.

Mitte der 90er Jahre hat eine Roma-NGO hier in einer Baracke eine Schule für Romakinder eingerichtet. Doch selbst wenn sie lesen und schreiben können, haben Romajugendliche in dieser Gegend wenig Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden. Am Rand des Viertels, auf verwilderten Feldern, ragen die zerfallenen Dächer von Scheunen und Silos des ehemaligen Landwirtschaftskombinats in den Himmel. Fördergelder aus Bukarest kommen in dieser Region jedenfalls nicht an. Für Straßenbauarbeiten in der Kreisstadt wurden einmal 30 Roma eingestellt, fasst Filipache Costicas Sohn die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusammen. Der Weg durch das Elendsviertel sieht nicht so aus, als wenn demnächst eine Straßenbaukolonne die tiefen Löcher flicken würde. Der Sohn sagt: »Ich wollte, dass Ihr seht, wie die Mehrheit der Leute hier lebt.«

Daran gemessen, gehören Filipache Costica und seine Familie sicherlich zu denjenigen, die es aus der tiefsten Armut zu etwas gebracht haben. Die Frage nach Assimilierung stellt sich für den alten Mann nicht. Er wechselt zwischen Rumänisch und Romanes, je nach Thema, zwischen der Selbstbezeichnung »Rom« und »Tsigani« und hält es für selbstverständlich, »sich als Roma nicht zu verstecken.« Nach dem Sturz Ceauscescu hatte der damals 67jährige eigentlich davon geträumt, für seine Söhne »ein paar Stücke gutes Ackerland« zu kaufen. Doch von der im Februar 1991 eingeleiteten Privatisierung der ehemaligen Agrargroßbetriebe sind die 2,3 Millionen rumänischen Roma ausgeschlossen worden. So blieb der Großfamilie Costica nur der Erwerb eines Grundstücks zum Hausbau, denn in seinem Dorf waren – wie überall – alle fruchtbaren Ackerstücke längst unter der rumänischen Dorfbevölkerung aufgeteilt worden. Damit verschwanden für die meisten Roma in den ländlichen Regionen aber auch die wichtigste Einnahmequellen, denn die neuen rumänischen Kleinbauern können und wollen längst nicht alle unter Ceauscescu in der Landwirtschaft beschäftigten Roma wieder einstellen. Viele haben sich in die Schattenwirtschaft und den Kleinhandel geflüchtet, andere verlassen Rumänien. »Mein jüngster Sohn lebt in Deutschland und schickt regelmäßig Geld. Damit konnten wir auch den Hausbau finanzieren.« Der alte Mann richtet sich kerzengerade auf seinem Stuhl auf, mehr will er dazu nicht sagen. Einen Nachsatz lässt er sich noch abringen: Legitim sei es alle Mal, dass das Land, das den Roma in Ost- und Westeuropa soviel Leid zugefügt hat, heute zumindest auf Umwegen dafür zahlen müsse.[1] Filipache Costica lächelt zum ersten Mal während des Gesprächs. Bei der Frage nach der Zukunft seiner Enkelkinder wird er wieder ernst: »Immerhin gehen sie zur Schule. Was danach kommt, weiß niemand.« ■

1| Zum Jahresende 2002 teilte die International Organization for Migration (IOM) mit, von rund 1.400 aus Rumänien eingangenen Entschädigungsanträgen für NS-Opfer seien bislang 14 bewilligt worden.

Abonniert

das antifaschistische info blatt



Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
➔ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
➔ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 59

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A	14 | 17 | 18 | 23 bis 26	7,70 Euro
Info-Paket B	27 bis 33	11,30 Euro
Info-Paket C	34 bis 40	11,30 Euro
Info-Paket D	41 bis 47	11,30 Euro
Info-Paket E	48 | 49 | 51 bis 55	11,30 Euro
Alle Info-Pakete		52,90 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
16. Jahrgang
Nummer 60 | 3. 2003

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. H. Schröder (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

